Nr. 207.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts Berliner Volksblatt.

11. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 6. September 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitags, findet der diesjährige in Frankfurt a. M. statt.

Auf grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung hiermit den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 21. Oktober,

nach **Frankfurt a. M.** in das Lokal zur

„Weißen Lilie", Bergerstr. 273.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, 21. Oktober, Abends 7 Uhr, Vorversammlung. Konstituirung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 22. Oktober und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
   Berichterstatter: A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure.
   Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit
   Berichterstatter: R. Fischer.
4. Die Maifeier 1895.
   Berichterstatter: C. Meist.
5. Agrarfrage und Sozialdemokratie.
   Berichterstatter: Dr. B. Schoenlank und G. v. Vollmar.
6. Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirthschaftlichen Entwickelung.
   Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl der Parteileitung.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere die Wahl der Delegirten und Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge*) müssen bis spätestens 10. Oktober in den Händen des Parteivorstandes

Berlin SW., Katzbachstr. 9

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts" veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, sollen sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist: Friedrich Brühne, Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26. Die Parteigenossen, welche als Delegirte zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Lokalkomitee rechtzeitig Mittheilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier ꝛc. die nothwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare**) sind durch das Partei-Bureau Berlin SW., Katzbachstr. 9, zu beziehen.

Berlin, den 19. August 1894.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

*) Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts", noch in der dem Parteitag vorzulegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitage entweder persönlich zu vertreten, oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem aber empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Parteipresse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und um der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

**) Die Versendung der Mandatsformulare erfolgt zu Anfang Oktober.

Eugen Richter's Rechnung.*)

Herr Richter glaubt es genau herausgerechnet zu haben, daß der Sozialismus ein sehr unprofitables Geldgeschäft sei. Der Standpunkt und die Beweisführung sind des großen freisinnigen Finanzgenies und Sozialistentödters vollkommen würdig.

Das Lächerlichste bei der ganzen Sache ist wohl, daß Herrn Richter's eigene Rechnung das gerade Gegentheil von dem beweist, was er bewiesen zu haben vorgiebt. Denn nach Richter's eigener Annahme haben 70 pCt. der Bevölkerung Preußens, in voller Zahl 21 070 481 Personen, ein Einkommen von durchschnittlich 500 M. auf jeden Steuerträger, währenddem das allgemeine Durchschnittseinkommen nach ihm 932 M. beträgt. Die große Masse des Volkes hat also, selbst Herrn Richter zufolge, das lebhafteste „Geschäftsinteresse" an dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Herr Richter verspricht ihr dabei einen Profit von 86 pCt. Unvortheilhaft dagegen soll das Geschäft für die Arbeiter in den Großstädten sein, weil man hier auch einen größeren Arbeitslohn, als 932 M. im Jahr, treffe.

Die Arbeiter, die, nach Abzug der Zeit der Arbeitslosigkeit, der Strafen ꝛc., ein größeres Einkommen als 932 M. im Jahre erzielen, sind auch in allen Großstädten dünn gesäet. Allein wenn Richter ihnen vormachen will, sie wären, selbst nach seiner Rechnung, bei einer gleichmäßigen Einkommenvertheilung im Nachtheile, so ist das der reine Schwindel. Herr Richter vergißt, daß seine 932 M. Jahreseinkommen der Durchschnitt sind für das ganze Land. Wenn nun in den Städten ein Theil der Arbeiter ein größeres Einkommen bezieht, so ist doch in den Städten auch das Leben theuerer. Die Hauswirthe allein sorgen schon genügend dafür. Dann die theueren Lebensmittel. Wollte Herr Richter vergleichbare Zahlen erhalten, so mußte er ein besonderes Durchschnittseinkommen für die Städte und ein besonderes für das platte Land berechnen.

Diese Rechnung läßt sich zwar nicht auf grund der preußischen, wohl aber auf grund der sächsischen Einkommenstatistik aufstellen. Die Ergebnisse der preußischen Einkommensteuer-Einschätzung sind überhaupt sehr schwer zur Berechnung allgemeiner Einkommenziffern verwendbar, am wenigsten aber in der Weise, wie es Richter thut, der für über Zweidrittel der

*) Obgleich wir Herrn Richter's neuen Irrlehren mehr Aufmerksamkeit gewidmet haben, als sie verdienen, veröffentlichen wir doch noch den folgenden Beitrag aus der Feder eines ausgezeichneten deutschen Statistikers.

Feuilleton.

Der Jude. 132

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von C. Spindler.

„Um Gottes und Christi willen!" jammerte Gundel, nachrennend: „Ihr stürzt Euch in's Verderben, Herr! Hört mich! hört!" — Aber so wie ihr Geschrei, — das eines schwachen Weibes, fruchtlos verhallte unter dem Toben der Menge, also war überhaupt nicht mehr aufzuhalten das Rad des Unglücks, das vom Zufalle entfesselt worden war, und nun zerschmetternd daherrollte. Der Stifteren alles Uebels nahte ihre verhängnißvolle Stunde, denn sie begegnete wenige Schritte von der Pforte dem Rasenden, der wie ein böser Geist an sie heranstürmte. — Willkommen, Ungeheuer!" rief er ihr zu, daß sie entsetzt vor ihm wich, und sich an ihre Begleiterin festhielt: „Kennst Du dies Kind? Kennst Du mich? und soll ferner noch Dein schändlich Lügengewebe bestehen? Wo ist die Mutter dieses Kindes?"

„Gott der Barmherzigkeit!" flüsterte erschrocken Wallradens Begleiterin, und das Fräulein schrie: „Kommt Willhild, kommt! befreit mich von dem Tollgewordnen! — „Wo ist dieses Kindes Mutter?" brüllte der Verzweifelnde und schleuderte sie mit mächtiger Faust zurück: „In dem Strome? Lüge ist's! darum bekenne, oder fürchte das Aeußerste, Höllengespenst!"

„Der Mensch will mich ermorden!" jammerte Wallrade, verblassend und bebend an allen Gliedern; „Willbild! helft mir von dannen!" — „Ermorden? ja bei Gott!" donnerte Bilger: „Nicht leben sollst Du, wenn Du nicht auf der Stelle bekennst!" — Vor seinen fürchterlichen Blicken wich die Menge zurück, die das Schauspiel umbrauste. Wache von der Pforte näherte sich nun, um auf Willhilds durchdringendes Geschrei Ruhe zu stiften. Bilger stürzte jedoch mit der Wuth eines Tigers auf den Anführer der Söldner und entriß ihm gewaltsam die blanke Waffe. Sie in einem leuchtenden Kreise schwingend, schreckte er die Knechte von sich, und verdoppelte Wallradens Angst, an welche er die vorige Frage wiederholte, außer sich vor Zorn und Grimm. Da gewahrte Willhild den Junker Dagobert, der, von der heulenden Gundel geleitet, sich durch das Volk drängte, und schrie, was sie vermochte, nach Hilfe und nach seinem Schutz. — „Erbarme Dich meiner, Bruder!" wimmerte Wallrade, vor dem Wüthenden zurückweichend. — „Du schweigst?" stammelte dieser: „So stirb, Verfluchte!" — Und mit einem gewaltigen Schwertstoß auf die Brust der Feindin warf er sie in den Staub, daß sie, schwer blutend und ächzend zusammenfiel, ohne ferneres Zeichen des Lebens. —

„Zeter!" schrie der Haufe und fuhr weit zurück vor dem Herrn von der Rhön: „Ein Mord! Gnade der Armen Gott! — Wer bist Du, Entsetzlicher!" rief Dagobert, der die in seinen Arm Gesunkene Willhild und Gundel überließ. Der Herr von der Rhön war beim Anblick der Verletzten und der Ströme ihres Bluts wie gefühllos geworden, und dieser Schreck gewann ihm die Herzen des Pöbels, und Dagoberts Mitleid, der seinen Mann plötzlich erkannte, und wie von einem Gespenste berührt, zurücktaumelte. — „Herr von der Rhön?" schrie er: „Unglücklicher! Abscheulicher! was habt Ihr gethan?" —

„Stoßt mich nieder," antwortete ihm Bilger wie bewußtlos, und die triefende Klinge entfiel seiner Hand. — „Das walte Gott!" versetzte Dagobert schauernd: „Dort naht schon die zurückkehrende Wache, Schöffen an der Spitze. Euer Blut komme nicht über mich, flieht!" — Flieht! flieht!" schrie die Menge: „Flieht, unglücklicher Vater! nach der Freistatt, nach der Freistatt! fort, fort!" — „Wo? wo?" stotterte Rhön, in dem die Lust zum Leben wieder erwachte. — „Nach dem deutschen Hause!" raunte ihm Dagobert in das Ohr, und stieß ihn in das Gewühl des Volks, das dem bewußtlos Fliehenden geräumigen Platz machte. — „So versorgt Ihr mein Kind?" entgegnete der arme Vater, und im Nu hatte es Dagobert schon auf seine Arme gezogen. Bilger entfloh, so schnell als seine Füße es erlaubten und die unbequeme Tracht. Das Mitleid der aus den Häusern laufenden Bürger bahnte ihm den Weg. „Laßt ihn durch!" riefen einige Stimmen, „er ist ein armer Mörder!" — „Zu den deutschen Herren mit ihm!" riefen wieder andre. „Haltet die Wachen auf!" schrieen die Kühnsten, Meister und Knechte der Metzgerzunft, und schleuderten Steine, Aexte und dergleichen Dinge mehr den eifrig nachsetzenden zwischen die Beine. Am Brückenthore wollten die Söldner den Mönch nicht durchlassen, Metzgerfäuste stießen sie zurück. Zwei von der handfesten Schifferzunft packten den ermatteten Bilger bei den Händen, nahmen ihn in die Mitte, und rannten mit ihm, schnell wie der Wind über die Brücke. Wagen sogar mußten ausweichen, und aus den Fenstern des Deutschherrenhauses wurde der Auflauf gesehen. Eifersüchtig, ihr heiliges Vorrecht zu üben, gaben die Oberen Befehl, die Thüre weit zu öffnen. Bilger nahte dem Ziele, aber auch die Verfolger waren nur einen Schritt hinter ihm zurück. Auch sie machten sich durch Hellebardenschläge und Rippenstöße Luft und freien Weg, und ihre Hände berührten schon die Kutte des Unglücklichen, als er die Schwelle des deutschen Hauses erreichte, und athemlos darauf zusammensank.

„Rühre nur die Mauer an, armer Mann!" riefen ihm Mitleidige zu, und seine matte Hand erfaßte einen Stein der Pfortensäule, als der Schöffe anlangte, ihn in Haft zu ziehen. — Dieser letztere, ein rüstiger, noch junger Mann, wollte sich ohne weitere Umstände der Beute bemächtigen, und auf seinen Wink griffen die zweifelhaft zögernden Söldner zu, allein Bilger klammerte sich mit der Kraft eines Verzweifelnden an die rettende Pforte und gewährte einen augenblicklichen Widerstand, der dem Oberreiter des Hauses Zeit ließ, sich in den Handel zu mengen. Er wies die Angreifenden mit Wort und That zurück und das umstehende Volk nahm seine und des unglücklichen Verbrechers Partei. Der Schöff schien jedoch nicht hierauf zu achten in seinem Ungestüm, und legte in Person Hand an den Herrn von der Rhön. Verloren schien dieser in seiner Verfolger Gewalt, als der Komthur des Hauses rasch aus der Pforte kam und mit kühner Faust den Ergriffenen wieder frei machte.

„Wer wagt's, sich an unsern guten Rechten zu vergreifen?" fragte er trotzig. „Hat uns der Stuhl zu Rom und Kaiser und Reich dieselben darum gegeben, daß ein Rathsherr von Frankfurt mit ihnen verfahren könnte, wie ein Kind mit seinem Spielwerke? Laßt die Hand ab und geht mit Gott ohne diesen Mann." — Der Schöff be-

Bevölkerung ein vollkommen unbegründetes, ganz willkürliches Durchschnittseinkommen ansetzt. Schon deshalb allein hat seine Rechnung auch nicht den geringsten wissenschaftlichen Werth. Herrn Richter, der sich keineswegs als spezifischer preußischer Staatsretter, sondern als Retter der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt geberdet, kann es übrigens gleich sein, ob mit preußischen oder sächsischen Zahlen gerechnet wird.

Die sächsische Statistik ergiebt pro 1892 ein Durchschnitts-Einkommen des Steuerträgers von 1090 M. für das ganze Land. 75 Prozent der Bevölkerung hatten ein bedeutend geringeres Einkommen, weitere 5 Prozent erreichten kaum diesen Betrag. Das Durchschnittseinkommen der Stadtbevölkerung betrug 1384 M., der Landbevölkerung 828 M. Je größer die Städte, desto größer das Einkommen. Die Städte mit über 25 000 Einwohnern hatten ein Durchschnittseinkommen von 1689 M. Per Familie von 4 Personen berechnet, betrug das Durchschnittseinkommen: in den größeren Städten (mit über 25 000 Einwohnern) 2729 M., in den Städten überhaupt 2236 M., auf dem platten Land 1327 M. Man sieht aus diesen Zahlen schon auf den ersten Blick, daß gerade in den Städten sich das meiste Interesse zeigen muß an einer gleichmäßigeren Vertheilung der gesellschaftlichen Produktionsertrages. Eine weitere Berechnung zeigt auch thatsächlich, daß in den Städten 86 pCt. der Bevölkerung im Vortheil wären, wenn sie das ermittelte Durchschnittseinkommen erhielten, auf dem Lande 73 pCt., im Durchschnitt des ganzen Landes aber 80 pCt. Zu diesen Resultaten führt also die Richter'sche Rechnung. Verdient dieses Ergebniß nicht in alle Landestheile ausposaunt zu werden, wie es Herr Richter seinen Getreuen so sehr an's Herz legt? Zeigt es doch an, daß 80 pCt. der Wählerschaft das vom großen Eugen Richter selbst herausgerechnete nackte Geschäftsinteresse daran haben, sozialdemokratisch zu wählen.

Aber aus tausend und einem Grunde geben auch die soeben angeführten Zahlen des Durchschnittseinkommens nicht die geringste Vorstellung von dem Wohlstand, den der Sozialismus wird schaffen können.

Zunächst schon deshalb weil keine Einkommensteuer in der Welt ausreichendes Material zu liefern vermag für die Berechnung des Volkseinkommens. Und dies aus dem einfachen Grunde, weil das individuelle Einkommen sich nicht genau ermitteln läßt. Die Reichen defraudiren, die Armen wissen es selbst nicht genau anzugeben. Die Hauptschwierigkeit liegt aber in der Ermittelung des landwirthschaftlichen Einkommens. Dies ist eine komplizirte Aufgabe selbst für den rationellen Landwirth, um wie viel mehr für den Bauer, der nicht nur keine Wirthschaftsbücher führt, sondern überhaupt die Schreibfeder erst dann in die Hand nimmt, wenn er einen Schuldschein zu unterzeichnen hat. Der Bauer weiß nicht einmal immer vorher die Bilanz seiner baaren Einnahmen und Auslagen zu ziehen, nun soll er aber noch den Geldwerth desjenigen, was er und seine Familie während des Jahres verzehrt haben, berechnen, für den Knecht, der an gemeinsamem Tische sitzt und aus gemeinsamer Schüssel ißt, soll er eine besondere Rechnung machen, desgleichen für den Taglöhner, er soll den Werth des Dunges bestimmen, den ihm sein Viehstand und seine Familie liefern, er soll den Werth der Abfälle bestimmen, mit denen er sein Schwein oder seine Hühner aufzieht, den Werthzuwachs infolge des Aufwachsens seines Viehstandes und den Werthabgang, wenn es altert, u. dergl. mehr. Sodann wie soll der Bauer den Miethzins seiner Wohnung angeben, wenn im Dorfe die Wohnungsmiethe zu den größten Seltenheiten gehört, zumal in Bauernhäusern? ... Es läßt sich nicht überall der kapitalistische Geldmaßstab anlegen, und das Bauernthum bildet in Deutschland noch immer den weitaus größten Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung.

Ferner ist es überhaupt grundfalsch, den gesellschaftlichen Wohlstand in Geld abschätzen zu wollen. Es kommt darauf an, wieviel Gebrauchsgüter zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs vorhanden sind, nicht, wie groß ihr Geldwerth ist. Ein einfaches Beispiel möge den Unterschied veranschaulichen. Im Jahre 1891 hatte Preußen eine Roggenernte von 3,1 Millionen Tonnen, im Jahre 1887 dagegen betrug die Ernte 4,4 Millionen Tonnen Roggen, um 40 pCt. mehr. An diesem wichtigsten Gebrauchsgegenstand war also Preußen 1887 bei weitem reicher als 1891. Jedoch der durchschnittliche Roggenpreis war 125 M. per Tonne im Jahre 1887 und 208 M. im Jahre 1891. Danach berechnet sich der Gesammtwerth der Ernte für 1887 auf 550 Millionen Mark und für 1891 auf 645 Millionen Mark. Also nach dem Geldwerth zu urtheilen war Preußen, umgekehrt, 1887 bedeutend ärmer als 1891.

Die Tauschwerthe der Gebrauchsgüter, die Waarenpreise, variiren aber nicht nur in der Zeit, sondern auch im Raume, von Ort zu Ort. Um beim Roggenpreis zu bleiben, so zeigte dieser für das Jahr 1891 nach den verschiedenen Landestheilen Preußens folgende Schwankungen: im Januar zwischen 140 und 225 M. per Tonne, im April 140—250 M., Juli 170—260 M., Oktober 150—294 M. Es ist klar, daß das sogenannte Volkseinkommen, d. i. die Summe der individuellen Einkommen, ausgedrückt in Geld, selbst für die kapitalistische Gesellschaft keinen Maßstab abgiebt zur Bemessung der Größe des gesellschaftlichen Wohlstandes. Denn dieselbe Geldsumme zeigt an bald ein größeres, bald ein bedeutend geringeres Wohlhaben, je nach Ort und Zeit.

Daß der Sozialismus durch die konsequente Durchführung des maschinellen Großbetriebs den gesellschaftlichen Produktionsertrag gewaltig steigern wird, darauf wurde schon Herrn Richter gegenüber auf das Nachdrücklichste verwiesen. Es handelt sich zunächst nicht darum, daß der Großbetrieb in solchen Produktionszweigen eingeführt werden wird, in denen der Kapitalismus es nicht zu thun vermag, obwohl auch dies zweifellos statthaben wird. Aber es giebt noch überall eine breite Schicht von kleinen Produzenten auch auf Gebieten, in denen das Kapital die Großproduktion schon längst inaugurirt hat. Diese Bevölkerungsschicht führt ein sehr elendes Dasein, aber sie kämpft bis auf's äußerste für ihre selbständige Stellung, weil das Kapital ihr keinen anderen Ausweg aus ihrer gedrückten Lage freiläßt, außer in die Lohnsklaverei. Der technischen Ueberlegenheit des kapitalistischen Betriebs setzen diese Produzenten zwei Machtfaktoren entgegen, die Fähigkeit der Hungerleidens und der maßlosen Arbeitsanstrengung. Dies ist die Lage des Handwerks und des Kleinbauernthums. Was der letztere betrifft, so mag man die technische Grenze des produktivsten, landwirthschaftlichen Betriebs noch so niedrig ansetzen, jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, daß die 22 pCt. sämmtlicher landwirthschaftlicher Betriebe Preußens, die eine Betriebsfläche von 2 Hektar nicht übersteigen, und die weiteren 27,5 pCt., die nicht über 5 Hektar hinausreichen, zusammen 49,5 pCt. der Betriebe eine höchst irrationelle Wirthschaft führen. Wenn nun der Sozialismus all diesen kleinen Produzenten, deren Arbeitskraft jetzt an der Aufrechterhaltung antiquirter Produktionsformen vergeudet wird, die Möglichkeit giebt, ihre Arbeitskraft viel produktiver zu verwenden, ohne daß sie deshalb in ein Ausbeutungsverhältniß gerathen, im Gegentheil, daß ihnen selbst der volle Ertrag der gesteigerten Produktivkraft ihrer Arbeit zu gute kommt, — weshalb sollen sie sich dagegen stemmen? Der Kapitalismus vernichtet mit dem Kleinbetrieb auch den Produzenten, der Sozialismus wird den Kleinbetrieb abschaffen, wo er unvortheilhaft geworden ist, aber nur zu Nutz und Frommen der Produzenten selbst. Die Wirkung der sozialistischen Organisation der Produktion wird eine doppelte sein: für den Fabrikarbeiter, daß seine Ausbeutung durch den Kapitalisten beseitigt wird; für den Kleinproduzenten, daß die Produktivkraft seiner Arbeit auf die Höhe der technischen Entwickelung gehoben wird und mit ihr sein Arbeitsertrag, sein Verdienst. Nach der von Dr. Lingheimer unter Zugrundelegung der 82er Gewerbezählung für das Deutsche Reich aufgestellten Berechnung waren in der eigentlichen Industrie 63 pCt. der Gewerbsthätigen im handwerksmäßigen und hausindustriellen Betrieb beschäftigt. Nach seiner sehr gelinden Schätzung kann der Arbeitsertrag dieser Gewerbetreibenden mindestens verdreifacht werden. Dies wäre ungefähr die Steigerung ihres Einkommens bei sozialistischer Produktionsweise. Nebenbei bemerkt, versteht es in Deutschland selbst der kapitalistische Großbetrieb nicht, die volle Produktivkraft der Arbeit zu entwickeln. Nach den Ermittelungen von Schulze-Gävernitz zählte man in den deutschen Baumwollspinnereien 8 bis 9 Arbeiter auf 1000 Spindeln, in England nur 3.

Man bedenke ferner, wieviel produktive Kräfte durch die kapitalistische Desorganisation der Produktion und der Vertheilung im Handelsgewerbe verloren gehen, wieviel durch den Dienstbotenstand absorbirt werden (Deutschland zählt eine Dienstboten-Bevölkerung von 1½ Millionen Personen), wieviel trefflicher Manneskräfte die stehenden Heere unnütz vergeuden, geschweige schon von der dünnen Schicht der Herren Kapitalisten selbst, die sich doch auch einer produktiven Thätigkeit werden zuwenden müssen. Man denke an die immer steigende Armee der Arbeitslosen und an die Auswanderung nach den Kolonien, jener Aeußerungen einer und derselben Erscheinung: der Auflehnung der gesellschaftlichen Produktivkräfte gegen ihre gesellschaftliche Ausbeutungsform. Aus Deutschland sind von 1875 bis 1892 über **2 Millionen** Menschen ausgewandert, im Dezennium 1883—1892 allein **1 150 000!** Dies waren hauptsächlich erwerbsthätige Personen, die dem Land viel mehr als Produzenten, denn als Konsumenten verloren gingen. Sie wurden durch die Kapitalherrschaft aus ihrer Heimath verjagt. Nur weil ihnen keine oder unzureichende Produktionsmittel zur Verfügung standen, konnten sie nicht ihren Lebensunterhalt erwerben.

Es ist unmöglich, alle Gründe aufzuführen, weshalb die sozialistische Gesellschaft einen unvergleichbar höheren allgemeinen Wohlstand erzeugen wird, als welcher sich vermittelst noch so scharfsinniger (keine Rede von solchen plumpen Manipulationen, wie die Richter'sche) kapitalistischer Durchschnitts-Rechnungen ermitteln läßt. Handelt es sich doch um eine vollständige Umgestaltung der gesammten ökonomischen Struktur der Gesellschaft. Nur folgendes möge noch erwähnt werden. In der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht nur alles Waare, sondern alles wird dazu verwendet, um damit einen Profit zu erzielen. So entstehen eine Anzahl Tributpflichten des Konsumenten, die mit der Güterproduktion nichts zu thun haben. Wir erinnern an den Tribut des Hauszinses. Die Kosten der Wohnung werden in der sozialistischen Gesellschaft nur die Kosten ihres Erbauens und ihrer Aufrechterhaltung ausmachen, nicht aber dazu dienen, einer müßigen Gesellschaftsschicht ein opulentes Dasein zu verschaffen. Jetzt zahlt jeder ein Drittel oder vielleicht noch mehr seines Einkommens als Miethe, wird er davon befreit, so besitzt er um so viel mehr zur Deckung seines sonstigen Lebensbedarfs.

Sodann die Entwickelung der Technik, die Oekonomie des Haushalts, bedingt durch die Organisation größerer Konsumtionsgemeinschaften, die Abschaffung unnützer Staatsausgaben, die jetzt durch den Militarismus, durch die Nothwendigkeit des minutiösen Schutzes des Privateigenthums, durch die Eigenschaft des Staates als Regierungsmaschinerie erzeugt werden, u. s. w.

Der Sozialismus verspricht nicht das Allheil der Menschheit. Aber dies wird er sicher erfüllen: er wird die Ausbeutung beseitigen und mit ihr die Existenzsorgen und wird Jedem die Muße und die gesellschaftliche Möglichkeit geben zum Lebensgenusse und zur freien Entfaltung seiner menschlichen Kräfte und Fähigkeiten.

„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September.

Die Einberufung des Reichstags ist dem Vernehmen nach für Mitte November, die des preußischen Landtags für Mitte Januar zu erwarten. Die „National-Zeitung" bemerkt hierzu:

Behufs der Etatsaufstellung sind in Preußen, wie üblich, die Forderungen der einzelnen Ressorts dem Finanzministerium bis zum 1. d. M. zugestellt worden; sie sind, wie gewöhnlich, auf vielfache Mehraufwendungen gerichtet, werden mit Rücksicht auf die Finanzlage aber sehr wesentlich einzuschränken sein. Das für 1894—1895 veranschlagte preußische Defizit wird sich durch Verminderung der Matrikularbeiträge und Erhöhung der Eisenbahn-Einnahmen zwar erheblich ermäßigen, aber keineswegs vollständig gedeckt werden; ob der nächste preußische Etat wieder mit einem Defizit und in welchem Betrage abschließt, das wird in erster Reihe davon abhängen, ob im Reiche neue Einnahmequellen eröffnet werden. Bekanntlich steht in dieser Beziehung wieder eine Vorlage über die Erhöhung der Tabakbesteuerung in Aussicht; wie weit sie gegen den vorjährigen Entwurf Veränderungen aufweisen wird, ist noch nicht bekannt. —

Neue Forderungen für unsere kostspielige Marine kündigen die offiziösen „Berliner Pol. Nachr." in einer hier wiedergegebenen Mittheilung an:

„In dem Etat für die Verwaltung der Marine auf das Jahr 1895/96, wie er gegenwärtig an der zuständigen Stelle der Zusammenstellung und Bearbeitung unterliegt, dürften sich wieder Forderungen für die Erweiterung des Flottenpersonals vorfinden. Diese ist im Jahre 1892/93 eingeleitet worden. Für ihre gänzliche Durchführung war von vornherein die Dauer von vier Jahren in Aussicht genommen, denn in den Etat für 1892/93 war nur ein Viertel der beabsichtigten Vermehrung eingestellt worden. Es handelt sich dabei um die Verstärkung der Matrosen- und Werftdivisionen sowie des See-Offizierkorps, der Seekadetten, Kadetten und des Maschinen-Ingenieurkorps. Die Vermehrung war hauptsächlich dadurch nöthig geworden, daß für das Matrosenpersonal in der Gegenwart ein Friedensstamm von der halben Besatzungsstärke und für das Maschinenpersonal bei den neuen Schiffen ein solcher von zwei Dritteln der vollen Besatzung gefordert werden muß. Indessen auch die dauernde Besetzung der südamerikanischen Station, sowie die dauernde Indienthaltung eines Schiffes zur Ausbildung von Schnellade-Kanonenschützen und eines dritten Avisos für die Manöverflotte wurde als Grund für die Personalvermehrung geltend gemacht. Die gesammte Erweiterung belief sich, abgesehen von der Vermehrung der Offiziere u. s. w., auf 108 Oberdeckoffiziere, Deckoffiziere oder Wachtmeister, 948 Obermaate und Maate, 592 Obermatrosen, 309 Matrosen und 1057 Gefreite und Gemeine. In den Etats für 1892/93, 1893/94 und 1894/95 sind von dieser Forderung Theile bewilligt worden. Im Etat für 1895/96 dürfte es sich voraussichtlich um den Rest handeln.

Krieg im Frieden. Aus den Manövergefilden bringt der „Lokal-Anzeiger" folgende zwei Meldungen:

Guben, 5. Sept. In Rießen verbrannten bei einer in einem Bauerngehöft ausgebrochenen Feuersbrunst zwei Mann des 4. Garderegiments, welche dort im Quartier lagen.

Mannheim, 5. Septbr. Während des Manövers hat in Kirchheimbolanden ein Chevauxleger einen Lanzenstich erhalten und ist an der Verletzung gestorben. —

Der Allerwelts-Skribifax Paul Lindau tischt im „New-York Herald" dem amerikanischen Publikum wieder eine seiner verwegensten „Spick-Enten" auf, indem er behauptet, es sei in letzter Zeit in Deutschland so viel Dynamit gestohlen worden, daß man ganze Städte damit in die Luft sprengen könnte. Auf grund dieser Schwindelei macht der Schwager von Jacques Saint-Cères dann die massivste Reklame für die Verschickung der Anarchisten auf eine einsame, entlegene Insel, mit der Behauptung, der Gedanke daran finde bei der Regierung immer mehr Anhang. So wird es gemacht, um der Polizei auf Umwegen in die Hände zu arbeiten. Auffallen aber muß es mit Recht, daß ein amerikanisches Blatt sich zu solchen Spitzeleien hergiebt. —

Die „Post" wirft heute wieder Anarchisten und Sozialdemokraten in einen Topf führt dann alle anarchistischen Schandthaten auf und kommt dann zu dem weisen Schlusse, daß, weil die Anarchisten Stellmacher und Kammerer in Oesterreich vor zehn Jahren gemeine Verbrechen begangen haben, gegen die deutsche Sozialdemokratie, welche die Propaganda der That stets auf's entschiedenste bekämpft hat, Ausnahmegesetze gemacht werden müssen. —

Zäh im Lügen ist die „National-Zeitung". Sie schreibt zur gestrigen Erklärung Liebknecht's:

Wie man sieht, bestreitet Herr Liebknecht in dem spaßhaften Jargon, der vermuthlich zur offiziellen Redeweise des Zukunftsstaates bestimmt ist, nur, daß er „in Stuttgart zur Ermordung des Herrn Casimir-Perier aufgefordert" habe. Das hat er, wie wir schon früher bemerkten, in der That nicht gethan; er hat dort den Mörder Carnot's entschuldigt, indem er in der zynischen Ausdrucksweise, welche unser Korrespondent festgestellt hat und die Herr Liebknecht nicht ableugnet, deduzirte: Caserio muß ein „Wahnsinniger" gewesen sein, denn ein vernünftiger und zielbewußter Anarchist würde nicht Herrn Carnot, sondern Herrn Casimir-Perier ermordet haben.

Herrn Casimir Perier, der damals gar nicht Präsident war, sondern ein bankrotter Minister, dessen Fall jeden Tag zu erwarten! Daß die „National-Zeitung" jeder Gemeinheit fähig ist, wußten wir längst; aber daß sie so dumm lügen werde, das hätten wir ihr wirklich nicht zugetraut.

Beiläufig hat Liebknecht in seiner Stuttgarter Rede die Attentatspolitik auch Gewaltmenschen wie Bismarck und Crispi gegenüber ausdrücklich für sinnlos erklärt. Und in die Kategorie der Bismarck, Crispi und Konsorten gehört doch wohl auch Herr Casimir Perier. —

Revolverschüsse auf Streikende. Vom Güstrower Streik theilten wir kürzlich mit, daß die Direktion der

---

hauptete, der Verfolgte habe noch nicht die gesegten Steine berührt gehabt, als man herangekommen; aber die Stimme des Volks widersprach seinen Worten, und der Komthur hielt sich an die Rede des Volks. — „Zieht ab", rief er, „ohnehin gehört der Mönch vor sein eigen geistlich Gericht." — „Er ist kein wirklicher Mönch", entgegnete der Schöffe zornig: „Er trägt die Kutte ohne Beruf und Vergunst. Unser muß er sein." — „Und wenn's der Teufel selbst wäre im Barfüßergewand!" — überschrie den Rathsherrn der Komthur, — „so muß er sicher sein unter unserm schwarzen Kreuze, sonst sperren wir das Haus, und ziehen Euch vor dem Reichstage zu Rede und Antwort. Laßt darum den Mann und uns in Frieden; über vier Wochen mögt Ihr wiederkommen!"*) — Mit diesen Worten, ohne seine Rede ferner zu vergeuden, zog der Komthur den Herrn von der Rhön nach sich ins Haus, und riegelte mit eigener Hand die Pforte zu, sich wenig bekümmernd um das Toben und Schelten der abziehenden Rathsknechte und Söldner. Bilger folgte seinem Schutzherrn ohne jede Ueberlegung in den Saal des Erdgeschosses, wo sich zu gleicher Zeit der Trappirer und der Pfaffe des Hauses einfanden, um den Ankömmling neugierig zu betrachten.

„Ihr habt Euer Probe- und Meisterstücklein herrlich gemacht, Herr Komthur! sprach der Pfaffe schmunzelnd zu dem Ritter: „Ihr seid mit den Leuten umgesprungen, als ob Ihr seit einem Jahrzehnt mit ihnen zu Felde gelegen." — „Om!" entgegnete der deutsche Herr lächelnd, „Ihr wißt ja, Pater, daß man die Kinder hat, wie man sie zieht. Gleich von Anbeginn den Daumen wacker auf die Augen gedrückt, bewahrt vor dem Allzuhellsehen. Nun aber zu Dir, Du sauberer Vogel", fuhr er fort, zu Bilger gewendet; „Du hast ein leichtfertig und verpöntes Stücklein gemacht, wie ich vernommen. Der Todtschlag mit offener Wehr kommt sonst in Deinem Gewand selten vor. Sag' darum an, ob der Schöffe wahrgesprochen, da er schwur, Du seist kein Mönch, und bekenne: wer bist Du denn?" —

Bilger hatte indessen den Blick starr und steif auf den Komthur gerichtet, schwieg noch eine Weile, und antwortete hierauf mit dumpfer Stimme: „Ich bin bereit, Euch zu sagen, was Ihr verlangt, Herr, doch eben und gerade nur Euch." — „Da muß Erbauliches dahinter stecken, was wohl nicht mit einer Buße von vier Wochen abgethan sein dürfte," spottete der Ritter, beurlaubte indessen seine Freunde mit einem stolzen Kopfnicken und blieb mit dem von der Rhön allein. Dieser, statt ein Wort zu reden, begnügte sich, vor den Komthur hinzutreten, ihm fest ins Auge zu sehen, und die Kapuze vom Haupte zu ziehen. Der Ritter starrte ihn verwundert an, aber nur nach langem Zweifel stieg eine Erinnerung in ihm empor, die seine Augenbrauen hoch empor zog und die kahle Stirne in trübe Falten legte. — „Bei meinem Eid!" begann er endlich: „seh' ich recht? täuscht mich auch nicht der Bart und das fahle Gesicht, oder seid Ihr's wirklich, Rudolph Bilger?" — „Ich bin's Herr," entgegnete der von der Rhön, und an Eurer gerunzelten Stirne seh' ich, daß Ihr mir ferner Euren Schutz nicht gewähren werdet für ein Verbrechen, dessen Wurzel eigentlich nur in Euch zu suchen ist; wißt, ich erschlug Wallraden!" — Da wurde der deutsche Herr bleich wie die Wand, und so ergriffen, daß er sich an das Fenstergesimse lehnen mußte. „Wallrade?" seufzte er kaum vernehmlich: „Wallraden habt Ihr erschlagen?" — Er hielt die Hand vor die Stirne und Augen, und da er sie wieder wegzog, war die braune Röthe abermals auf sein Antlitz gestiegen, und seine Augen leuchteten wieder wie herausfordernde Irrwische und der Mund warf sich wieder trotzig auf unter dem borstigen Knebelbarte wie zuvor: „Seid mir willkommen, von der Rhön!" sagte er, dem Staunenden die Hand reichend: „Obschon Ihr an meinem Schutze verzweifelt, so lief're ich Euch dennoch nicht aus, gerade jetzo nicht, denn der heilige Georg hat nicht besser gethan, da er den Lindwurm verletzte, als Ihr, da Ihr diesen Teufel zur Heimath sandtet. Wohl bekomm's der falschen Metze! Sie hat's verdient an manchem Biedermann!" — „Euch, gerade Euch also reden zu hören ...?" hob Rudolph an: „Wie reim' ich das?"

(Fortsetzung folgt.)

*) Ein Mörder war in dem Hause der deutschen Herren eine Frist von vier Wochen hindurch vor dem Blutrichter sicher.

Waggonfabrik bewaffnete Banden (mit Schlagringen versehen) angestellt habe, die nach dem Bahnhof beordert werden, um die ankommenden Streikbrecher abzuholen. Diese Pinkertons scheinen nun auch ihre Häuptlinge zu haben; ein uns heute zugehendes Privattelegramm theilt mit, daß gestern Abend von einem Beamten der Fabrik zwei Revolverschüsse auf eine Anzahl Streikende abgefeuert wurden, wobei ein Mann verwundet wurde. Die Direktion lehnt nach wie vor jede Einigung ab. Das großherzogliche Ministerium entsandte als Regierungskommissar den Freiherrn von Hammerstein, um die Ursachen des Streiks zu untersuchen und zwischen den Parteien zu vermitteln. Auch diese Versuche blieben resultatlos, da die Unternehmer die Einstellung der Entlassenen ablehnen. —

Schnaps nicht Kultur verbreiten unsere Kulturträger und zwar nicht blos in den Kolonien, sondern auch in den Reichslanden. Im August-Septemberheft der Mittheilungen des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke finden wir das folgende Schreiben einer deutschgesinnten Zeitungsredaktion im Elsaß wiedergegeben:

„Wie in ganz Frankreich, so kannte man in ganz Elsaß-Lothringen vor 1870 als Schnaps nur Zwetschenwasser, Kirschenwasser und Trebernschnaps (aus Zwetschen, Kirschen und Weintrebern gebrannt), aber die Schnapspest kannte man nicht! Diese hat sich erst gezeigt nach 1870, d. h. nachdem die preußischen Branntweinbrenner für ihren Kartoffelfusel in Elsaß-Lothringen ein günstiges Absatzfeld entdeckt hatten und uns mit ihrem Gift überschwemmten. Früher, als der Wein sehr billig war, pflegten viele Arbeiter, wenn sie früh zur Arbeit gingen, ein Glas Rothwein für 2 Sous zu trinken. Heute trinken sie ein Glas Kartoffelfusel für 5 Pf. Viele Frauen, wenn sie Morgens etwas einholen, machen's den Männern nach — das Schandzeug ist ja in allen den vielen kleinen Spezereiläden zu haben —, und wieviel Unglück aus dieser Schnapspest schon entstanden ist, das läßt sich nicht schildern."

Aus dem königstreuen Bayern wird dem „Berliner Lokal-Anzeiger" telegraphirt:

Nach Meldung der Bundeszeitung wurden in Frontenhausen (Niederbayern) in der gestrigen Nacht die Fenster im Schlafzimmer des zur Zeit zum Manöver dort anwesenden Kommandeurs Prinzen Arnulf eingeworfen. —

Arbeiterversicherung und Studium der Medizin. Der Kultusminister hat die Oberpräsidenten aufgefordert, die Aerztekammer ihrer Provinz über folgenden Antrag der Aerztekammer Berlin-Brandenburg zu hören und darüber zu berichten:

1. Es ist nothwendig, daß die Studirenden der Medizin auf der Universität Kenntniß von den für den Arzt wichtigen Bestimmungen des Kranken-Versicherungsgesetzes, Unfall-Versicherungsgesetzes, sowie des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes erlangen. 2. Es ist nothwendig, daß in dem klinischen Unterrichte die Studirenden der Medizin durch Demonstrationen mit dem Begriffe der Arbeitsunfähigkeit, sowie der totalen und prozentualen Erwerbsunfähigkeit vertraut gemacht werden, und daß ferner in der Rezeptirkunde die Verhältnisse berücksichtigt werden, deren Beobachtung im Verkehr des Arztes mit erkrankten Kassenmitgliedern unbedingt erforderlich ist.

Die freisinnigen Vereine sind für das Richter'sche Programm, so belehrte uns vor kurzem die „Freisinnige Zeitung". Nun hat nach dem Berliner Arbeiterverein sich auch der Bezirksverein Wedding gegen eine Reihe von Programmpunkten erklärt. Der Verein Waldeck dürfte, wie uns berichtet wird, auch bald auf dieser Bahn folgen. —

Freisinnige Flunkerei. Es ist ganz vergeblich, daß sich die „Freisinnige Zeitung" abmüht, die Bedeutung der gestern bekannt gegebenen Protest-Resolution gegen das offizielle Programm dadurch abzuschwächen, daß sie behauptet, an den Diskussionen im Arbeiterverein hätten sich auch Sozialdemokraten betheiligt. Das ist einfach unwahr; wir wissen ganz sicher, daß nur mehr oder weniger „demokratisch" angehauchte Freisinnige dort das Wort geführt haben. Ueber den Besuch der Versammlung sich zu ereifern, hat Herr Richter durchaus keinen Grund; die Versammlung war doch nicht schlechter besucht als andere, in denen während der letzten Wochen das freisinnige Programm breitgetreten wurde.

Gegen den Maximal-Arbeitstag für die in Bäckerei- und Konditoreibetrieben beschäftigten Arbeiter ereifert sich wieder Richter's „Freisinnige Zeitung". Die Verfechter der Interessen des heiligen Profits flehen eben leichten Herzens Generationen von Arbeitern verkümmern und zu Grunde gehen, wenn nur das freie Spiel der Kräfte, d. h. die schrankenlose Ausbeutung der Schwachen durch die Starken nicht gestört wird. —

Unsere Kritik der Kriegervereins-Rede des Herrn Landraths und Reichstags-Abgeordneten v. Manteuffel-Crossen benutzt die „Konservative Korrespondenz" zu folgenden Bemerkungen:

„Sie fühlen sich getroffen. Der Mahnung, die Herr Freiherr v. Manteuffel-Crossen an die Kriegervereine gerichtet hat und die in der Aufforderung gipfelte, das Errungene festzuhalten und solche Männer, denen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter unserem Kaiser fehlte, nicht in die Reihen der Kameraden aufzunehmen, ist weit und breit hohe Beachtung und Zustimmung zutheil geworden. Die Organe der bürgerlichen Demokratie haben dazu, aus Verlegenheit wohl, geschwiegen. Nur die „Frankfurter Zeitung" reagirt und neben ihr der „Vorwärts". Dieses par nobile fratrum fühlt sich getroffen und zuckt erschreckt zusammen; es hat auch die gleiche Schüler-Ausrede: „Ich bin's nicht gewesen, der Nachbar war's". Die genannten Organe meinen nämlich, die „Agrarier" wären es, die nicht in die Kriegervereine gehörten, weil sie nicht zu allem Ja und Amen sagen, was die „Reichsregierung" unter dem Beifall der gesammten Demokratie vorschlägt. Das wären ja recht wunderbare Kriegervereine, wenn sie nach diesen Vorschlägen zusammengesetzt würden."

Allzu verständlich beliebt die „Konservative Korrespondenz" nicht zu schreiben. —

Liebliches Geschimpfe. Ein nationalliberaler Waschzettel mit dem Fabrikstempel der bekannten Böttcherei beschäftigt sich mit dem Nothstand in Berlin, der rückhaltlos zugegeben wird. Dieses Zugeständniß an die Wahrheit wird indeß nur gemacht, um der Sozialdemokratie eins auswischen zu können. Es heißt nämlich:

In Berlin sind die Arbeitsverhältnisse augenblicklich recht ungünstige; viele Bauarbeiter und Maschinenbauer feiern; die Schneider sind nur schwach beschäftigt, Hunderte von Kaufleuten sind auf das Pflaster gesetzt; Kellner, Schreiber bestürmen die Kneipen und die Anwaltsstuben, um Beschäftigung zu finden. Wenn die Sozialdemokratie in Berlin Nothstands-Versammlungen einberuft, was bald geschehen dürfte, wird sie zweifellos starken Zuspruch haben. Es steht nun aber fest, daß die Hetzapostel an diesem Zustande einen großen Schuldantheil haben. Die Bauthätigkeit ist hauptsächlich deshalb so schwach gewesen, weil die Bauherren, denen während des Baues die Maler, Maurer, Töpfer ꝛc. davonliefen, keine Lust verspüren, zum zweiten Male dieser Unannehmlichkeit sich auszusetzen. Die unsinnigen sozialdemokratischen Streiks haben die Unternehmungslust des Kapitals vollständig gelähmt. Der nun bald vier Monate währende Bierboykott hat das Kapital noch kopfscheuer gemacht; er greift in alle Erwerbsverhältnisse ein. Sodann werden die „Genossen" und „Genossinnen" nach Kräften von der Agitation ausgepreßt; wer nicht für die verschiedenartigsten Fonds „abladet", ist kein „zielbewußter Genosse". Die Arbeitslosen-Versammlungen sind die schwerste Anklage gegen die Sozialdemokratie, deren Hetzereien viele Tausende arbeits- und brotlos gemacht haben.

Das Lied ist nicht neu. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und auch die Herren Verfasser — und zwar seit Jahrzehnten. Bös sind wir aber nicht. Und hätten wir's sein können, die unfreiwillige Quittung über die Wirkung des Boykotts hätte uns ausgesöhnt. Es ist doch die schönste Musik, wenn die Feinde so schimpfen. —

Die Irrsinnsbehandlung im Rechtsstaat. Unter dieser Ueberschrift hatte der bekannte bayrische Landtags-Abgeordnete Dr. Ratzinger vor Kurzem einen Artikel veröffentlicht, welchem zufolge „der Schlosser Lorenz von dem Fabrikbesitzer Heinrich Freese in Berlin und der fürstlich von Bismarck'schen Forstverwaltung um die Früchte einer von ihm gemachten Erfindung und eines darauf erworbenen Patents gebracht, bei Verfolgung seiner Beschwerde hierüber ungerecht behandelt und schließlich widerrechtlich längere Zeit im Irrenhause zu Deggendorf festgehalten worden wäre." Dieser Artikel ging in eine Reihe von Zeitungen über, auch in die „Münchener Neuesten Nachrichten", worauf letztere jetzt eine Zuschrift des Herrn Freese erhalten. In derselben wird gesagt, „die Behauptungen Dr. Ratzinger's stützten sich auf völlig haltlose Angaben des Lorenz und seien geeignet, auf die Bismarck'sche Forstverwaltung und Herrn Freese ein falsches Licht zu werfen; Dr. Ratzinger habe sich nicht die Mühe genommen, durch eine Anfrage sich von der Wahrheit der Mittheilungen des Lorenz zu überzeugen. In längerer Ausführung legt dann Herr Freese dar, daß Lorenz sich in keiner Weise über ihn zu beklagen und mit der Friedrichsruher Forstverwaltung überhaupt nichts zu thun gehabt habe; die Erfindung des Lorenz habe sich übrigens nicht bewährt. Lorenz habe für andere Erfindungen (z. B. eine zerlegbare Lanze) Unterstützung durch Gewährung sämmtlicher Modell- und Patentkosten von ihm erhalten und ihm gegenüber stets hervorgehoben, daß er durchaus zufriedenstellend behandelt worden sei."

Die nationalliberalen Blätter, denen wir vorstehendes Resumee entnommen haben, bemerken dazu: „Hieraus wird sich schließen lassen, daß auch die übrigen Beschwerden des Lorenz, namentlich über die Unterbringung im Irrenhause, unbegründet sind."

Hierzu machen wir ein Fragezeichen. Lorenz ist uns nicht unbekannt. Vor vier Jahren etwa war er wiederholt auf unserem Redaktionsbureau, und aus den Papieren, die er uns vorlegte, ging allerdings hervor, daß dem Manne Unrecht geschehen war, und daß namentlich die Familie Bismarck ihm ein, ihr überfandtes Aktenstück, auf das er großen Werth legte, in Verlust gebracht hatte. Ob dasselbe später wieder gefunden ward, wissen wir nicht. Lorenz wurde, weil er nicht zu seinem Recht kommen konnte, sehr aufgeregt. Irrsinnig war er aber, so weit wir es beurtheilen können — und wir beobachteten ihn genau — ganz gewiß nicht. Und wenn Lorenz, wie es scheint, in ein Irrenhaus gesperrt wurde, so ist das allerdings ein Vorgehen, welches der Aufklärung bedarf. Wir erwarten, daß Dr. Ratzinger, der im Besitz des einschlägigen Materials sein dürfte, die Sache weiter verfolgt, die durch die Erklärung des Herrn Freese, an dessen Wahrhaftigkeit wir übrigens nicht zweifeln, keinenfalls erledigt ist. —

Nicht anständig ist es, daß die „Frankfurter Zeitung", nachdem wir vor Monaten den Sachverhalt genau mit ihr verhandelt hatten, den sog. „ambulanten Gerichtsstand", d. h. die Verfolgbarkeit einer Druckschrift an jedem Ort, wo sie Leser hat, eine „sozialdemokratische Anschauung" nennt. Das Vorgehen des Grimpe'schen Rechtsanwalts in dem Fall, auf den die „Frankfurter Zeitung" sich bezieht, war ein rein persönliches; lange Jahre vorher hatten preußische Gerichte schon diese Anschauung, und der „ambulante Gerichtsstand" ist von uns allezeit bekämpft worden. Das wußte die „Frankfurter Zeitung" — daß sie trotzdem dieses Gerichtsverfahren oder die Anschauung, auf die es sich gründet, als „sozialdemokratisch" bezeichnet, ist illoyal. Oder sollte das kurze Gedächtniß, dessen der Chef der „Frankfurter Zeitung" neulich so tragikomisch überführt ward, auch in den Redaktionssälen des Sonnemann'schen Blattes zu Hause sein? —

Cholera und Manöver. In Oesterreich (Galizien) sind die in Aussicht genommenen Kavalleriemanöver wegen der Choleragefahr verschoben worden. In unseren Choleragegenden wird ruhig weiter manövrirt. —

In Perier's Wahlbezirk, Nogent-sur-Seine, findet nächsten Sonntag eine Ergänzungswahl statt. Der offizielle Kandidat, der dazu auserkoren ist, Casimir Perier in der Kammer zu ersetzen, ist, wie man uns aus Paris schreibt, ein gewisser Robert, ehemaliger Präfekt des Isère-Departements, der auf Geheiß Perier's eigens sein Amt niedergelegt hat, um für das ihm zugedachte Mandat kandidiren zu können und selbstverständlich zur Bedientenschaft des Großaktionärs von Anzin zählt. Aber so ganz ohne Kampf soll er sein Mandat denn doch nicht gewinnen. Die Arbeiterpartei hat ihm nämlich den ebenso eifrigen wie redegewandten Genossen Pedro gegenübergestellt, der nun täglich bald in dieser, bald in jener Wahlgemeinde Versammlungen abhält und überall, trotzdem er, weit entfernt, das sozialistische Banner zu verhüllen, ganz offen für die Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens und aller übrigen Arbeitsmittel eintritt, stets reichlichen Beifall findet. Sollte er, was ja bei der Protektion, der sich der Perier'sche Lakai zu erfreuen hat, mehr als wahrscheinlich ist, auch nicht den Sieg erlangen, so wird ihm doch in so mancher Gemeinde die Majorität der Stimmen zufallen und er überdies die Genugthuung haben, in allen Wahlgemeinden des Perier'schen Wahlbezirks den Samen des Sozialismus ausgestreut zu haben, der ja trotzdem und alledem früher oder später aufgehen und zur Reife gelangen wird. —

Das Zuhälterblatt „Le Jour" — so schreibt man uns aus Paris unter'm 4. Sept. — läßt von seiner Niedertracht nicht ab. Trotz aller Dementis publizirt es täglich die Liebknecht zugeschobene Aeußerung unter der Aufschrift: „Memento". Ja, es treibt seine Frechheit so weit, auf das Dementi, dessen Veröffentlichung es selbstverständlich unterlassen hat, die Antwort zu geben: „Wir können dem deutschen Liebknecht nur gratuliren, daß er endlich eingesehen hat, wie infam seine Stuttgarter Rede war". Aehnlich verfährt es übrigens auch mit unserem Genossen, dem Abg. René Chauvin, den es in einer jüngst in Tours abgehaltenen Versammlung sagen läßt: „Man darf nichts fürchten und auch nicht zaudern, wenn der Moment gekommen sein wird, denn die gegenwärtige Gesellschaft ist verfault. Und wenn ein Mitglied dieser verfaulten Gesellschaft uns unbequem wird, muß man es beseitigen." Thatsächlich sagte Chauvin aber etwas ganz anderes. Gegen den Anarchismus und für die richtige Handhabung des Stimmrechts sprechend, sagte er nämlich, daß die Sozialisten, die bei den letzten Wahlen so viele Stimmen erhielten, sich ihrer Kraft bewußt und durchaus nicht gewillt seien, dieselbe in nutzlosen Emeuten zu zersplittern, was ja um so unsinniger wäre, als das allgemeine Stimmrecht immer mehr auf Seite der Sozialisten trete und sie bei den nächsten Wahlen auf drei Millionen Stimmen rechnen könnten. Dem fügte er nun hinzu: „Wenn man sich aber einfallen lassen sollte, es — das allgemeine Stimmrecht nämlich — zu beseitigen, dann würde man merken, daß wir immer Revolutionäre der That sind, bereit, die Waffen zur Vertheidigung der Republik zu ergreifen." Trotzdem fährt auch da der „Jour" fort, die lügnerische Version als „Memento" weiter zu publiziren. Dabei ist das Blatt noch so unverschämt, das betreffende Dementi, das es natürlich ebenfalls unterschlägt, als ein Zeichen der Reue Chauvin's hinzustellen. Freilich, von einem Blatte, dessen Direktor, von allen sonstigen schmutzigen Dingen abgesehen, sich Jahre lang von einer Frau aushalten ließ, um sich dann zur Abwechslung von den geheimen Fonds unterhalten zu lassen, von einem solchen Blatte darf man auch keine Scham verlangen. Jeder folgt eben seiner Natur, und so muß man denn den „Jour" mit der „Nat.-Ztg." und anderen Hunden laufen lassen.

Die Polizei unter Polizei. In letzter Zeit häuften sich in hiesigen Blättern — so schreibt man den „Münchener Neuesten Nachrichten" aus London — die Klagen über ein brutales und rücksichtsloses Vorgehen mancher Polizeibeamten: flugs hat sich nun ein „Verein zum Schutz des Publikums gegen die Polizei" gebildet. Seine Aufgabe sieht er (wie er in einem Manifest die Welt belehrt) in dem löblichen Bestreben, die Polizei von Flegeln zu säubern, von hitzigen und kleinlichen Kerlen, die einen ruhigen Bürger auf die kleinste Veranlassung hin „mitnehmen" und dann des andern Tages beschwören, daß er besoffen war und groben Unfug verübte. Distrikts-Agenten sind bereits ernannt und künftig wird die Polizei der Königin unter der Aufsicht der Polizei stehen.

Was würden die Engländer erst sagen und thun, wenn ihre Polizei der deutschen oder speziell der sächsischen nacheifern würde. —

Der internationale Lockspitzel „Ungern-Sternberg", der durch irgend ein Mißverständniß von der russischen Polizei wirklich gefangen ward, aber — verständnißvoll von ihr behandelt werden wird, hat eine sehr bunte und abenteuerliche Vergangenheit. Abwechselnd Hochstapler, Industrieritter, Taschendieb u. s. w., gerieth er u. a. auch in die französische Fremdenlegion. Aus ihr desertirte er, nachdem er einen Mord begangen hatte. Und solche Menschen werden von der internationalen Polizei dazu verwandt, um die heutige Gesellschafts- und Staatsordnung vermittelst Dynamitbomben zu sichern. Eine schöne Gesellschaft! —

Der Prozeß gegen Alfred Defuisseaux wird vor den nächsten Assisen des Hennegau zur Verhandlung kommen. In diesem Prozeß handelt es sich nicht um neuere sogenannte Strafthaten, sondern nur um eine Wiederholung, oder richtiger Wiederaufnahme des Prozesses von 1889, in dem der Urspitzel Pourbaix die bekannte Rolle spielte. Die Anklage lautet auf: Hochverrath, Aufreizung zum Bürgerkrieg, Angriff auf Leben und Eigenthum, Komplott und verschiedenes Aehnliche. Im ersten Prozeß waren im Ganzen 26 Personen angeklagt. Defuisseaux entfloh, wie schon mitgetheilt, unmittelbar vor Fällung des Urtheils, und wurde in contumaciam — in Abwesenheit — zu neun Jahren Gefängniß verurtheilt. Diese Strafe ist jetzt aufgehoben, und der neue Gerichtshof ist in keiner Weise an das alte Urtheil gebunden. Defuisseaux, den wir vor Beginn des internationalen Bergarbeiter-Kongresses in Berlin sahen und der nach kurzem Aufenthalt aus Deutschland ausgewiesen wurde, ist entschlossen, die Thaten des Herrn Pourbaix und anderer Lockspitzel in eine bessere Beleuchtung zu setzen, als es 1889 möglich war, und dem Pfaffenministerium Bernaert, das den ganzen sogenannten Hochverrath, Bürgerkrieg u. s. w. durch seine „Nichtgentlemen" in Szene gesetzt hatte, das verdiente Denkmal der Schande zu errichten. Der bevorstehende Prozeß verspricht also ein Sensationsprozeß in des Wortes vollster Bedeutung zu werden. —

Das Haus Savoyen. Die italienische Herrscherfamilie scheint sich bei ihrem allergetreuesten Volke nicht mehr ganz sicher zu fühlen. Unlängst hat in Turin, dem Stammsitze der Dynastie, ein Familienrath stattgefunden, in dem beschlossen wurde, das Privatvermögen des Königs und der Prinzen künftig anders anzulegen als bisher. Das heißt wohl, daß man das Vermögen der königlichen Familie im Auslande unterbringen will. Dauert die Schandwirthschaft in Italien noch einige Zeit, so wird vielleicht auch die königliche Familie dem Familienschatze ins Ausland folgen müssen. —

Die Ausnahmegesetze werden in Italien mit vollendeter Schamlosigkeit zur Anwendung gebracht. So meldet ein Telegramm aus Ravenna:

In Castiglione kam es aus Anlaß der Verhaftung zweier betrunkenen Individuen zu schweren aufrührerischen Szenen und Zusammenstößen mit der öffentlichen Gewalt. Die Polizeibehörde verfügte infolgedessen die Auflösung des Vereins „Orsini" und des Arbeiterbundes und nahm in den Räumen des Arbeitervereins eine Haussuchung vor.

Die Betrunkenheit zweier Leute als Anlaß zur Auflösung von Vereinen, das ist eine Crispi's würdige That. —

Aus Imola wird ferner telegraphirt:

Einige Vertreter des Nationalrathes der sozialistischen Partei hielten hier eine Versammlung ab, in welcher mit Rücksicht darauf, daß die Regierung das Verbot der Abhaltung des angekündigten sozialistischen Kongresses energisch aufrecht hält, beschlossen wurde, den Kongreß so lange aufzuschieben, bis die Exekutiv-Kommission die Abhaltung desselben für opportun halten wird.

Gegen Republikaner, Irredentisten und vor allem gegen die Sozialdemokraten wendet man die Schandgesetze an, aber kein einziges anarchistisches Verbrechen wird durch dieselben verhütet. —

Auch über die Stärkung der Militärgewalt in Sizilien liegen Nachrichten vor, die für das Crispi'sche System wenig günstig lauten. Aus Rom wird nämlich telegraphirt:

Das im offiziellen Journal veröffentlichte Dekret, wodurch dem Kommandanten des 12. Armeekorps in Palermo die Generaldirektion der Polizei in Sizilien übertragen wurde, hat in Sizilien einen sehr ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Man will in dieser Maßregel eine versteckte Wiederaufnahme des Belagerungszustandes sehen. Die Unruhen nehmen in Sizilien wieder zu und in Castiglione mußte die Gendarmerie eine Manifestation mit Gewalt unterdrücken, wobei vier Manifestanten verwundet und fünf verhaftet wurden. —

Der Uebermuth der griechischen Soldateska. Wir berichteten vor wenigen Tagen über den Angriff von Offizieren auf die Redaktion der in Athen erscheinenden Zeitung „Akropolis". Nun meldet eine Depesche aus Athen:

Infolge der von Offizieren und Soldaten im Geschäftshause der Zeitung „Akropolis" verübten Ausschreitungen wurde der General Karaiskaki von der Regierung zur Disposition gestellt und der Platzkommandant von Athen bestraft; beide hatten die Haltung der Offiziere gebilligt. Unter den Offizieren herrscht starke Aufregung; die Regierung erklärte, sie würde die Ordnung energisch aufrecht halten. —

Parteinachrichten.

Parteikonferenz. Am Sonntag, den 2. September, fand für den 6. hannover'schen Wahlkreis in Achim eine Parteikonferenz statt, in welcher folgende Orte durch Delegirte vertreten waren: Verden, Achim, Hemelingen, Brinkum und Langwedel.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht. 2. Wahl eines Delegirten zum Parteitag in Frankfurt a. M. 3. Innere Angelegenheiten.

Zum ersten Punkt erstattete der Vertrauensmann Friedrich Güntheroth Bericht, wonach die Einnahme den Betrag von 621 M. ergiebt. Die Ausgabe 410,06 M., so daß ein Kassenbestand von 211,82 M. vorhanden ist. — Als Delegirter wurde (im vorigen Jahre hatte man aus finanziellen Gründen von der Beschickung des Parteitages in Berlin Abstand genommen) Genosse Friedr. Güntheroth in Verden gewählt, und im Verhinderungsfall Genosse Heinrich Manier in Hemelingen. Zu Punkt 3 wurde beschlossen, sobald die Arbeiten der Landleute beendet seien, eine rege Agitation auf dem Lande zu entfalten und hierzu die Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen" in einer Auflage von 3000 Exemplaren zu verbreiten. Sodann fand noch Abends zum Todestage Lassalle's eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Alwin Kerrl aus Bremen referirte.

* * *

Von der Agitation. Dem Wunsche der Genossen in Thüringen entsprechend, unternahm Genosse Pfannkuch in der zweiten Hälfte vorigen Monats dortselbst eine Agitationstour, die sich bis nach Hessen ausdehnte. Versammlungen fanden statt zunächst in Apolda, Buttstädt, Weimar, Ilmenau und Erfurt. Interesse bot die Versammlung in Buttstädt. Die vornehmlich ackerbautreibende Bevölkerung war bis dahin vorwiegend freisinnig. Bis zu den örtlichen Führern hinauf kam der Unmuth mit der Richter'schen Führung in puncto der Sozialpolitik zum Ausdruck. Gegenüber der Haltlosigkeit der Zustände erkannte man die Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik und Bestrebungen an. In Weimar versuchte der jetzt in Antisemitismus machende Journalist Stieb diesem das Wort zu reden. Angriffe auf die jüdischen Mitglieder der Reichstagsfraktion bildeten den Untergrund. Die Replik Pfannkuch's steigerte die hochgradige Nervosität des Herrn derartig, daß er trotz des kühlen regnerischen Abends nicht merkte, daß er seinen Ueberzieher im Stich gelassen hatte. Die in Eisenach einberufene Versammlung war von der Behörde verboten — wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Polizei in Waltung ihres Amtes in vorbeugender Richtung hatte sogar den Saal abgeschlossen und angedroht, jeden Versuch der Zuwiderhandlung gegen das ergangene Verbot, mit allen Machtmitteln zu verhindern. Trotzdem das Menschengewoge in dem Lokal und den angrenzenden Straßen einem Zu- und Abfluthen glich, hat sich kein Zwischenfall ereignet, der die Befürchtungen, aus denen das Verbot begründet war, gerechtfertigt hätte. Wie in allen gleichen Fällen, war die nicht abgehaltene Versammlung eine ausgezeichnete Agitation. Die Versammlungen in Goldlauter, Albrechts und Suhl waren sehr gut besucht. Der Druck des wirthschaftlichen Uebergewichts lastet bei der Geschäftsflaue doppelt schwer auf dem arbeitenden Volk der Thüringer Berge, weil die Liebe zur Heimath ihnen keinen Ausweg läßt, als zähneknirschend zu tanzen wie das Unternehmerthum pfeift. In Hessen waren Versammlungen in Wehlheiden, Melsungen, Kassel und Hardershausen vorgesehen. Die in Melsungen mußte wegen eines Formfehlers in der Anmeldung unterbleiben. Der Einberufer erhielt davon erst so spät Kenntniß, daß eine Korrigirung nicht vorgenommen werden konnte. Die anderen Versammlungen waren sehr stark besucht, insbesondere die in Kassel, bei welcher der Andrang fast ebenso groß war, wie in der vorjährigen Wahlbewegung bei der Anwesenheit Bebel's. Der Geist, der die Genossen beseelt, ist allenthalben ein vorzüglicher, sein Grundton ist eine zuversichtliche Siegesgewißheit. — Die Agitationskommission von Frankfurt a. M. hat beschlossen, im Laufe des kommenden Winters aller 14 Tage Vorträge namentlich von namhaften auswärtigen Genossen zu halten. Das Programm ist ein sehr vielseitiges; es umfaßt folgende Themata: Dr. Lux-Berlin: „Die Entwicklung der Technik in ihren Beziehungen zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise." Dr. Konrad Schmidt-Zürich: „Adam Smith und die bürgerliche Nationalökonomie." Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: „Die Frankfurter Arbeiterkongresse des Jahres 1848." Dr. B. Schoenlank-Berlin: „Die Prostitution als soziale Massenerscheinung." Dr. David-Gießen: „Schul- und Erziehungswesen im Licht des Sozialismus." J. Schwalbach-Frankfurt a. M.: „Der Sozialismus und die Vergeudung von Arbeiskraft in der heutigen Gesellschafts-Ordnung." E. Wurm-Berlin: „Volksernährung und Volkseinkommen." Dr. med. Marcuse-Mannheim: „Wissenschaft und Aberglaube am Krankenbett." G. Hoch-Frankfurt a. M.: „Aus der Agrargeschichte." W. Blos-Stuttgart: „Die tollen Jahre 1848 und 1849." Frau Klara Zetkin: Ueber die Frauenfrage. (Thema noch näher anzugeben.) Dr. Rüdt-Heidelberg: „Die Todesstrafe — eine Barbarei."

* * *

Parteiorgan konfiszirt. Der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg." wird aus Mannheim telegraphirt: Abermals ist die „Volksstimme" konfiszirt worden, und zwar ist eine in der letzten Nummer enthalten gewesene Kritik eines Inserats aus einem bürgerlichen Blatte oder vielmehr einer auf das Inserat erfolgten Offerte der Staatsanwaltschaft als „unsittlich" erschienen.

* * *

Ein ganzer Blumenstrauß von Polizeimaßregeln gegen unsere sächsischen Parteigenossen steht auch heute wieder zur Verfügung: In Mittweida, dem Sitze des durch sein schneidiges Auftreten in der Feuerwehrangelegenheit bekannt gewordenen Bürgermeisters Apelt, ist eine sozialdemokratische Versammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse Albert Schmidt aus Magdeburg über „Die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien" sprechen wollte, vom Stadtrath verboten worden. — In Mylau wurde seitens der Amtshauptmannschaft der Gesangverein „Liederhain" aufgelöst. Auflösungsgrund: Betheiligung am Crimmitschauer Sängerfeste. Angezogene Paragraphen: 24 und 25 des Vereinsgesetzes. — Aus Elsterberg wird berichtet: Der hiesige Turnverein „Vorwärts", dessen Vorsitzender sich an dem in Ernstthal abgehaltenen Gauverbandstage von Arbeiter-Turnvereinen betheiligt hatte, ist durch die Amtshauptmannschaft Plauen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz aufgelöst worden. — In Glauchau haben sich die Genossen im Volksverein zusammengeschlossen. Dieser Verein unternahm nun am 3. Juni einen Ausflug nach Grünefeld. Dieses harmlosen Ausfluges wegen hatten sich die Genossen Schmalfuß und Meier am vergangenen Dienstag vor dem Glauchauer Schöffengericht zu verantworten; Schmalfuß wegen Vergehens gegen das sächsische Vereinsgesetz, weil er den völlig zwanglosen Ausflug nicht angemeldet hatte, Meier wegen groben Unfugs. Der Gendarm Rudolph aus Remse trat als Zeuge auf und sagte aus, die Ausflügler hätten einen Aufzug durch Remse und Kleinbernsdorf veranstaltet, ohne die Genehmigung der Amtshauptmannschaft zu haben. Deshalb wurde Schmalfuß als Vorsteher des Volksvereins zu 10 M. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Genosse Meier hatte, als die Ausflügler in der sogenannten Glänzelmühle Rast machten, zur Unterhaltung der Genossen das bekannte Gedicht „Der Zukunftsstaat" vorgetragen. Das Gericht erblickte darin groben Unfug und verurtheilte den Genossen zu fünf Tagen Gefängniß. Denn, so wurde gefolgert, es sei auch noch anderes Publikum dagewesen, und dieses sei durch den Vortrag des Gedichtes belästigt worden.

* * *

Ueber die Lassallefeier liegen uns weiter noch folgende Berichte vor: Eine sehr bewegte Lassallefeier hatten die Genossen in Neu-Ruppin. Am Sonntag Nachmittag hatten sie einen Ausflug nach dem Walde ohne Polizei; dort verlief alles ruhig. Am Abend fand eine Volksversammlung im Parteilokal statt. Den Vortrag, der dort über Lassalle gehalten wurde, erklärte der Beamte für Politik. Er löste die Versammlung, die auch von vielen Frauen besucht war, auf. Damit nicht genug, verbot er auch das vom Wahlverein arrangirte Vergnügen und schließlich verbot er auch noch dem Wirth, der um 11 Uhr Polizeistunde hat, schon gegen 9 Uhr das Ausschänken von Getränken. Die Anwesenden mußten sich wohl oder übel fügen, die Aufregung und Erbitterung über das unqualifizirte Vorgehen des Beamten war unter der Bevölkerung begreiflicherweise eine sehr große — hoffentlich wird Beschwerde eingelegt und der Beamte rektifizirt. — In Oderberg i. M. fand die Gedächnißfeier am Sonnabend, den 1. September statt. Die Feier bestand in Konzert, Gesang und Vorträgen. Aber auch hier sollte nicht Alles ungestört verlaufen. Die Frauen der Genossen hatten am Tage vorher den Saal mit Guirlanden, Fahnen und dem Bildnisse Lassalle's geschmückt. Am Festtage selbst, im Laufe des Nachmittags kehrten im selben Gasthofe eine Anzahl Gymnasiasten aus Freienwalde ein. Als nun die Tochter des Wirths, sowie das Dienstmädchen, welche noch im Saal zu thun hatten, diese auf kurze Zeit den Saal verlassen hatten, machten sich etliche dieser Hochschüler dabei und demolirten alles. Die große Fahne wurde zweimal eingerissen, zwei Banner mit Inschrift gänzlich durchgerissen, acht kleinere Fahnen und ein Bildniß von Lassalle gänzlich gestohlen u. s. w. Der Verein hat die Frevler der Staatsanwaltschaft angezeigt wegen Sachbeschädgung und Diebstahl. Um 1 Uhr Nachts, nach Beendigung der Kaffeepause, wurde den Festtheilnehmern eine andere unliebsame Ueberraschung. Der Wirth gab bekannt, daß er, da er von vielen Seiten der Bürgerschaft, anderen Wirthen und hauptsächlich von der Behörde viele Unannehmlichkeiten erleiden müsse, daß der Verein bei ihm nicht mehr tagen könne, auch keine Versammlungen mehr abgehalten werden können. Die Genossen nahmen nun sofort den Kampf, den sie ja seit dem Jahre 1890 schon gewöhnt sind, wieder auf; die Feier erlitt keinerlei Störung, aber von Minute an, bis Morgens in der sechsten Stunde, denn da wurde die Feier erst beendet, stärkte sich ein jeder nur mit Brunnenwasser, selbst die Musikanten verzehrten keinen Pfennig mehr, es war dies eine sofortige Antwort, von welcher der Wirth vorher nicht geträumt hatte. Der Behörde gegenüber antworten die Genossen mit einer Volksversammlung, welche am Sonntag, den 9. dieses Monats, unter freiem Himmel auf gepflanztem Kartoffelfelde in der Nähe des Krieger-Denkmals stattfindet, denn auch durch Gewaltmaßregeln läßt sich in Oderberg der Strom nicht mehr aufhalten. — In Lübeck verlief die Feier in bester Weise; Genosse Schwartz hielt die Festrede. — Für die Parteigenossen von Fackenburg, Stockelsdorf, Mori und Steinrade fand am Donnerstag in Stockelsdorf eine Volksversammlung statt. Als Referent war Friedrich-Lübeck erschienen. — Die Kieler Parteigenossinnen und-Genossen begingen Freitag den Todestag unseres großen Vorkämpfers durch eine würdige Gedächtnißfeier. Die Theilnehmerzahl in den beiden Sälen „Englischer Garten" und „Elysium" betrug mindestens 5000. Die Festredner Genossen Klüß und Heinzel feierten den großen unsterblichen Todten in kernigen Worten und fanden für ihre Ausführungen lebhaften Beifall. — Eine äußerst gut besuchte Mitgliederversammlung des Vereins für volksthümliche Wahlen fand Freitag Abend im „Kaisersaal" in Gaarden statt. Genosse Ströbel legte in etwa einstündigem Vortrag den Lebensgang und die Bedeutung Lassalle's für die moderne Arbeiterbewegung dar und erntete reichen Beifall. — Die Gedächtnißfeier zu Ehren Lassalle's fand in Mainz am Sonnabend unter großer Betheiligung statt; Genosse Stock hielt den Festvortrag. — In Frankfurt a. M. hatten die Parteigenossen die Lassallefeier verbunden mit einer Gedächtnißfeier zu Ehren der am 18. September 1848 in Frankfurt gefallenen Freiheitskämpfer. Genosse W. Schmidt und Dr. David-Gießen hielten die Festvorträge. — Die Betheiligung in Hanau war, trotzdem die Mordspatrioten alles aufgeboten hatten, die Arbeiter für den Sedanrummel zu gewinnen, größer, denn je zuvor. Genosse Hoch gedachte in einer zündenden Rede der Verdienste Lassalle's. Bei hereinbrechender Dunkelheit wurde der Festplatz illuminirt und bengalisch beleuchtet und unter Abbrennung von Feuerwerkskörpern eine Polonaise aufgeführt, an welcher sich viele Personen betheiligten. — In Kalk sprach Genosse Grobleben aus Köln vor einer zahlreichen Versammlung. — Einen besonders großartigen Verlauf nahm die Feier auch in Nürnberg. Die Lokale waren trotz des auch Vormittags schon seine Kreise ziehenden Sedanrummels überfüllt. Die Gedächtnißrede hielt Genosse Oertel, welcher in anderthalbstündiger, mit Begeisterung vorgetragener und aufgenommener Rede ein Lebensbild des großen Gelehrten, des Menschen und des unübertroffenen Agitators Ferdinand Lassalle entrollte. — In Fürth sprach ebenfalls der Genosse Oertel und auch hier war der Besuch ein sehr guter, der Verlauf ein würdiger. — In Würzburg hielt der Wahlverein am Sonnabend eine Lassallefeier ab, welche außerordentlich zahlreich besucht war. Genosse Kern, sowie der als Gast anwesende Genosse Siebert aus Nürnberg erzählten den Anwesenden in gediegenen kraftvollen Worten das Leben und Wirken des großen Denkers und Kämpfers für die Freiheitssache. — Die Genossen von Mannheim begingen die Feier am Sonntag. Der Garten des „Rheinpark" war überfüllt. Das Programm, in Konzert, Gesang und Festrede bestehend, wurde in exakter Weise ausgeführt. Genosse Dreesbach hielt die mit großem Beifall aufgenommene Festrede. — In Stuttgart fand die Feier am Sonnabend Abend statt. Genosse Hildenbrand hielt eine halbstündige, ebenfalls sehr beifällig aufgenommene Gedächtnißrede, die großen Verdienste des Vorkämpfers um die moderne Arbeiterbewegung ins richtige Licht setzend. Die Feier verlief in allen Theilen in schönster und würdigster Weise und erreichte, nachdem noch gemeinschaftlich die Arbeiter-Marseillaise gesungen worden war, um 11 Uhr ihr Ende. — Ueber die Feier in Wien wird berichtet: Anläßlich des dreißigjährigen Todestages Lassalle's haben die Wiener Parteigenossen im Parke Dreher eine große Lassalle-Feier veranstaltet, an welcher über 10 000 Arbeiter theilnahmen. In einer Festrede würdigte Dr. Ellenbogen die Verdienste Lassalle's. Unter den Liedervorträgen wurde das Singen der Lassalle-Hymne polizeilich verboten.

Damit wollen wir die Sonderberichte über die Feier schließen, nicht ohne ausdrücklich zu betonen, daß die von uns veröffentlichten auf Vollständigkeit natürlich keinen Anspruch machen können; würde es doch den Raum unseres Blattes bei weitem übersteigen, wollten wir auch nur alle stattgehabten Gedächtnißfeiern registriren. Wie wir schon Eingangs unseres Berichtes hervorgehoben, wird die Lassallefeier eben immer mehr zu einer allgemeinen Volksfeier, die überall begangen wird, wo klassenbewußte Arbeiter wohnen. Mit jedem Jahre wird der gedankenlose Haufe derer um St. Sedan kleiner, während die Masse zielbewußter Genossen ständig sich vergrößert.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der Genosse Prukop ist laut einem Privattelegramm, das uns von Zaborze zugeht, aus der Haft entlassen. Unsere vor einiger Zeit veröffentlichte gleichlautende Nachricht wurde damals dementirt.

— Genosse Reiber, Redakteur des „Sächs. Volksblattes", hat am 1. d. M. die Verbüßung einer dreimonatigen Gefängnißstrafe angetreten.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Töpfer! Der Streik der Töpfer in Rostock dauert unverändert fort. Wir ersuchen die Berliner Kollegen, unter allen Umständen Rostock zu meiden, da die Meister versuchen, aus Berlin Arbeitskräfte zu bekommen. Alle Anfragen sind zu richten an C. Bugdahn, Töpfer, Beguinberg Nr. 10, Zentral-Herberge.

Der Glasarbeiterstreik in Oldenburg dauert fort. In einer Versammlung, welche am 1. September am Streikorte stattfand, referirte der Landtagsabgeordnete Horn über den Streik. Es wurde konstatirt, daß sich nur erst wenige Streikbrecher gefunden, die der Direktion mehr Geld kosten, als die gesammte Lohnreduktion beträgt. Widerlegt wurde die Behauptung des Direktors Schultze, daß er der Konkurrenz wegen gezwungen sei, die Löhne zu reduziren. Es wurde im Gegentheil nachgewiesen, daß die Löhne auf anderen Hütten bedeutend höhere sind, als in Oldenburg. Der Kampf dauert also fort — halte man den Zuzug fern!

Auch der Weberstreik in Bielefeld nimmt seinen Fortgang. Bis jetzt ist von den Streikenden mit Ausnahme einiger Lehrlinge noch niemand abgefallen, wohl aber haben Weber und Weberinnen sich den Streikenden angeschlossen. Im Ganzen arbeiten nach den angestellten Ermittelungen 15 Weber und Weberinnen, darunter befinden sich die Lehrlinge und 2 Krefelder Mädchen. Im Ausstand befinden sich 128 Weber und Weberinnen. Die Millionäre Delius u. Söhne haben sich bekanntlich geweigert, den armen Weberinnen den Lohn auszuzahlen. Sie begründeten das damit, daß diese sich seinerzeit verpflichtet haben, zwei Jahre lang in der Fabrik zu frohnden. Der Magistrat von Bielefeld hat nun zu gunsten der Weberinnen entschieden, so daß der Lohn ausgezahlt werden muß. Ein Theil der Frauen aber, die unterlassen hatten, das Kündigungsschreiben mit zu unterzeichnen, ihre Kündigung nur mündlich angebracht hatten und zwar bei einem Komptoirbeamten, werden ihr Recht vor dem Gewerbegericht geltend machen müssen.

Der Tischlerstreik in Budapest, welcher am 12. August ausgebrochen ist, umfaßt sämmtliche Fabriken der Stadt und ist jedenfalls der größte und bedeutungsvollste Lohnkampf, den Ungarn jemals gesehen hat. Die Ursache des Streiks ist, wie das Korrespondenzorgan der österreichischen Gewerkschaften schreibt, die immerwährend sich steigende Ausbeutung seitens der Unternehmer und die sich fortwährend, besonders in den Wintermonaten, wiederholende Arbeitslosigkeit der Gehilfen, welche sich auf 30, 40—45 pCt. aller Arbeiter ihrer Branche beziffert.

Die Gehilfen, endlich zur Einsicht gelangt, reduzirten im Jahre 1893 die Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich, was zur Folge hatte, daß die Meister zu verschiedenen Repressivmaßregeln griffen, wodurch die Situation zwischen beiden Theilen immer kritischer wurde. Der Durchschnittslohn der Tischler beträgt in Budapest 7 Gulden. In der Versammlung vom 12. August beschlossen denn sämmtliche Tischlergesellen, 5000 an der Zahl, die Arbeit ruhen zu lassen, was am nächsten Tage auch geschah. — Die Arbeiter, durchdrungen von der Siegeszuversicht, stellten noch nächst der Forderung der Arbeitszeitverkürzung auf neun Stunden die Abschaffung der Akkordarbeit, Feststellung eines Minimallohnes, Anerkennung der Vertrauensmänner, sowie die Freigabe des 1. Mai, auf ihr Programm. Diese Forderungen stießen wohl vom Anbeginne des Streiks auf einen hartnäckigen Widerstand der Unternehmer, welcher erst etwas gebrochen wurde, als sie sahen, daß die Arbeiter ihre gestellten Forderungen auch in's Praktische zu übersetzen willens waren, und bewilligten bis zum heutigen Tage fast ein Drittel der Unternehmer ihren Arbeitern obengenannte Bedingungen. Zwei Drittel der Meister beharren hartnäckig auf ihrem Standpunkt und versuchen, die Gehilfen zum Nachgeben zu zwingen. — Die Arbeiter kämpfen ebenso energisch, als klug und taktvoll. Fast täglich geht ein ganzer Waggon Streikender, vom Komitee gemiethet, nach Fiume oder Wien, wodurch es möglich wird, Budapest förmlich zu entvölkern. Durch dieses Vorgehen sind auch thatsächlich 1800 Mann expedirt worden und sind sohin nur noch 1900 Streikende zu unterstützen, was indeß den ungarischen Tischlern allein unmöglich ist. Sie richten daher an uns die Bitte, in den Arbeiterblättern die Adresse anzugeben, an welche Unterstützungen gesandt werden können. Es ist dies die Redaktion des „Asztalosok Szaklapja", Budapest, Lautergasse Nr. 1c, 1. Stock.

Zwölfhundert Arbeiter der ungarischen Waffenfabrik in Budapest haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Infolge dessen hat die Fabrikleitung den gesammten Betrieb sistirt und die noch übrigen Arbeiter entlassen. — Ein späteres Telegramm von Wolff besagt, daß es der Direktion gelungen sei, die Arbeiter von der „Opportunität (Zweckmäßigkeit) der Lohnreform" zu überzeugen, so daß morgen die Arbeit wieder aufgenommen werde. Die Bestätigung dieser Nachricht bleibt jedenfalls abzuwarten.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Haag, 5. September. Die Interparlamentarische Friedenskonferenz nahm fast einstimmig die Ernennung einer Kommission von 6 Mitgliedern an, in welche Hirsch (Deutschland), Stanhope (England), Gobat (Schweiz), Rahusen (Holland), Trarieux (Frankreich) und Houssean-Delaheye (Belgien) gewählt wurden. Die Kommission soll die Frage eines internationalen Schiedsgerichtshofs studiren und der nächsten Konferenz, welche voraussichtlich in Brüssel stattfinden wird, einen darauf bezüglichen Entwurf vorlegen.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Marburg, 5. September. In Bürgeln ist neuerdings eine Person an Cholera asiatica erkrankt. Die übrigen Erkrankten befinden sich fortgesetzt auf dem Wege der Besserung. Eine Baracke wurde heute in Betrieb gesetzt.

München, 5. September. Aus Neu-Oetting (Bayern) wird gemeldet: Bei dem gestrigen Brigademanöver bei Erlbach wurde der Hauptmann von Kresz zu Kreffenstein vom 16. bayerischen Infanterie-Regiment durch einen scharfen Schuß getödtet. Die Untersuchung nach scharfen Patronen in der Brigade war resultatlos.

Temesvar, 5. September. In dem durch seine Wunderkuren bekannten südungarischen Schlammbade Welencza sind sämmtliche bisher wasserreichen heißen Quellen plötzlich versiegt. Die Badeverwaltung beschloß geologische Sachverständige einzuladen, um die Ursache der Katastrophe zu erforschen und möglichst schnell Abhilfe zu schaffen.

Czernowitz, 5. September. Die Manöver bei Stanislau wurden mit Rücksicht auf die Choleragefahr abgesagt.

Petersburg, 5. September. Bei Charkow brannte eine große Wollwäscherei im Werthe von einer Million Rubel nieder.

London, 5. September. In Glasgow wurden in voriger Nacht 350 arbeitende Bergleute von den Streikenden thätlich angegriffen und mit Steinen beworfen. Ein starkes Polizeiaufgebot konnte rechtzeitig einen blutigen Zusammenstoß verhindern.

London, 5. September. „Die „Pall-Mall-Gazette" bespricht die Meldung, daß 70 Beamte der Nigergesellschaft von den Franzosen getödtet worden seien und fordert die Regierung auf, eine energische Untersuchung der Angelegenheit einzuleiten und eventuell die englische Flotte an der Küste Afrikas zu verstärken.

New-York, 5. Sept. Die Zahl der bei den Waldbränden Verunglückten und Vermißten wird auf 1500 angegeben. In den größeren nordamerikanischen Städten werden Sammlungen für die Hinterbliebenen der Opfer veranstaltet. Man glaubt, daß die Wälder in Brand gesteckt worden sind, um den Lagerholzverkauf zu erleichtern. Im Staate New-York stehen noch einzelne Wälder in Flammen; man befürchtet, daß das Feuer die Petroleumquellen erreichen wird, doch sind von den Behörden alle Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Pötzsch in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 207. Donnerstag, den 6. September 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereirings harrt noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig aufs Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne Eure opferwillige Unterstützung würden die Gemaßregelten der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu betteln. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmlauf des Protzenthums scheiterte an Eurem Solidaritätsgefühl. Nicht eine Bresche vermochte der Bierring in Eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfesmuthig und opferwillig seid Ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantirt Euer Können! Ihr könnt, wenn Ihr wollt.

Den zweiten Sturmlauf auf Euere Phalanx mußten die dem Bierring Lehensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mundtodtmachungssystem praktizirt werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgeflogen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken.

Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Bierring seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurmhoch häufen.

Ausharren bedeutet für uns siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen.

Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersteht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisirung des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wie bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt wird.

Hoch der Boykott sämmtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

Boykottfreies Bier liefern:

Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Süddeutsche Brauerei, Karl Kintz u. Ko., Berlin.
Brauerei Müggelschlößchen, Friedrichshagen.
Nordstern-Brauerei, Berlin.
Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Max Demnhardt, N.W., Hannoversche Straße 18a.
Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
Brauerei Jagdschlößchen, Eberswalde. Niederlage, Edm. Renter, Swinemünderstr. 45.
Berg-Brauerei, Brandenburg. Vertreter: H. Wolff, N., Dragonerstr. 31.
Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
Bürgerliches Brauhaus, Hamburg-Eilbeck, Kellerei und Niederlage, SW., Verlängerte Trebbinerstr. 7.
Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde. Niederlage G. Spiekermann, Weberstr. 66.
Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
Brauerei in Storkow (in Firma A. Miethe), Vertreter: Spiekermann, Weberstraße 66.
Brauerei Hildebrandt, Nowawes. Vertreter: H. Hensel, Krausenstraße 18.
Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.

Lokales.

Ueber den Bierboykott in der „guten alten Zeit“, insbesondere über seine gesetzlich erlaubte Anwendung seitens der privilegirten Stände und das strenge Verbot desselben für die werkthätige Bevölkerung setzt Herr Rösicke den Lesern seines Leibblattes einen Artikel vor, an dem man eigentlich garnichts zu ändern brauchte, höchstens das Wort „Studenten“ in Militärbehörden oder Unternehmer, und man erblickt ein ziemlich getreues Spiegelbild der Gegenwart mit ihrem vielgepriesenen „gleichen“ Recht für Alle.

Der Brauereidirektor Rösicke behauptet zunächst, daß „das Bier seit Menschengedenken das Lieblingsgetränk der Deutschen“ gewesen und, wie Beispiele bewiesen, sei es sogar oft „zum Gradmesser der Volksstimmung geworden. Er erinnert dann an die Münchener und Leipziger Bierkrawalle. In Leipzig, schreibt er, haben zur Verhütung eines üblen Trunkes in alten Zeiten die Studenten eine sogenannte Biervehme gegründet, die darauf ausging, Wirthe, die schlechtes Bier verzapften, so lange dies geschah, öffentlich in Verruf zu erklären. Hatte man solch einen Uebelthäter ertappt, so zog zu später Abendstunde in tiefem Schweigen ein Trupp Studenten vor das Wirthshaus, nahm dort (gleich den modernen Katzenmusikanten antisemitischer Saufkolonnen) Aufstellung, und nun begann ein wehmüthiger Gesang des Inhalts:

„Ach wenn das Bier nur besser wär',
Wir kämen gerne wieder her.“

Dabei wurden unter jämmerlichem Heulen und Schluchzen leere Säcke, Pferdedecken und Aehnliches als Taschentücher benutzt. Nach einiger Zeit zog die Biervehme in aller Stille ab, war aber vielleicht schon am nächsten Abend wieder da. Die betroffenen Wirthe sputeten sich natürlich, durch Herbeischaffung besseren Bieres die Wiederholung derartiger Besuche zu verhindern.

Als aber auch „Kaufburschen“ und Handwerksgesellen die Biervehme auszuüben begannen, wurde sie, jedenfalls zur Freude der Gastwirthe, streng verboten. — —

So schreibt der Brauereibesitzer Rösicke, und auch der Chefredakteur Rösicke und geistige Leiter des „Schultheißboten“ findet kein Wort der Kritik zu diesem letzten Satz, nicht daß er ihn unter aller Kritik findet; im Gegentheil: Mit Schmerzen bedauert jedenfalls Herr Rösicke, daß seine Schultheiß-Brauerei augenblicklich nicht in — Sachsen liegt. Es giebt noch Staatsanwälte in — Dresden.

Traumbilder. Eine kritisch-historische Darstellung des Boykotts ist soeben aus der geschichtskundigen Feder des Herrn Lewysohn im „Berliner Tageblatt“ erschienen. Das Opus zeichnet sich, wie Alles, was im Mosse'schen Verlag das Licht der Welt erblickt, durch lautersten Hang zur Wahrheit aus und überbietet in dieser Hinsicht so ziemlich alle Leistungen, die bisher für Geld und gute Worte im Dienste des Brauerrings verrichtet wurden.

Die nachstehende Probe aus dem Produkt börsianischer Geschichtsforschung wird unsere Leser davon überzeugen, daß wir die neueste Leistung des deutschfreisinnigen Organs nicht zu gering eingeschätzt haben.

Herr Lewysohn dozirt:

„Es erging da an die Genossen die Aufforderung, die Thüren der Eisenbahnwagen nicht mehr zu schließen. Lassalle hat sich gewiß im Grabe umgedreht über diesen beispiellos albernen Armeebefehl seiner geistesarmen Epigonen. Eine Thätigkeit wollten die jungen Genossen haben; das passive Verhalten bietet ihnen natürlich keinen Reiz. Sie suchten sich die Sache etwas unterhaltender zu gestalten, indem sie die anderen Passagiere verhinderten, die Kupeethüren zu schließen, aber als einige Genossen sich hierbei die Finger zerquetschten, gaben sie die Spielerei ganz auf. Nun sannen die Führer auf etwas ganz Neues, ganz Apartes, und in ihrer beklagenswerthen Rathlosigkeit fanden sie den Bierboykott. Ein unsinnigeres Mittel, eine Armee thatendurstiger Leute zu beschäftigen, hätten sie nicht ausheckeln können. Man vergegenwärtige sich nur die Situation, um die ausgesuchte Verkehrtheit dieses Feldzugplanes ganz zu begreifen: Die wogenden, unruhigen Massen verlangen nach einer Thätigkeit, einem mit etwas Radau verknüpften Sport, und die Führer empfehlen ihnen, um die gewünschte Emotion zu verschaffen, kein „Ringbier“ zu trinken! Wie konnte man erwarten, daß eine solche Abstinenz- und Temperenzler-Maßregel die jungen Genossen befriedigen werde! Ja, wenn man von ihnen verlangt hätte, sie sollten den vermaledeiten Bourgeois das gute Bier vor der Nase wegtrinken — das wäre etwas Anderes gewesen.“

Nach diesem wird man es auch nicht weiter überraschend finden, daß als Titelvignette des Boykottforschungswerkes ein Wirth aus der Hasenhaide figurirt, der auf die Frage, wie es um den Boykott steht, sein Käppchen zurückschiebt, nachsinnt, als ob es sich um eine Sache aus längst vergangener Zeit handele und dann meinte: „Ach, Sie sprechen vom Bierboykott? Nun, sehen Sie sich nur um — es sind lauter „Genossen“, die hier froh pokuliren“.

So träumt Herr Lewysohn Geschichte, nachdem er sich in unglücklicher Stunde an Boykottbier aus dem bald menschenleeren Böhmischen Brauhaus übernommen hat.

Mit ihm wollen wir nicht weiter richten.

Wohl aber verlohnt es sich, eine Leistung der „Berliner Zeitung“ ein wenig niedriger zu hängen. Das linksfreisinnige Blatt, das in voriger Woche so rühmlich mit dem famosen Versammlungsbericht Furore gemacht hat, erkühnt sich jetzt, pathetisch zu heulmeiern, „daß das Erwachen der Verblendeten ein schreckliches sein werde.“ Mit den Verblendeten meint das Blatt weder die Saalinhaber, noch die kleinen Brauereibesitzer, sondern — man rathe — die hunderte von Arbeitern, die durch das frivole Machtgebot des Brauereirings in jeder Beziehung schuldlos der Doppeldezimirung überantwortet wurden. Diese Arbeiter, die in ihrer übergroßen Mehrheit weder am 1. Mai gefeiert, noch sonst sich irgendwie gegen die Gebote des Kapitals vergangen haben, diese Leute, die einfach auf das Machtgebot der Brauereidirektoren vielfach blindlings herausgegriffen und brutal auf die Straße geworfen wurden, stellt das demokratisirende Organ schlankweg als Verblendete hin, die ihre wohlverdiente Strafe für Uebelthaten, welche es zu nennen sich wohlweislich hütet, in Empfang zu nehmen haben.

Besudelt das „Tageblatt“ oder die gleichwerthige „Staatsbürger-Zeitung“ die schuldlos gemaßregelten Arbeiter derart mit Schmutz, so weiß man, daß man es mit der Heldenthat von Gassenbuben zu thun hat; ein Blatt aber, das sich auf seine demokratischen Allüren gern etwas zu gute thut, sollte bei aller sonstigen ihm unbenommenen Feindschaft gegen den Boykott denn doch noch ein klein wenig auf äußerliche Reputation halten. Auf gleiche Stufe mit dem bürgerlich-radikalen Blatt stellt sich die fromme „Kreuz-Zeitung“, die dem „Vorwärts“ keck vorwirft, er triumphire darüber, daß das Böhmische Brauhaus abermals 30 Arbeiter infolge des Boykotts entlassen mußte.

Das Junkerblatt wird sich vergebens abmühen, im „Vorwärts“ nach Triumphgeschrei über die mit Arbeiterentlassungen verknüpften Erfolge des Boykotts zu suchen.

Wir nehmen bei derartigen Mittheilungen einfach unser gutes Recht in Anspruch, die namentlich gegenwärtig ja wieder einmal krampfhaft geleugnete Wirkung des Boykotts zu konstatiren. Das Triumphgeschrei überlassen wir den boykottirten Brauereien und ihren Helfershelfern, die in ihrer sonstigen Hilflosigkeit nichts anderes zu thun wissen, als sich gegenseitig mit der Fabel zu belügen, daß die Arbeiterschaft ihrer Unterstützungspflicht den Gemaßregelten gegenüber nicht mehr nachkomme. Wer nach Schuldigen suchen will, der möge bei den Herrschaften anklopfen, die am 15. Mai an ihren Arbeitern eine der gewissenlosesten Handlungen verübt haben, welche in der an Schandmalen reichen Geschichte des modernen Kapitalismus verzeichnet steht.

An der Findung der Wahrheit ist den Organen der Ringbrauereien noch nie etwas gelegen gewesen; was sollen sie daher anders machen, als, so lange es geht, ihre Auftraggeber über die heutige Misere mit holden Traumbildern hinweggaukeln?

„Wie ist doch die Zeitung so interessant!“ Folgende drei Hofnachrichten wissen die bürgerlichen Blätter zur Stärkung der monarchischen Gesinnung ihren Lesern zu melden:

Potsdam, 2. September. Die hohen Bogenfenster des Sanssouci-Schlosses leuchteten am Donnerstag Abend weit in die laue Nacht hinaus. Es waren lange Jahre vergangen, seit sich ein solcher Anblick geboten hatte — das letzte Mal in den Lebenstagen Friedrich Wilhelms IV. Seitdem nicht mehr. Das Sanssouci-Schloß schien wie im Schooße der Sage zu ruhen. Da, am Donnerstag Abend flammten die Kerzen des großen Mittelsaales und der anliegenden, von dem großen Könige einst bewohnten Gemächer wieder auf, und aus den Gemächern ließen sich Flötentöne und Musik vernehmen, gerade wie zur Zeit Friedrichs des Großen, als er sich hier mit seinem Lehrer Quanz auf der Flöte übte. Genau nach dem in der Nationalgalerie befindlichen Bilde Menzel's, ein Abendessen Friedrichs des Großen darstellend, waren für den letzten Donnerstag-Abend die Anordnungen getroffen in der Aufstellung der Tische und Stühle und in der ganzen Ausstattung der Gemächer, bis auf die kostbaren in Schildpatt und Silber eingelegten Musikpulte, an denen der große König einst seine Flötenkonzerte ausgeführt hatte. Dieses Erinnerungsfest, wenn man so sagen kann, hatte einen intimen Charakter; es nahmen daran nur Personen aus der nächsten Umgebung des Kaisers und der Kaiserin Theil, im ganzen 20.

Gurkenbowle soll jetzt das Lieblingsgetränk des kaiserlichen Hofhaltes geworden sein und zwar auf Veranlassung des Kaisers selber, der dieselbe während seiner Aufenthaltes in England bei den Offizieren der Royal Dragoons kennen gelernt und außerordentlich wohlschmeckend gefunden hatte. — Die Gurkenbowle wird auf folgende Art hergestellt: Man nimmt 3 Flaschen guten Rothwein, der recht kalt gestellt wird. In denselben hängt man eine frische, abgeschälte Gurke so lange, bis sie vollständig durchzogen ist, preßt sie dann aus und thut auf jede Flasche Wein ein Gläschen Maraschino, dann ist die Bowle fertig. Zucker wird dazu nicht verwendet.

Der Kaiser hat, wie nachträglich bekannt wird, mit seinem Gefolge die Nacht zum Sonnabend auf der Wildparkstation in seinem Hofzug verbracht. Abends gegen 10 Uhr war der Kaiser mit der Kaiserin vom Marmorpalais im Neuen Garten, woselbst ein Diner stattgefunden hatte, auf der Wildparkstation eingetroffen, er verabschiedete sich dort von der Kaiserin, die nach dem Neuen Palais weiter fuhr, und begab sich sodann mit den Herren seiner Begleitung in den bereitstehenden Hofzug. Derselbe fuhr dann in der Richtung nach Werder auf ein Rangiergeleise, wo er bis Morgens 5 Uhr 50 Minuten, um welche Zeit der Kaiser in das Manöverterrain fuhr, verblieb. Schutzleute in Uniform und Zivil, sowie eine Anzahl Eisenbahnbeamte hielten während der Nacht bei dem Hofzug Wache, auf dem sich vollzählig das Maschinen- und Zugpersonal befand. Um die Nachtruhe des Kaisers nicht zu stören, durften die Züge, welche die Wildparkstation passirten, keine Signale geben und mußten möglichst geräuschlos fahren.

Zu der „strengeren Handhabung der Geschäftsordnung“ im städtischen Familien-Obdach, welche nach der magistratlichen Versicherung zum Theil als eine Erklärung für den gegen die Vorjahre verminderten Besuch des Obdaches angesehen werden kann, wird uns in Ergänzung unserer Ausführungen in Nummer 200 des „Vorwärts“ Folgendes geschrieben:

Das städtische Obdach untersteht dauernd der Kontrolle der Polizei. Nun ist allerdings im „Vorwärts“ schon wiederholt darauf hingewiesen worden — das letzte Mal in dem Artikel: Ein Beitrag zur elenden Lage der Landarbeiter — daß die Polizei in einem Institut, das von der Bürgerschaft für die elendesten Mitbürger eingerichtet ist und von ihr fortlaufend unterhalten wird, nichts zu thun hat, indessen diese Thatsache besteht zur Zeit leider noch und es muß daher mit ihr gerechnet werden. Nun erstreckte sich, im allgemeinen wenigstens, die Fürsorge der Polizei nur auf die nächtlich Obdachlosen, d. h. auf Personen, welche durch unsere unglücklichen Verhältnisse schon lange kein bestimmtes Obdach mehr haben und vorübergehend für einige Nächte vor der Unbill der Witterung wieder einmal geschützt sein wollten, oder Personen, die aus anderen Gründen für eine Nacht das Obdach aufzusuchen gezwungen waren. Die Namen dieser Personen notirte man des Abends beim Eintritt, des Morgens wurden sie aufgerufen und mußten dann die bekannte polizeiliche Verwarnung über sich ergehen lassen. Jetzt ist man einen Schritt weiter gegangen. Auch die obdachlosen Familien haben sich des Morgens nach ihrer Ankunft der angenehmen Prozedur der polizeilichen Verwarnung zu unterziehen. — Es muß allerdings eine wahrhaft großartige „erzieherische Wirkung“ ausüben und als ein Ansporn zur „selbständigen Verwerthung der eigenen Arbeitskräfte“ dienen, wenn dem Manne, den fortdauernde Arbeitslosigkeit oder die Hartherzigkeit seines Hauswirthes zum Aufsuchen des Obdachs gezwungen hat, in Gegenwart seiner Frau von polizeiwegen aufgegeben wird, „sich binnen fünf Tagen ein Unterkommen zu verschaffen, widrigenfalls er, wenn er den Nachweis seiner Bemühungen zu diesem Zwecke nicht zu erbringen vermag, mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft werden, auch auf seine Unterbringung in ein Arbeitshaus erkannt werden kann.“ —

Und ist nicht diese Neuerung wie kaum ein anderes Mittel geeignet, das „Selbstbewußtsein“ des Mannes auf eine Stufe zu heben, die ihm bis zu dem glücklichsten Zeitpunkt seines Lebens, da er die polizeiliche Verwarnung empfing, zu erwägen nie in den Sinn gekommen wäre?

Das sind so einige der Annehmlichkeiten, welche das Oberhaupt der Familie, der Mann über sich ergehen lassen muß, aber die Frau darf auch nicht zu kurz kommen, auch ihr muß ihr „wohlgemessen Theil“ werden, um ja nicht auf den Gedanken zu kommen, „das Obdach als eine Versorgungs-

stätte für die Dauer zu betrachten". — Um diesen Gedanken im Keime zu ertödten, reichte aber die bisherige Praxis vollkommen aus. Nur einige Momentbilder wollen wir für die Wahrheit dieser Behauptung hier geben.

Der Mutterpflichten vermag die Frau, selbst wenn man die Verhältnisse des Obdaches, die ja keine idealen sein können, berücksichtigt, nicht zu genügen. Hat sie unter ihren Kindern einen Säugling, so kann sie diesem, allerdings aber nur diesem, einen Theil ihrer Zeit zuwenden, um ihn zu sättigen. Ist ein solcher aber nicht vorhanden, so werden die anderen Kinder, und seien sie auch erst ein oder zwei Jahre alt, in ein Zimmer zusammengelegt, und bleiben unter der Obhut einer Frau. Die Mütter der betreffenden Kinder müssen arbeiten und in der Darbietung von Arbeitsgelegenheit besitzen die Aufseherinnen der Frauenabtheilung eine solche Fertigkeit, daß, wenn der Staat sich dieselbe zum Muster nehmen wollte, „Recht auf Arbeit" längst Wirklichkeit wäre. Es wird künstlich Arbeit geschaffen nach dem Rezept: Doppelt reißt nicht. Man läßt z. B. die Korridore und Zimmer aufwischen, wieder wischen und noch einmal wischen. Denn man kann im Obdach Niemand „stillsitzen" sehen. Das sind keine gehässigen Entstellungen, das ist Wirklichkeit. Dann giebt's Wasch-, Näh-, Flickarbeit, und wer sich von dieser Arbeit „drückt", d. h. wer das Obdach verläßt, um in der Stadt einige nöthigen Angelegenheiten zu ordnen, der hat bei seiner Nachmittags oder Abends erfolgenden Wiederkehr auf keinen guten Empfang zu rechnen. Direkte Zwangsmaßregeln sind natürlich nicht statthaft. Bedarf es nach alle diesem noch einer Versicherung, daß eine Frau, die so ganz aus den bisherigen Familienverhältnissen herausgerissen ist, sich nach diesen, und seien es auch die dürftigsten, mit allen Fasern zurücksehnt, und danach trachtet, das gastliche Haus so bald als möglich verlassen zu können? Und wird sie nicht ihren ganzen Einfluß aufbieten, auf den Mann, dessen gestähltes Gemüth manche unangenehmen Dinge weniger stark empfindet, dieses ihr Verlangen zu übertragen, wenn derselbe etwa das Obdach als eine „Versorgungsanstalt für die Dauer" zu betrachten geneigt sein sollte? Wir wollen um des Raumes willen diese äußerst knapp gehaltene Darstellung schließen und aus ihr heraus nur die Forderung stellen: Der Magistrat sei „Herr im eigenen Hause"; er verbitte sich die Einmischung und die ihm vielleicht gegen seinen Willen aufgedrungene Unterstützung der Polizei, auf alle Fälle aber sorge er dafür, daß die entwürdigende Bedrohung der Haft oder gar der Strafe des Arbeitshauses fortfalle für Familienväter, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie arm sind. Wenn aber die Polizei durchaus sich um das Obdach kümmern will und hierzu berechtigt sein sollte, warum trägt nicht sie die Kosten für das Obdach?

Die städtische Waisenverwaltung bot im Jahre 1893/94 nach dem jetzt veröffentlichten Bericht scheinbar ein weniger unerfreuliches Bild als im Vorjahre. Der Zugang betrug: 1. bei den Waisenkindern im engeren Sinne (vater-, mutter-, elternlose, zeitweilig verlassene oder sonst vorübergehend obdachlos gewordene Kinder) 1924, 2. bei den „verwahrlosten" (jedoch noch nicht wegen strafbarer Handlung zur Zwangserziehung überwiesenen) Kindern 45, 3. bei den erwachsenen, aber erwerbsunfähigen Waisen 16, zusammen 1985. Ueberhaupt verpflegt wurden am 1. April 1894: 1. Waisenkinder im engeren Sinne 4428, 2. verwahrloste Kinder 99, 3. erwerbsunfähige Waisen 20. Das sind fast überall niedrigere Zahlen als im Vorjahre. Die Zahl der neu Aufgenommenen und die der überhaupt Verpflegten sind in den einzelnen Jahren der letzten 1½ Jahrzehnte sehr verschieden gewesen. Im allgemeinen ist ein Steigen bis 1888, ein Fallen bis 1889, ein erneutes Steigen bis 1891 und dann wieder ein Fallen zu beobachten. Die Bewegung geht ungefähr parallel, aber jedesmal mit 1—2 Jahren Verspätung, dem Auf und Ab in dem Nothstand, unter dem die Berliner Arbeiterbevölkerung seit Mitte der siebziger Jahre leidet. Ob darin auch ohne weiteres ein Ausdruck des ursächlichen Zusammenhanges zu erblicken ist, muß fraglich erscheinen. Zweifellos wird die Zahl der der Waisenpflege überwiesenen Kinder bis zu einem gewissen Grade durch die jeweilige wirthschaftliche Lage beeinflußt. Man braucht sich nur daran zu erinnern, wie Anfang der siebziger Jahre die Zahl der neu Aufgenommenen bis 1874 rasch, bis 1875 langsamer fiel und von da an erst rasch, dann etwas langsamer aber ununterbrochen bis 1883 stieg, weil in demselben Zeitraum die Zahl der verlassenen Kinder in genau derselben Weise fiel und stieg. Aber die Zahl der Waisenkinder wird auch beeinflußt durch die Zahl der überhaupt vorhandenen Kinder, die bei lange andauerndem Sinken der Geburtenziffer natürlich mitsinken muß. Deshalb ist auch der Vergleich der Zahl der aufgenommenen und verpflegten Kinder mit der Gesammtbevölkerung, wie ihn der Bericht macht, ziemlich werthlos. Bei diesem Vergleich stellt sich heraus, daß trotz der Maxima von 1883 und 1891 doch die Grundtendenz der Zahlenbewegung eine fallende ist. Aber das wird man sich möglicherweise ebenso erklären müssen, wie das seit langem beobachtete Sinken der Kindersterblichkeit und infolge dessen auch der Gesammtsterblichkeit: nämlich aus dem ebenfalls seit langem beobachteten Sinken der Geburtenziffer. Etwas andere Ergebnisse dürften herauskommen bei Vergleichung der Zahl der Waisenkinder mit der Zahl der Kinder von 0—15 Jahr, von denen beispielsweise Ende 1881 noch 290, aber Ende 1891 nur noch 273 auf je 1000 Personen der Gesammtbevölkerung kamen. — Die der städtischen Waisenpflege anheimfallenden Kinder kommen in der Regel zuerst nach dem „Depot". In dem Kapitel über dieses Depot giebt der Bericht als Grund der Aufnahme der in 1893/94 aufgenommenen 1985 Kinder an: bei 453 Krankheit der Eltern, bei 315 Tod der Eltern, bei 296 Obdachlosigkeit, bei 261 heimliche Entfernung der Eltern, bei 175 Armuth der Eltern, bei 133 Verhaftung der Eltern, bei 132 war die Mutter im Dienst, bei 129 war den Eltern durch's Gericht die Erziehung abgesprochen, 60 gelten als verwahrlost, 31 waren Findlinge. Aus dieser Tabelle ergiebt sich, daß die Besserung gegen das Vorjahr eigentlich nur dadurch zustande gekommen ist, daß die Zahl der wegen heimlicher Entfernung der Eltern Aufgenommenen von 489 auf 261 sank. (Ob dieses Ergebniß schon auf die neuerdings beliebten Maßregeln gegen solche Eltern zurückzuführen ist, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen.) Dagegen sind, abgesehen von Krankheit, Tod und Verhaftung, bei allen anderen wichtigeren Ursachen die Zahlen vom Minimum-Jahr 1889/90 an ununterbrochen gestiegen. Es wurden aufgenommen:

Ursache:	1889/90	1890/91	1891/92	1892/93	1893/94
Krankheit der Eltern	413	401	519	368	453
Tod „ „	327	319	359	282	315
Obdachlosigkeit	19	125	165	280	296
Entfernung der Eltern	260	436	464	489	261
Armuth „ „	129	134	137	149	175
Verhaftung „ „	106	118	103	143	133
Mutter im Dienst	69	74	92	100	132
Erziehung abgesprochen	62	62	89	115	129
Verwahrlosung	40	56	66	48	60
Findlings	17	21	31	20	31

Diese Tabelle sieht keineswegs nach einer Besserung aus. Insbesondere hat trotz der milderen Winter der letzten Jahre und trotz Sinkens der Lebensmittelpreise gerade bei denjenigen Ursachen eine erhebliche und ununterbrochene Steigerung stattgefunden, die man ohne weiteres mit der Wirthschaftslage in Zusammenhang bringen kann. Ob übrigens die heimliche Entfernung der Eltern immer eine „böswillige" ist, muß sehr bezweifelt werden. Das plötzliche Anschwellen im Jahre 1890/91 deutet auch hier auf die Noth als Hauptursache hin. Es wurde damals auch in einem bürgerlichen Blatt in einer angeblich aus dem Kreise der Waisenverwaltung herrührenden Mittheilung so erklärt. Jetzt hat man freilich ein Mittel gefunden, wenigstens bei dieser Ursache eine Minderung zu erzielen. Man läßt die „böswilligen" Eltern durch die Polizei zwingen, für ihre Kinder zu „sorgen", d. h. eventuell: den Hunger mit ihnen zu theilen.

In Rummelsburg schänkt der Wirth Rummel, nahe der Köpnicker Haide, jetzt wieder Ringbier.

Der Ahlwardt'sche „Judenflintenprozeß" hat nach einer Briefkastennotiz der „Antisemitischen Korrespondenz" wohl an 14 000 M. Gerichtskosten verursacht. Ahlwardt zahle monatlich 3 Mark ab. Dann hätte er, bemerkt dazu die „National-Zeitung" rund 390 Jahre daran zu zahlen und würde auf dieser Erde nicht damit fertig werden. Nun sage einer, daß der Fiskus kein guter Kerl sein kann.

Wirkungen der Anarchistenfurcht. Am 29. v. M. verbreitete sich, wie die „Oberschl. Gr.-Ztg." schreibt, in Beuthen in Oberschlesien das Gerücht, ein verdächtiger Koffer mit einem gefährlichen, aus Bomben 2c. bestehenden Inhalt sei, auf dem Rechten Oder-Ufer-Bahnhof angekommen, der Besitzer desselben, der belgische Anarchist Cyprian Philipp Jaglokowski alias Baron von Sternberg, auf dessen Ergreifung Belgien 10 000 Franks gesetzt hat, werde in den nächsten Stunden gleichfalls erwartet. Da der Erwartete nicht kam, entschloß man sich zur Oeffnung des schwarzen Kofferungeheuers. Vorsichtig, damit das Ding nicht losgehe, geschah dies, und was fand man? Wäsche, Kleidungsstücke und Briefe eines — Magistratssekretärs aus Berlin. Nun war die Lösung gefunden. Der Magistratssekretär soll eine gewisse Aehnlichkeit mit dem „gefürchteten" Anarchisten haben. Der Vergnügungsreisende hielt sich in Striegau auf; ein Photograph sah ihn, glaubte den Jaglokowski vor sich zu haben und theilte dies einem dortigen Polizisten mit; dieser forschte auf dem Striegauer Bahnhof nach, ob nicht ein Herr von der und der Beschreibung Gepäck aufgegeben habe. Da wurde ihm der schwarze Koffer gezeigt, und nun „war's richtig", denn so ein schwarzer Koffer konnte nur ein Anarchistenkoffer sein. Nach erstattetem Bericht an seine Behörde, schickte er einen Eilbrief nach Beuthen mit der Nachricht von dem bevorstehenden Eintreffen des Anarchisten. Der Koffer war übrigens nur versehentlich nach Beuthen OS. gelangt, denn sein Besitzer erfreut sich in Beuthen a. O. der goldenen Urlaubszeit.

Im Butterfälschen hat es die deutsche Treue und Redlichkeit am weitesten gebracht. Einen interessanten Beleg dafür hat kürzlich ein Herr beigebracht, der seine Erfahrungen in der „Deutschen Landwirthschaftlichen Presse" mittheilt. Auf der Reise von Paris nach Berlin kaufte der Herr 24 Butterbrote, und zwar auf französischen resp. belgischen Stationen 7 und auf deutschen 17, ließ später die Butter derselben untersuchen und erhielt das folgende überraschende Resultat: Die 7 ausländischen Butterbrote waren sämmtlich mit unverfälschter Kuhbutter bestrichen, dagegen zeigte sich, daß von den 17 deutschen Butterbroten 10 mit Margarine resp. mit Mischung von Margarine und Butter bestrichen waren. Wie schon mehrfach dargelegt, werden diese Lebensmittelfälschungen vielfach schon an der Quelle, von den allen ehrlichen Agrariern selber, begangen.

Von der Polizeithätigkeit. Aufgelöst wurde am Dienstag Abend eine in Keller's Gastwirthschaft abgehaltene zwanglose Zusammenkunft von Arbeitgebern des 32. und 36. Gewerbegerichts-Wahlbezirks, in der die Kandidatenfrage gestreift wurde. Als Grund der Polizeimaßregel gab der auflösende Beamte an, daß die „Versammlung" (!) nicht angemeldet sei.

Mit dem groben Unfugs-Paragraphen will, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, das Polizeipräsidium das Fortwerfen von Obstresten auf der Straße fortan ahnden.

Vom Tode ereilt wurde plötzlich in einem Wirthshause der 44 Jahre alte Klavierstimmer Theodor Warnke. Er hatte in der Nacht zum Mittwoch das Schanklokal von Birkhahn in der Hennigsdorferstraße 6 besucht. Um 2 Uhr entquoll seinem Munde ein Blutstrahl, und kurze Zeit darauf war Warnke todt. Die Leiche mußte, da die Wohnung des Verstorbenen nicht ermittelt werden konnte, durch den polizeilichen Wagen nach dem Schankhause abgeholt werden.

Mit Sublimat hat sich die unverehelichte Minna Rothbart aus der Schönebergerstr. 33 in der Nacht zum Mittwoch vergiftet. Ein Abschiedsbrief des unglücklichen Mädchens deutet an, daß Verleumdungen und Ehrenkränkungen, die über sie in Umlauf gesetzt waren, die Ursache zu der Verzweiflungsthat gewesen sind.

Ein tödtlicher Unglücksfall hat sich am Dienstag Vormittag um 10¾ Uhr in der Kesselschmiede der Borsig'schen Fabrik auf dem Grundstück Kirchstr. 6 in Moabit zugetragen. Der 46 Jahre alte Arbeiter Josef Buckowicki aus der Emdenerstraße 47 hatte den Auftrag, ein Kesselgehäuse mit Schrauben zu versehen und zu verdichten. Um einen solchen Koloß festzuhalten, sind eiserne Stützen nothwendig, die ein Gewicht von je zehn Zentnern haben. Bei der Arbeit stieß Buckowicki an eine solche Stütze; diese gab nach und traf beim Umfallen den Kopf des Arbeiters. Der Schädel erlitt einen doppelten Bruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Ueber einen muthmaßlichen Kindesmord wird aus dem Hause Thurmstr. 16 berichtet: Am Mittwoch früh gegen 6½ Uhr entdeckte der Hausverwalter Fischer unter einem Treppenabsatze eine bereits stark in der Auflösung begriffene Kindesleiche, die in graues Packpapier eingewickelt war. An der Leiche befanden sich Ueberreste eines schwarzen mit kleinen Blumen versehenen Tuches, sowie solche von einem zweiten ebensolchen Tuche mit dunkelrothen Streifen. Wie lange die Leiche an dem Fundorte gelegen hat, ist nicht festgestellt worden. Merkwürdig erscheint, daß das Vorhandensein der Leiche unter dem Treppenabsatz nicht früher bemerkt worden ist.

Witterungsübersicht vom 5. September 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresniv.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 1° C. = 4° R.)
Swinemünde	760	WSW	1	halb bedeckt	11
Hamburg	762	WSW	1	heiter	12
Berlin	762	WNW	1	heiter	10
Wiesbaden	763	N	1	wolkig	11
München	763	NO	1	Regen	9
Wien	762	O	2	halb bedeckt	15
Haparanda	762	N	2	halb bedeckt	5
Petersburg	759	N	1	bedeckt	8
Cork	769	NNW	3	wolkig	11
Aberdeen	766	N	3	wolkig	10
Paris	765	N	1	wolkenlos	10

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 6. Septbr. 1894.

Ein wenig wärmeres, theils heiteres, theils wolkiges Wetter mit schwachen westlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 4. d. M. Morgens sprang ein Mann am Halleschen Ufer in den Landwehrkanal. Er wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. — Auf dieselbe Weise versuchte ein Arbeiter sich das Leben zu nehmen, indem er in der Gitschinerstraße sich in den Landwehrkanal stürzte. Er wurde noch lebend herausgezogen und nach Anstellung erfolgreicher Wiederbelebungsversuche nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße gebracht. — In der Borsig'schen Eisengießerei, Kirchstr. 6, wurde Vormittags ein Arbeiter bei der Arbeit durch ein plötzlich umfallendes Dampfkessel-Gehäuse erschlagen. — In der Friedrichstraße gerieth ein Knabe unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. — Nachmittags wurde in der Markgrafenstraße ein Mann durch einen Geschäftswagen überfahren und an den Beinen erheblich verletzt. — In der Wilhelmstraße lief ein Mädchen gegen einen Bierwagen, gerieth unter die Räder und erlitt außer bedeutenden Verletzungen an den Knieen einen Bruch des Unterschenkels. — In der Königgrätzerstraße fiel ein Knabe beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zur Erde, gerieth unter die Räder und wurde am Fuße schwer verletzt. — Abends sprang ein Mann hinter der Heckmann'schen Fabrik, am Görlitzer Ufer, in den Landwehrkanal und ertrank. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Die bedeutenden Unterschlagungen zum Schaden des Neu-Kölnischen Kreditvereins, die dem ehemaligen Rendanten des letzteren, dem Kaufmann G. Ph. Rey, zur Last fallen, beschäftigten heute die 3. Ferien-Strafkammer. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichts-Direktor Haack, die Anklage vertritt Staatsanwalt Kanzow, die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Freudenthal. R. betrieb in der Dresdenerstraße 65 ein Zigarrengeschäft mit einem Zweiggeschäft in der Straße Alt-Moabit. Zugleich war er mit dem Fabrikanten Endruweit persönlich haftender Gesellschafter der „Deutschen Metallpapierfabrik Rey u. Endruweit", sowie Vorstandsmitglied und Rendant des Neu-Kölnischen Kreditvereins. Die Geschäftsräume der Firma Rey u. Endruweit und des Kreditvereins befanden sich gleichfalls Dresdenerstr. 65. Im Januar stellte es sich heraus, daß R. den Verein durch Wechselfälschungen und Unterschlagungen um erhebliche Beträge geschädigt habe. In einer Vorstandssitzung vom 18. Januar erkannte er an, Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, und verpflichtete sich, Ersatz zu leisten. Am 20. Januar flüchtete er jedoch ins Ausland, kehrte aber bald unter fremdem Namen zurück und wurde am 7. Februar verhaftet, als er in Hannover im Hotel du Nord unter dem Namen Philipp Schuchardt sich einquartirt hatte. Der Angeklagte führte die Bücher und die Kasse des Vereins, auch verwahrte er die dem Verein zum Diskontiren übergegebenen und die vom Verein auszustellenden Wechsel in einem Tresor. Er soll nun in vielen Fällen die dem Verein zum Diskontiren übergebenen Wechsel mit dem Indossament des Vereins dahin versehen haben, daß er die Firma mit seinem Namen und mit demjenigen des Vorstandsmitgliedes Markwald unterzeichnete. Letzteres geschah in der Weise, daß er einen in seinem Besitz befindlichen Gummistempel mit dem Namen Markwald in Anwendung brachte. Die betreffenden Wechsel begab er theils gegen Checks, theils gegen Kasse an die Mitteldeutsche Bank, theils an die Reichsbank. Auch die Checks, die gleichfalls zweier Unterschriften bedurften, soll er in derselben Weise gefälscht haben. Nach seinem eigenen Zugeständniß hat R. vielleicht in tausend Fällen eigenmächtig den Namen des Markwald unter den Verein verpflichtende Urkunden gesetzt. Dazu gesellen sich verschiedene Wechselfälschungen zum Schaden der Firma Rey u. Endruweit 2c. Bei der Revision der Kasse des Neu-Kölnischen Kreditvereins stimmte zwar die Kasse mit den Wechselbeständen äußerlich überein, es hat sich aber herausgestellt, daß Wechsel über 16 500 M. gar nicht in den Büchern und im Wechselkonto existirten, sondern werthlos und nur zur Täuschung des Revisors dem Wechselbestande beigefügt waren. Der Angeklagte giebt auf Befragen des Präsidenten an, daß er das Geschäft seines Vaters übernommen habe und auch in die von demselben verwaltete Rendantenstelle bei dem seit 1848 bestehenden Kreditverein getreten sei. Er bekenne sich in keinem der Anklagepunkte schuldig. Er habe nicht nöthig gehabt, zu fliehen, denn es wäre ihm mit Hilfe seiner Mutter und seines persönlichen Kredits möglich gewesen, alle Verpflichtungen zu erfüllen, die er dem Kreditverein gegenüber übernommen hatte, er habe aber vollständig den Kopf verloren gehabt. R. behauptet, daß er von dem Vorstandsmitgliede Markwald die generelle Erlaubniß erhalten habe, seinen Namen zu unterschreiben. Dieser habe ihm zu diesem Zwecke auch einen Gummistempel mit seinem Namenszuge übergeben, welchen er seines Wissens zu Quittungen und Wechselgiros benutzt habe. Bei Checks habe er den Namen Markwald selbst geschrieben, bleibe aber dabei, daß er dazu berechtigt gewesen sei. Der Vorsitzende des Vorstandes, der 71 jährige Kaufmann Ed. Markwald, bestreitet letzteres ganz entschieden. Er habe dem Angeklagten nie die Erlaubniß zur Unterzeichnung seines Namens ertheilt. Seines Wissens habe er nur ein einziges Mal mit dem Angeklagten darüber gesprochen, wie er es mit den schnell zu vollziehenden Wechseln mache. Ob aus diesem Gespräch Rey die Erlaubniß zur Benutzung auch seines Namens entnommen haben könne, wisse er nicht, glaube es aber auch nicht. Der Stempel sei nur zur Unterstempelung von Beitragsquittungen, die in Hunderten von Exemplaren zu vollziehen waren, angefertigt worden. Der Stempel habe sich in seinem Verschlusse befunden, und es sei ganz ausgeschlossen, daß der Stempel zu verpflichtenden Urkunden benutzbar war. R. behauptet, daß der Zeuge selbst einen Wechsel angekauft habe, auf den sein Name von ihm (dem Angeklagten) geschrieben worden sei. Auch diese Behauptung weist der Zeuge zurück und verweist darauf, daß das Vertrauen zu dem Angeklagten ein unbegrenztes war und daß er aus diesem Vertrauen heraus in manchen Fällen auf vorhandene Wechsel in Blanko schon seine Unterschrift gegeben habe. Er habe von den riesigen Wechseltransaktionen nichts gemerkt. Wenn er das Bewilligungsbuch in die Hand bekam, konnte er davon nichts sehen, da die großen Wechselbeträge dort nicht eingetragen gewesen seien. Beispielsweise habe R. noch 1893 zahlreiche Transaktionen mit der „Berliner Bank" gemacht, die nicht eingetragen waren. Der Jahresumsatz bei dem Verein habe jährlich 300 000—400 000 M. betragen. Die Behauptung einer Schwester des Angeklagten, daß der Zeuge ihr zugegeben, die Erlaubniß zur Anfertigung seiner Unterschrift gegeben zu haben, erklärt der Zeuge als Weibergewäsch. Er sei damals in so schwerer Aufregung gewesen, daß er sich solcher etwaigen Unterhaltungen präzise nicht mehr entsinnen könne. Damals sei von allen Seiten auf ihn eingestürmt worden. Auch die Behauptung des Angeklagten, daß Zeuge sich nur sehr selten im Bureau des Vereins habe sehen lassen und sich um die Geschäfte zu wenig bekümmert habe, weist der Zeuge zurück.

Aus dem Gutachten des Dr. Schneider, Revisor des Verbandes deutscher Genossenschaften, geht hervor, daß derselbe schon bei früheren Revisionen die mangelhafte Einrichtung des Neu-Kölnischen Kreditvereins gerügt habe. Es seien die Verhältnisse so zugeschnitten gewesen, daß einer Person allein zu viel Vertrauen geschenkt werden mußte und daß eine Kontrolle sehr schwierig war. Er habe wenigstens so viel erzielt, daß ein eigenes Kassenlokal eingerichtet wurde, welches allerdings den Uebelstand hatte, daß es unmittelbar neben dem Privatkomptoir des Angeklagten lag. Ferner seien in neuerer Zeit die Mitglieder des Aufsichtsraths zur Kontrolle der Wechselgeschäfte herangezogen worden. Der Angeklagte habe stets mit einer gewissen Vornehmheit betont, daß er nur aus Interesse für den Verein sein Amt versehe und daß er diese Verpflichtung gewissermaßen als ein von seinem Vater übernommenes Erbtheil ansehe. Wie hoch der vom Angeklagten angerichtete Schaden sich belaufe, kann weder von dem Konkursverwalter Böhme, noch vom Bücherrevisor Töpfer aus den Büchern genau festgestellt werden. Nach der Bekundung des Zeugen Markwald's hat die Kasse des Kreditvereins nur dadurch solvent hat erhalten werden können, daß der Reservefonds von 12 000 M. geopfert wurde, die Vorstands- und Aufsichtsraths-Mitglieder 25 000 M. baar aufwenden mußten und die Mitglieder 55 pCt. ihres Beitrags-Guthabens opferten, welches insgesammt auch 22 000 M. betrug.

Nach Schluß der Beweisaufnahme führte Staatsanwalt Kanzow aus, daß der Angeklagte im vollen Umfange überführt zu erachten sei. Es sei ein trauriges Bild, welches sich durch die Verhandlung gezeigt habe. Ein aus guter Familie stammender Mensch sei zum Verbrecher hinabgesunken. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gesammtstrafe von **sieben Jahren Zuchthaus** und zehnjährigen Ehrverlust.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, führte alle Momente an, die für Zubilligung mildernder Umstände zu sprechen vermochten. — Der Gerichtshof beschloß, das Urtheil am Freitag Vormittag 8¾ Uhr zu verkünden.

Die Verhandlung hatte bis 7 Uhr gedauert.

Gewerkschaftliches.

An die Lohgerber und Lederzurichter und Berufsgenossen! In Wien stehen seit dem 7. August 400 Schwarzzurichter im Ausstand. Der Ausstand hat diesen Umfang angenommen, weil die sämmtlichen Unternehmer in der Schwarzzurichterei das Verlangen stellten, daß die Arbeiter einer Fabrik, die mit ihrem Fabrikanten in Streik gerathen waren, wieder die Arbeit aufnehmen sollten; im anderen Falle drohten sie ihren sämmtlichen Arbeitern mit Aussperrung. Die Arbeiter haben auf diese brutale Drohung selbst die Arbeit am 7. August niedergelegt, und erwarten nun von den Berufsgenossen, daß sie den Zuzug fern halten.

Kollegen! Wir dürfen auf keinen Fall unsere Wiener Kollegen im Stiche lassen; unbedingt müssen wir mit allen Kräften für die moralische und materielle Unterstützung unserer ausgesperrten Kollegen eintreten und zwar so lange bis die dortigen Maßregelungen zurückgenommen und die Forderungen bewilligt sind. Die Kollegen Berlins werden deshalb ersucht, sich recht rege an den Sammlungen zu betheiligen und die gesammelten Gelder baldigst an den Unterzeichneten abzuliefern.

Gustav Busse, Sophienstr. 28/29.

Zweihundert Metallarbeiter von Bilbao haben die Arbeit eingestellt.

2500 Arbeiter der Gasgesellschaft in **Paris** stellten in einer Versammlung die Forderung auf, daß die dauernd Angestellten allmälig bis zu einem Jahresgehalt von 3600 Fr. aufrücken sollen und daß das Ruhegehalt jährlich mindestens 1800 Fr. zu betragen habe.

Vermischtes.

Eugen Richter und die elektrische Stiefelputzmaschine. Als Rabulist (Rechthaber, der durch Trugschlüsse zu täuschen bemüht ist) hat sich Eugen Richter in allen Debatten mit der Sozialdemokratie bewährt, so auch in der heutigen Nummer seines Blattes, in der er die Erfindung einer elektrischen Stiefelputzmaschine erwähnt und dabei triumphirend zu dem Schlusse kommt, daß man auch in der privatkapitalistischen Wirthschaftsordnung blanke Stiefel haben könne, ohne sie von Dienstboten putzen zu lassen. Ja, wer von uns hat denn diese Möglichkeit je bestritten? Der schlaue Eugen hingegen war es, der die Undurchführbarkeit des „Zukunftsstaates" damit bewiesen hat, daß in demselben der „Reichskanzler" seine Schuhe selber putzen muß.

Die Musterkarte von Bieren, die jetzt infolge des Boykotts in Berlin verzapft werden, dürften in ihrer Buntscheckigkeit bald an die Zeit vor 180 Jahren erinnern, wo sich eine Hochfluth auswärtigen Stoffes über Berlin ergossen zu haben scheint. Welche Bierforten damals die Berliner verschluckten, zeigt ein artiges Bier-Carmen, welches Oskar Schwebel in seiner Berliner Geschichte veröffentlicht hat. Es heißt in demselben u. a.: „Kroff'ner, Kottbuser, Ruppiner — Zerbster, Broihahn und Berliner — Landbier und Bernauer Bier — Garlei, aller Tränke Zier — Duckstein wie auch Fürstenwalder — Spandauer und Mittenwalder — Der Karthäuser edler Bräu — der zu Frankfurt schäumt aufs neu — Tuchebander, Brandenburger — Stolper und Oranienburger — Moll von Köpnick, Magdeburger — Britzer, sowie Quedlinburger — Machen Wirth und Gäste rund! — Thut's der Trank auch von Saarmund? — Davon ward uns nie was kund! — Frankfurt, Rathenow und Straußberg — Schwedt und Storkow, Bremen, Landsberg — Zehdenick, ja, auch Morin — Manchmal gutes Bier erziehn — Freienwalder, Eberswalder — Stendaler und Luckenwalder — Mühlenbecker, Dahlenitzer — Kupenbier und auch Kyritzer, — Brandenburger Domherrnbier — Böhmisches und Pommersch' Bier — Schlürft man hier mit frohem Brummen. — Doch noch höher gilt die Mummen, — Mag's auch arg im Kopf d'rauf summen! — Von allen diesen Bieren wurde im Laufe der Zeit das Bernauer das beliebteste.

Die Mode hat noch vielmehr, als der Leitartikel des „Vorwärts" vom Sonntag ahnen läßt, mit dem Sozialismus zu schaffen. Ist sie (die Mode) nicht ein Bollwerk der bevorrechtigten Stände gegen den nachdringenden Pöbel?

So lange es Privateigenthum giebt, ersetzt der Prunk vielfach das Ansehen, den Werth des Mannes. Er sagt gleichsam: „Ihr könnt hieran sehen, daß ich kein dummer Kerl bin, denn sonst hätte ich mir dieses nicht erwerben können." Doch hauptsächlich liegt im raschen Wechsel der Mode der Kernpunkt der obigen Behauptung. Die den Bevorrechtigten nahe Stehenden sehen zuerst das von ihnen Gewählte und beeilen sich, solches nachzuthun, von diesen überträgt es sich weiter und weiter, bis ins abgelegenste Dorf. Ist die Mode aber dort angelangt, haben die Oberen bereits schon drei- bis viermal damit gewechselt.

Die mächtigsten Höfe waren früher die tonangebenden. Der Adel als Fürstendiener machte stets die Kleider und Tugenden dieser zur eigenen. Ludwig XIV., dessen Aeußeres und Manieren Friedrich I. König von Preußen nachäffte, brachte es dahin, daß sein Volk, bis zum gemeinsten Soldaten, Perrücken trug.

Die Königin von England brachte in den 60er Jahren den hungernden Wollenwebern dadurch schnellen Verdienst, daß sie einen rothen Wollenunterrock auf öffentlicher Promenade trug. Sie wußte wohl, was eine Königin trug, beeilte man sich nachzuthun. Bald ging die Modebestimmung dann von Frankreich aus; aber Eugenie war nur vorgeschobene Purpe der Kapitalisten. Jetzt hat sich der Kapitalismus längst emanzipirt und die Riesenbazare sind bestimmend für die Mode geworden; sie haben das Gottesgnadenthum besiegt. Wer am meisten zahlt, erhält das Neueste, nach einem Monat kostet's die Hälfte und nach einem Vierteljahr, weil es „unmodern" geworden ist, wird es unterm Kostenpreise verkauft. Immer schneller dreht sich das Rad, bis der Sozialismus aufräumt.

Rund 416 000 Postsendungen blieben im Jahre 1892 bei der Reichs-Postverwaltung endgiltig unbestellbar. An die bei den verschiedenen Ober-Postdirektionen befindlichen Ausschüsse zur Eröffnung unbestellbarer Postsendungen gelangten über eine Million Stück, von welchen es gelang, rund 700 000 an die Absender zurückzugeben. Die 416 000 definitiv unbestellbaren Sendungen sind mit Ausnahme der wenigen zum Besten der Post-Unterstützungskasse veräußerten u. s. w. dem Schicksal des Verbrennwerdens anheimgefallen. Der Grund für die Unbestellbarkeit jener 416 000 Sendungen ist fast ausschließlich in Verabsäumungen seitens der Briefschreiber zu suchen. Alle Briefsendungen, die am Bestimmungsorte unbestellbar sind und aus deren äußerer Beschaffenheit der Aufgabeort nicht ersichtlich ist, gelangen an den Ausschuß der der Bestimmungs-Postanstalt vorgesetzten Ober-Postdirektion und lagern dort, falls der Absender aus dem Inhalte des Briefes nicht ersichtlich ist.

Der Bahnhof von Malaga ist am Dienstag niedergebrannt.

Ein amerikanisches Blatt hat zwei treue Abonnenten verloren und zwar auf folgende Weise: Ein Vater von Zwillingen wünschte zu wissen, wie er diese am besten durch die Zeit des Zahnens bringen könnte, und ein anderer Abonnent bat um Auskunft, wie er seinen Obstgarten von Heuschrecken säubern könnte. Der Redakteur ließ seine Antwort in den Briefkasten einsetzen, verwechselte aber die Namen der Anfrager. So erhielt der Besitzer von Zwillingen die Antwort: „Bedecken Sie sie sorgfältig mit Stroh und zünden Sie es an, und Sie werden die kleinen Quälgeister, die noch ein paar Sekunden in den Flammen umherhüpfen, schnell los sein." Der mit Heuschrecken geplagte Abonnent aber erhielt den Rath: „Reichen Sie Ihnen ein wenig Kastoröl und reiben Sie die Kinnlade sanft mit einem Elfenbeinstäbchen."

New-York, 3. September. Die Blätter schätzen den durch die Waldbrände in Wiskonsin und Minnesota verursachten Schaden auf 12 Millionen Dollars, den Werth der abgebrannten Wälder nicht eingerechnet. Die Zahl der Todten wird auf 400 bis 1000 angegeben, doch ist es bisher unmöglich, die wirklichen Verluste festzustellen. An 20 Städte sind, der „Tribüne" zufolge, durch das Feuer vollständig zerstört. Nur wenige Häuser sind unversehrt geblieben. In Hinckley wurden heute Nachmittag 90 Leichen, darunter mehrere verkohlte, beerdigt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

B. Friedrich. Ihre Beschwerden sind der Boykottkommission übermittelt worden.

Iserlohn. W. 50, Marburgerstr. 12, 2 Tr.

E. N. Stumm wird gelegentlich verwendet. Die Boykottnotiz finden Sie in heutiger Nummer.

G. H. 300. Auch Arbeitslose haben Zeugenentschädigung zu beanspruchen. § 2 der Gebührenordnung für Zeugen bestimmt ausdrücklich: der Zeuge erhält eine Entschädigung für die erforderliche Zeitversäumniß im Betrage von 10 Pf. bis zu 1 M. für jede angefangene, jedoch nicht für mehr als 10 Stunden. „Personen, welche durch gemeine Handarbeit, Handwerksarbeit oder geringeren Gewerbebetrieb ihren Unterhalt suchen oder sich in gleichen Verhältnissen mit solchen Personen befinden, erhalten die nach dem geringsten Satze zu bemessende Entschädigung auch dann, wenn die Versäumniß eines Erwerbes nicht stattgefunden hat."

J. 100. Forderungen der Aerzte verjähren in 4 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist. Hat die Kur im Jahre 1890 stattgefunden, so ist also Verjährung mit dem 31. Dezember 1894 eingetreten.

M. S. 1. Natürlich.

A. M. 100. Ein Gesuch zur Zulassung zur Hebeammen-Prüfung u. s. w. haben Sie in Berlin an das Berliner Polizeipräsidium zu richten. Die näheren Bestimmungen über Zulassung zum Hebeammenberuf enthalten die Bekanntmachungen vom 6. August 1883, 16. April 1884 und 11. Oktober 1887, die Sie in unserer Redaktion einsehen können.

G., Liebenwalderstraße. Uns nicht erinnerlich.

F. G. 60. Ob Grund und Boden dem Staatsfiskus, der Gemeinde oder Privaten gehören, hängt nicht von Verfügungen des Landraths, sondern davon ab, wer inhaltlich des Grundbuchs und nach den bestehenden privatrechtlichen Vorschriften Eigenthümer geworden ist.

Gr. Kassel. Verjährung tritt im allgemeinen erst in dreißig Jahren ein. Kürzere Verjährungsfristen bestehen im wesentlichen für folgende Rechtsgeschäfte im Gebiete des Allgemeinen Landrechts: es verjähren in zwei Jahren (gerechnet vom 31. Dezember des Jahres ab, in dem die Forderung entstanden ist) die Forderungen der Fabrikunternehmer, Kaufleute, Krämer, Künstler und Handwerker für Waaren und Arbeiten, der Apotheker für Privaten gelieferte Arzneimittel. Ausgenommen von dieser kürzeren Verjährungsfrist sind solche Forderungen, welche in bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers der Waare oder Arbeit entstanden sind. Dieser zweijährigen Verjährungsfrist unterliegen ferner die Forderungen der Fabrikunternehmer, Kaufleute, Krämer, Künstler und Handwerker wegen der an ihre Arbeiter gegebenen Vorschüsse, der öffentlichen und Privat-Schul- und Erziehungs-, sowie der Pensions- und Verpflegungs-Anstalten aller Art für Unterhalt, Unterrichtung und Erziehung, der öffentlichen und Privatlehrer hinsichtlich der Honorare, der Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, Tagelöhner und anderer „gemeiner Handarbeiter" wegen rückständigen Lohnes, der Fuhrleute und Schiffer hinsichtlich des Fuhrlohnes u. s. w., der Gast- und Speisewirthe für Wohnung und Beköstigung. Mit dem Ablauf von 4 Jahren verjähren die Forderungen der Kirchen, Geistlichen, Küster u. s. w. wegen der Gebühren für kirchliche Handlungen, der Rechtsanwälte, Notare, Aerzte, Feldmesser, der Makler, der Haus- und Wirthschaftsoffizianten, der Handlungsgehilfen, des Gesindes wegen Lohn, Gehalt u. s. w., wegen rückständiger Zinsen, wegen Miethe, Pacht, Alimenten, wegen Erstattung von Prozeßkosten, wegen Gerichtskosten, Stempel oder Steuern.

O. H. Wiederholen Sie die Frage oder sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor.

K. S. 45. Für die vorehelichen Schulden der Ehefrau haftet der Ehemann nicht.

R. S. Die Militärbehörde geht es garnichts an, ob ein bei der Stellung auf ein Jahr Zurückgestellter heirathet; sie hat eine Genehmigung nicht zu ertheilen.

E. S. 30. Der gewöhnliche Gerichtsstand einer Person ist der, an dem sie ihren Wohnsitz hat.

P. L. 99. Zu welcher Zeit ein Miethsvertrag zu kündigen ist, hängt in erster Linie von dem Inhalt des schriftlichen oder mündlichen gegenseitigen Abkommens ab. Fehlt es an einer vertragsmäßigen Festsetzung über die Kündigungsfrist, so kann in der Weise, daß das Miethsverhältniß während der Miethszeit (z. B. während des Miethsjahres) aufhört, nicht gekündigt werden. Soll der Vertrag mit Ablauf der Miethszeit (Miethsjahr, Miethsmonat) enden, so muß vorher gekündigt werden, und zwar bei jährlicher Miethszeit in den ersten 3 Tagen des letzten Quartals, bei monatlicher spätestens am 15. jeden Monats. Sie hätten also spätestens am 3. Juli kündigen müssen.

R. B. Aus einem Pfund feinen Goldes werden 69¾ Stück Zwanzigmarkstücke (Doppelkronen) oder 139½ Stück Kronen (Zehnmarkstücke) geprägt. 125,55 Stück Kronen sollen ein Pfund wiegen. Die Kronen und Doppelkronen bestehen aus 900 Theilen Gold und 100 Theilen Kupfer. Die Beantwortung der weiteren Fragen hat kein allgemeineres Interesse und erfordert zu viel Raum. Die bestehenden Gesetze über das Münzwesen, über die Reichsbank und Papiergeld finden Sie in Nr. 26 der Guttentagschen Sammlung (Preis 2,40 M.) zusammengestellt und erläutert.

W. W. 22. Versuchen Sie es mit einer Beschwerde an die Ober-Staatsanwaltschaft. Der Schlächtermeister hat sich der versuchten Nöthigung und Freiheitsberaubung zweifellos schuldig gemacht, wenn er von Ihrer Frau verlangte, sie solle das von ihr nicht gekaufte, vielmehr zurückgelegte Stück Fleisch bezahlen, Ihre Frau am Hinausgehen hinderte und die Thür abschloß. Wenn Ihre Frau Frau eines Staatsanwalts wäre, so würde wohl leicht die der Staatsanwaltschaft vorgesetzte Behörde erkennen, wie faul die vom Schlächtermeister erhobene Einrede ist. Geben Sie erst am Schluß Ihrer Beschwerde an, daß Sie nicht Staatsanwalt sind, dann wird die Ober-Staatsanwaltschaft die Staatsanwaltschaft wohl anweisen, das Gericht entscheiden zu lassen, ob der Schlächter „bewußt widerrechtlich" gehandelt hat.

M. M. 100. Legen Sie schriftliche Beschwerde bei der Armendirektion mit dem Antrag ein, die Direktion möge den Fall untersuchen.

Briefkasten der Expedition.

B. 7. Die von Ihnen gewünschten Zeitungen sind noch vorräthig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 6. September

Opernhaus. Die Medici.
Schauspielhaus. Donna Diana.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Berliner Theater. Heimath.
Neues Theater. Heimkehr.
Schiller Theater. Der Menonit.
Deutsches Theater. Esther. Der Tartüff.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Volkssänger.
Residenz-Theater. Demi-Monde.
Theater Unter den Linden. Die Fledermaus.
Bellealliance-Theater. La Traviata.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. O! diese Berliner!
Alexanderplatz-Theater. Verbotene Liebe. Vorher: Ein Ehrenamt.
National-Theater. Ein Modell. Susanne im Bade.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Donnerstag, 6. Sept.: Der Menonit.
Freitag, 7. Septbr.: Die Räuber.
Sonnabend, 8. Septbr., Nachmittags 3 Uhr: Schüler-Vorstellung: Der Menonit. Abends 8 Uhr: Die Räuber.

Adolph Ernst-Theater
Letzte Woche.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon-Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse in einem Akt von Eduard und Bruno Jacobson.
Anfang 7½ Uhr.
In Vorbereitung
Lolotte's 28 Tage.
Gesangsposse in 3 Akten v. H. Raymond u. A. Mars. Musik v. Viktor Roger. (Novität.)

Castan's Panopticum.
Hassan Ali
der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind

Central-Theater
Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Anna Bäckers. Josefine Dora.
Zum 4. Male:
O! diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salingre's Reise durch Berlin von Julius Freund.
Musik von Jul. Einödshofer.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Gastspiel des Fräul. Bertha Rother:
(Nur viermaliges Gastspiel.)
Um 9 Uhr:
Ein Modell.
Posse von Eugen Prudens.
Vorher um 7½ Uhr:
Susanne im Bade.
Große Posse mit Gesang in 4 Akten von Eugen Prudens.
Musik von Adolph Wiedecke.
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 5½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Im Garten: Grosses Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Die Weber.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
Das lesende Kind alt 1¾ Jahr.

Armin-Hallen
Kommandantenstraße Nr. 20.
Täglich:
Frei-Konzert
im schönen Natur-Garten.
Säle. Vereinszimmer.

Evora-Bräu
Fürth-Nürnberg,
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

Wer kann gegen entsprechende Belohn. die Adresse von Martha Seller angeben? 2714b Reich, Lindenstr. 16.

Agnes Wabnitz
von E. Glogau.
Eine Frauenstimme aus der Bourgeoisie.
Preis 50 Pfennig.
Diese Studie aus der Feder einer gewandten Schriftstellerin der bürgerlichen Kreise und im letzten Auftrage der Verstorbenen nach ihren persönlichen Mittheilungen geschrieben, erscheint Anfang nächster Woche in
A. Hoffmann's Verlag,
Berlin O., 2727b
Krautstr. 38a, nahe der Konkordia.

Tischlerei zu verkaufen, passend für Anfänger. Näheres Skalitzerstrasse 22, E. Pratsch. 2729b

Arbeitsmarkt.

Praktischer Arzt (möglichst Parteigenosse) als Assistent resp. Vertreter gesucht. Offerten sub Aesculap an die Expedition des „Vorwärts". 6502

Präser und Polirer werden verlangt Lebach & Co., Knopffabrik.

1—2 tüchtige Glasschleifer
für Glasbuchstaben werden bei hohem Lohn oder Akkord sofort aufgenommen. Bewerber hierfür wollen sich sofort melden in der Exp. d. Bl. unt. R. M.

Den Parteigenossen des

1. Wahlkreises

zur Nachricht, daß unser thätiges Mitglied, der Bildhauer

Paul Brückner,

am Montag, den 3. d. M., an der Proletarierkrankheit gestorben ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 6. d. M., Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 260/11

Der Vertrauensmann.

Verband deutscher Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen.

Am 2. September ist unser Mitglied

Paul Käcks

an der Proletarierkrankheit verstorben.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Septbr., Nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus Bethanien nach dem Emmaus-Kirchhofe statt. Um rege Betheiligung bitten 208/7

Die Bevollmächtigten.

Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen. Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, den 1. September, ist unser Mitglied, der Schleifer

Ferdinand Krüger

verstorben. 167/9

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 6. September, Nachmitt. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs zu Wilhelmsberg, aus, statt.

Die Verwaltung Berlin.

Alle Beleidigungen, welche ich gegen Frau Emilie Jüterbock geb. Koch, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit als unwahr zurück und erkläre sie für eine ehrenhafte Frau. 2722b

Frau Ida Eckner, Johannisthal.

Verlag von F. Fontane & Co.

Soeben erschien:

Lassalline. Schauspiel in drei Akten von G. Bolle. Vierte Auflage.

— Preis 50 Pfennige. —

Schwarzplatten 2,50, Staare 1,25, Bluthänflinge, Stieglitze 1,50, Buchfinken, Rothkelchen 1,—, Kreuzschnäbel 0,80, Vogelbauer billig. **Schnelle, Invalidenstr. 7.**

In

Roh-Tabaken

und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten

!! billigster Einkauf!!

W. Hermann Müller

Berlin

Neue Friedrich-Strasse 9.

Streng reelle Bedienung.

Creditgewährung nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Presskohlen,

anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend. 92

Preise pro September:

Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.

Centrum III per 1000 Stück . 5,— „

Beste Senftenberger Marie, 16 Ctm. lang . . . . . 5,25 „

Beste Senftenberger, stärkeres Format, 16 Ctm. lang . . 5,75 „

Senftenberger Ilse, 18 Ctm. lang . . . . . 7,— „

pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Packen.

Probekohlen gratis frei Haus.

Frischeisen & Co.,

Muskauerstr. 4,

nahe Görlitzer Bahnhof.

Unter den Linden 29.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 7. September, Abends 8½ Uhr, im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstr. Nr. 20.

Große öffentliche sozialdemokratische

Partei-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. Referent **Otto Antrick.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten.

261/9 **Die Vertrauenspersonen.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 6. Septbr., Abends 8½ Uhr, in „Deigmüller's Salon", Alte Jakobstrasse No. 48 a:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Lux.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

278/7 **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Donnerstag, den 6. September, Abends ½9 Uhr, im Gartensaal der Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Grosse Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Julius Türk** über: „Unterstützung bei Stellenlosigkeit". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 154/3

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Verein Vineta.

Sonntag, den 9. September, von 5 Uhr ab, im Lokale Brunnenstraße Nr. 188 (Vertreter: W. Gründel)

Vorträge, Theater und Ball.

Garderobe 15 Pf., dafür Entree frei.

2728b] Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Schöneberg und Umgegend.

Am Sonntag, den 9. September 1894, im Kurhaus zu Friedenau, Rhein- und Ringstrassen-Ecke:

4. Stiftungs-Fest.

Garten-Konzert. Gr. Ball. Festrede, geh. vom Genossen Kaspar. Prolog u. Vorträge. Bei eintretender Dunkelheit großer Kinder-Fackelzug. Große Bilder-Verloosung.

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.

Entree 20 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach.

Kein Ringbier.

Hierzu ladet Kollegen und Genossen von Nah und Fern freundlichst ein

77/3 **Das Komitee.**

Louis Keller's Festsäle

In dem Riesen-Monumental-Neubau Koppenstr. 29 (dicht bei der Frankfurterstr., Pferdebahn-Verb.).

Größte und schönste, im Rococco-Styl gehaltene Festsäle Berlins, zusammen für ca. **5000** Personen.

Eröffnung 15. Dezbr. cr.

Anmeldungen für Hochzeiten, Vereins- und Privat-Festlichkeiten schon jetzt erbeten an **Louis Keller, Koppenstr. 29.**

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festsitzend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski,** Spittelmarkt 13.

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst., Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2, empf. f. s. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von **2,50 Mk.** an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben

---

Zu halben Preisen verkaufen wir zum Schluß der Saison den

Restbestand

unseres Sommerlagers, bestehend aus eleganten

Herren- und Knaben-Garderoben.

Herren-Jaquette-Anzüge,	früher M. 15—20,	jetzt 9 M. an.
Herren-Rock-Anzüge,	früher M. 28—30,	jetzt 20 M. an.
Herren-Sommer-Paletots,	früher M. 18—25,	jetzt 9 M. an.
Burschen-Anzüge,	früher M. 10—15,	jetzt 5 M. an.
Knaben-Anzüge,	früher M. 7—11,	jetzt 2½ M. an.

Saubere Arbeit und tadelloser Sitz.

Einsegnungs-Anzüge,

weltberühmt durch ihre Billigkeit und Güte, jetzt zu halben Preisen von 10, 12, 15, 18, 20, 24 Mk. Prima.

Zum

„Kleider-Baron"

59, Landsbergerstraße 59,

unweit des Alexanderplatzes, Eckladen.

Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2 Uhr.

Echt Stonsdorfer Likör 783M

à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—.

Eugen Neumann & Co.,

6a. Belle-Alliance-Platz 6a 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

Homöopath. Arzt Dr. Hösch, Linienstraße 149, 8—10, 5 bis 7, Sonntags 8—10 Uhr. 74L*

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 × 200, **Stück 7,50 M.**

circa 1000 Stück schwere buntfarbige

Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 × 200 cm.

per Stück **4,50 M.** sonstiger Preis 9 M.

Meine illustrirte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.

Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**

Berlin S., Oranienstraße 158.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Platze wie bekannt

grösste Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Stiefelbesohlung und Absätze in einer Stunde, gutes Kernleder, Handarbeit, für Herren nur 2 M., Damen 1,60. Erste Berliner Stiefelklinik City-Passage, Dresdenerstr.; Lindenstr. 73, Ecke Junkerstraße u. Karlstr. 88, Ecke Louisenstraße (Läden). 84M

---

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **37**

Gold-, Silber-,

Alfénidewaaren (Eg. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfiehlt sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Straße 37

Möbel-Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten 2c. im Möbelspeicher, 662L

Rosenthalerstr. 13, I.

Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelspinden 40, Trumeaux 65, Paneelsophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konditiententische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lagerspeicher bis Oktober kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Ich habe **Fennstr. 46** eine

Butter-Handlung

eröffnet und empfehle den geehrten Genossen feinste, süße **Sahnenbutter** à Pfd. 1,10 M., feine **Tischbutter** à Pfd. 1,00 M., **Bratenschmalz** à Pfd. 48 Pf. Auch habe ich eine Niederlage der Genossenschafts-Bäckerei. 541L*

Um geneigten Zuspruch bittet

P. Wolffermann,

Fennstr. 46.

Rohtabak.

Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Formen, Bockfaçon,

wieder vorräthig.

Heinrich Franck,

Brunnenstr. 185.

Für Haushaltungen,

empfehle ich mein [625L

Weissbier

zum Selbstabziehen, in kleinen Gebinden von 10 Ltr. an, frei ins Haus.

Fernsprecher Amt Schöneberg Nr. 92.

A. Seidler, Schöneberg,

Sedanstr. 73—75 und 82,

Berliner Weißbier-Brauerei.

Möbel u. compl. Einrichtungen

stehen im Speicher spottbillig gegen Kasse zum Verkauf. **Gartenstr. 52.**

Milchgeschäft, schöne Wohn., billige Miethe, für ganz geringen Preis zu verkaufen, Bülowstr. 77. 2718b

---

Grünkram u. Milchgeschäft sind für jed. Preis verkäufl. Cremmenerstr. 16 L.

Buchhandlung des „Vorwärts"

Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Angesichts der jetzt von der gesammten gegnerischen und offiziösen Presse eingeleiteten Hetze auf **Beschränkung des Versammlungsrechtes,** gegenüber dem Verlangen nach **parteiischen Mißbrauch** desselben durch die Polizei gegen die Sozialdemokraten empfehlen wir

Genossen und Vereinen

das in unserem Verlage erschienene

Vereins- und Versammlungs-Recht in Deutschland

VIII u. 210 Seiten 8°

Elegant broschirt Mark 2,50, in braunem Bädeker-Band gebunden Mark 3,—

dasselbe ist ein unentbehrlicher

Rathgeber für Vereinsvorstände 2c.

ein Buch, das in keiner

Arbeiter-Vereinsbibliothek

fehlen darf, weil es ein

Nachschlagebuch auf allen Gebieten der Vereins-Gesetzgebung in allen Bundesstaaten des Deutschen Reiches

ist, nicht blos für

Versammlungs-Einberufer, Vereins-Vorstände,

sondern auch für

Beamte, Behörden, Rechtsanwälte, Politiker aller Parteien.

Tag für Tag kommen von einzelnen Vereinen, Vertrauensmännern, Gewerkschaftsvorständen Klagen über Mißgriffe und Vergewaltigungen seitens einzelner Behörden und Beamten; die Redaktionen der Parteiblätter haben ununterbrochen Rath und Auskunft zu ertheilen, wie sich die Genossen und Vereine gegenüber Versammlungs-Verboten, Auflösungen, Vereinsschließungen u. s. w. zu verhalten haben. Ueber alle diese Punkte giebt das Buch an Hand des Wortlautes der einzelnen Vereinsgesetze und in **Erläuterungen** über die im Laufe der Jahre **von den Gerichtsbehörden in ihren Urtheilen geübte Praxis** klaren und unzweideutigen Bescheid und ermöglicht es somit den Genossen, die Klippen und Fußangeln der reaktionären Vereinsgesetze zu vermeiden. Ein dem Buche beigegebener **Anhang** enthält eine tadellarisch übersichtlich geordnete, gruppenweise gerethte

Nebeneinanderstellung des Wortlautes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetisches Sachregister.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Buchhandlung des „Vorwärts".

Zahn-Arzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. Künstl. Zähne 3 M. Theilz. Plomben 1,50. Schmerzl. Zahnz. 1 M. 8-7 Uhr.

Gesangskomiker.

Ein unverh. Genosse, welcher geneigt ist, sich der Gesellschaft „Vorwärts" (Strzelewicz) anzuschließen kann sich melden in 2726b

A. Hoffmann's Verlag,

Berlin O, Krautstr. 38a.

Weißbier!

Für **Fabriken** und **Werkstätten** sowie für **Wiederverkäufer** liefere ich mein **Versand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 Mk. für 40 halbe oder 45 4/10 oder 25 8/10 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluß, ohne Pfandberechnung.

Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.

A. Seidler,

Schöneberg, 214L*

Sedanstraße Nr. 73—75 und 82.

Berliner Weissbier-Brauerei.

Saal u. Vereinszimmer, 120 Pers. fassend, frei; auch Sonntags. **Alte Jakobstr. 83.** 2715b

---

Vereinszimmer für 25—30 Personen. Alte Jakobstr. 87. 2717b

Pappel-Allee 44

sind billige Wohnungen, Werkstätten u. große Stallung zu vermiethen. 2723b

---

Swinemünderstr. 45/46. Sehr billige Wohnungen. Vorderh.: 2fenstrige Stube u. Küche 210 M., Hinterhaus: Stube u. Küche 162 M. 2721b

---

Gr. leere Küche, sep. Eing., sofort für 8 M. zu verm. Schulz, Manteuffelstr. 8, H. 2 Tr. 2716b

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Pötzsch in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 207. Donnerstag, den 6. September 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Gerichts-Zeitung.

Eine der seltenen Gerichtsentscheidungen, durch welche den Herren Hausbesitzern ein wenig der Kamm geschoren wird, ist dieser Tage gefällt worden. Es handelt sich um den Prozeß des Schlächtermeisters Becker gegen den Hauseigenthümer Tinschmann, Stendalerstr. 7. Becker konnte die von Tinschmann gemietheten Räume, für die er ca. 2000 M. jährliche Miethe zu zahlen hatte, wegen übergroßer Feuchtigkeit nicht gebrauchen und klagte deshalb gegen Tinschmann. Dem Rathe seines Vertreters folgend, stützte er die Klage nicht darauf, daß die Feuchtigkeit die Räume zum Wohnen ungeeignet mache, sondern darauf, daß die Räume ungeeignet seien zum Betrieb einer Detailschlächterei mit Wurstfabrikation. Die Gutachter für das Baufach erklärten zunächst, daß die Feuchtigkeit zwar groß sei, aber nicht so groß, daß die Räume zum Wohnen ungeeignet wären. Hierauf wurden zwei Gutachter aus dem Schlächtergewerbe gehört. Aus ihren Gutachten ergab sich, daß wegen der großen Feuchtigkeit die Räume den viel höheren Anforderungen an Trockenheit, welche der Schlächtereibetrieb erfordere, nicht genügen. Das Gericht nahm daraufhin dies für erwiesen an. Becker durfte von seinem Miethsvertrage zurücktreten. Neben dem Laden hatte Becker auch Wohnräume gemiethet. Es fragte sich nun, ob er letztere behalten müsse, da die Räume ja zum Wohnen geeignet sind. Sein Anwalt stützte sich jedoch auf den Wortlaut des § 983 I 21 A. L.-R., welcher das Rücktrittsrecht auch dann verleiht, wenn die gemietheten Räume zwar nicht völlig, aber doch zum größten, das heißt erheblichsten Theile unbrauchbar sind. Auf grund dieser Bestimmung führte er aus — und das Gericht trat diesen Ausführungen durchaus bei — daß, wenn ein Detailschlächter Laden und Wohnung miethet, ohne besonderen Nachweis anzunehmen ist, daß der Laden dem Miether die Hauptsache war und die seinem Gewerbebetrieb dienenden Räume „daher den wesentlichen — so führt das Gericht wörtlich aus — Bestandtheil der Miethssache ausmachen.“ Ist aber der Laden unbrauchbar, so ist deshalb auch die Wohnung für den Schlächter werthlos. Becker hat nunmehr die Klage auf Entschädigung wegen seines Geschäftsverlustes und des durch die Feuchtigkeit vernichteten Mobiliars in Höhe von 5000 M. eingeleitet.

Von dem Eifer, mit dem sich der Staat der im Dienst verunglückten Arbeiter annimmt, giebt nachstehender, von der „Volks-Ztg.“ veröffentlichte Fall eine Probe:

Schwere Brandwunden, so berichtet das Blatt, erlitt der Magazinarbeiter Bruckmann, als er in der Nacht vom 16. zum 17. Januar vorigen Jahres in einer aus einem alten Eisenbahnwagen hergerichteten Bude auf dem Terrain des Eisenbahnfiskus nächtigte, um gegen 4 Uhr früh rechtzeitig seinen Dienst antreten zu können. Während des Schlafes stieß B. seine brennende Laterne um, so daß seine Kleider in Brand geriethen. Er stürzte nach der Thür, konnte sie aber nicht öffnen, da sie infolge der grimmigen Kälte, die gerade herrschte, fest zugefroren war. Nachdem B. seinen Brandwunden erlegen war, wandten sich seine Hinterbliebenen an den Eisenbahnfiskus mit einem Antrag auf Rentenzahlung. Der Fiskus lehnte jedoch jede Entschädigung ab, da B. unbefugt in jener Bude genächtigt und seinen Dienst noch nicht begonnen hätte. Die Hinterbliebenen legten gegen den ablehnenden Bescheid des Eisenbahnfiskus Berufung beim Schiedsgericht in Köln ein. Das Schiedsgericht gab der Berufung Folge und verurtheilte den Eisenbahnfiskus zur Zahlung der Rente. Nunmehr ergriff der Fiskus Rekurs an das Reichs-Versicherungsamt, indem er Folgendes ausführte: Es habe für B. kein mit seiner Beschäftigung im Zusammenhang stehender Grund vorgelegen, der ihn zum Uebernachten auf dem fiskalischen Terrain hätte veranlassen können. B. habe sich nur gescheut, den Weg von seiner Wohnung nach dem Bahnhof bei der in der Nacht häufig stärker werdenden Kälte zurückzulegen. Das Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Bödiker wies aber den Rekurs des Fiskus zurück mit folgender Begründung: „Die Wärterbude, in welcher sich der Unfall ereignete, war von der Eisenbahn-Verwaltung eigens zu dem Zwecke hergestellt worden, um den Kohlenträgern während der Pausen in der Arbeit als Wärmstube und auch sonst als Aufenthaltsort zu dienen. Die genannte Bude ist aber nicht nur zum Aufenthalt und Wärmen während der Dienststunden, sondern auch bisweilen als Schlafstätte während der Nacht benutzt worden; den Aufsichtsorganen der Eisenbahn-Verwaltung kann diese Art der Benutzung der Bude nicht entgangen sein. Da nun ein ausdrückliches Verbot der Eisenbahn-Verwaltung, die Bude zum Aufenthalt während der Nacht zu benutzen, bis zum Eintritt des Unfalls nicht ergangen, vielmehr erst nachträglich erlassen worden ist, so konnte B., als er am 16. Januar 1893, Abends 10 Uhr, auf die Betriebsstätte zurückkehrte, um in der Wärterbude den Beginn seiner Dienstzeit abzuwarten, wohl annehmen, daß sein Verhalten von der vorgesetzten Dienstbehörde gebilligt, oder wenigstens nicht beanstandet werden würde. Hinzu kommt, daß die frühzeitige Rückkehr des B. zur Betriebsstätte nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern auch in dem der Eisenbahn-Verwaltung lag. Es wurde nämlich hierdurch die in anbetracht der außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse und der weiten Entfernung der Wohnung des B. von der Betriebsstätte nicht ausgeschlossene Gefahr eines verspäteten Dienstantritts durch den Verunglückten zweifellos vermindert. Mit Rücksicht hierauf hat das Rekursgericht kein Bedenken getragen, anzuerkennen, daß B. zur Zeit des Unfalls örtlich und zeitlich im Betriebe der Eisenbahnverwaltung sich befunden hat. Auch die Aufstellung der brennenden Laterne in der Bude war insofern durch das Betriebsinteresse geboten, als B. in der Lage sein mußte, sich jederzeit über den Stand seiner Uhr zu vergewissern. Die Gefahr einer Entzündung der Lagerstätte des B. und die Schwere der Brandwunden, die er sich zugezogen hat, waren wesentlich mit bedingt durch die aus der Betriebsarbeit mit Kohlentheilchen bedeckte Kleidung und die aus Theilen von Putzwolle und sonstigen Lappen bestehende Lagerstätte des Verunglückten. Daher war der nach dem Gesetz erforderliche ursächliche Zusammenhang des Todes des Erblassers der Kläger mit dem Eisenbahnbetrieb als gegeben zu erachten.“

Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Nord) hatte am Sonntag, den 26. August, eine Versammlung einberufen, in der Schriftsteller H. Schulz einen interessanten Vortrag hielt über das Thema: „Die Sturm- und Drangperiode in der Dichtkunst“. Die geschickte Behandlung des literar- und kunstgeschichtlichen Themas von dem Vortragenden fand in der Versammlung einen aufmerksamen Zuhörerkreis.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung fand am 27. August in Charlottenburg statt. Das Referat über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation hatte Kollege Bösch übernommen. Redner ging zunächst auf die Entstehung der Gewerkschaften ein, wobei er die bahnbrechende englische Bewegung kurz streifte, um nach einer treffenden Schilderung unserer hiesigen Zustände länger bei den Verhältnissen der Metallindustrie und dem deutschen Metallarbeiterverbande zu weilen. Er zeigte, wie speziell in der Metallindustrie durch die Anwendung der Maschinen und die vom Großbetrieb bedingte Theilung der Arbeit Tausende fleißiger Hände zu Hunger und Elend verurtheilt werden. An interessanten Beispielen zeigte Referent, wie die allmälige Degeneration ganze Arbeiterkategorien ergreife, wie das Einkommen zuletzt auch nicht mehr zur Befriedigung gewöhnlichster Bedürfnisse ausreicht, und wie wenig die sogenannte Arbeiterschutz-Gesetzgebung dagegen anzukämpfen vermag, wie selbst die durch sie geschaffenen Einrichtungen vom Unternehmer hintergangen und zur geradezu bittersten Ironie auf die Sache werden. Pflicht eines jeden Metallarbeiters sei es, sich dem deutschen Metallarbeiter-Verbande anzuschließen, wie ja auch nur die Zentralisation die geeignetste und wirksamste Form der gewerkschaftlichen Organisation ist. In der Diskussion wurden die Mißstände der speziell in Charlottenburg und Moabit befindlichen Groß-Metallindustrie näher kritisirt, und wünschte Kollege Schulze, sowie der Einberufer Hofmann, daß man endlich einmal der Frage des Zusammenschlusses des Berliner Lokalverbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande näher treten möge. Hofmann führte die Gründe an, die die Berliner lokalorganisirten Metallarbeiter gegenüber der Zentralisation und dem Zusammenschluß ins Feld führen, um sie mit ziemlichem Geschick zu widerlegen. Kollege Lange und der Referent äußerten sich in gleichem Sinne. Hierauf fand nachstehende Resolution einstimmig Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie erkennt weiter den Zusammenschluß der Berliner lokalorganisirten Metallarbeiter mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als eine Nothwendigkeit, und verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande zahlreiche neue Mitglieder beitreten. Sie wünscht, daß letzterer in nächster Zeit Filialen in Charlottenburg und Moabit errichtet.

Der Fachverein der in der Lederwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter hielt am 27. August eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Vortrag des Kollegen Aßmann: „Der Mensch, das Produkt seiner Erziehung“. Die Ausführungen des Vortragenden wurden von der Versammlung allseitig mit Interesse erfolgt. Eine Diskussion fand nicht statt, und wurde zum 3. Punkt der Tagesordnung übergegangen. Der Vorsitzende Göritz theilte den Mitgliedern mit, daß durch den Zurücktritt eines Mitgliedes der Arbeitsnachweis-Kommission eine Ersatzwahl nöthig sei. Die Versammlung betraute den Kollegen Wüst mit diesem Amt. Den Anwesenden wurde sodann bekannt gegeben, daß noch verschiedene vakante Stellen auf dem Arbeitsnachweis zu vergeben sind.

Eine Mitglieder-Versammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Filiale Nord) fand am 28. August in Reichardt's Festsälen, Müllerstraße, statt. Herr Dr. Beuler referirte über das Thema: „Der Kampf ums Dasein.“ Die interessanten Ausführungen des Redners fanden in der Versammlung lebhaften Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Anstelle des erkrankten Schriftführers Luchtenberg wurde Kollege Hofmann gewählt. Sodann wurde Hofmann als weiteres Mitglied (Kurgas, Kluge und Reichelt waren bereits früher gewählt) zur Brandenburger Provinzialkonferenz delegirt. Für die im Streik befindlichen Güstrower Kollegen fand eine Tellersammlung statt. Auf Verlangen theilte der 1. Vorsitzende Kurgas den Verlauf der Charlottenburger Versammlung und die daselbst angenommene Resolution mit. Kollege Hofmann führte der Versammlung noch die Gründe an, die den Zusammenschluß der hiesigen Lokalorganisation mit dem deutschen Metallarbeiter-Verbande bedingen, hinzufügend, daß er für diese lediglich ideelle Meinung, die er nun in öffentlichen Versammlungen erörtert habe, vom Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter in Berlin und Umgegend der Mitgliedschaft für verlustig erklärt wurde.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger hatte am 31. August eine Versammlung einberufen, in der Genosse Wagner einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Sodann stand die Aufstellung eines Kandidaten für die Gewerbegerichts-Wahl zur Erledigung, welches Amt dem Kollegen Müller übertragen wurde. Nach Erörterung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Zustände in der Fabrik von C. Hoppe, Gartenstraße, standen in der öffentlichen Versammlung von Arbeitern dieser Fabrik, welche vom Vertrauensmanne der Berliner Metallarbeiter, Otto Nather, für den 3. d. M. nach dem Kolberger Salon einberufen worden und die sehr zahlreich besucht war, zur Erörterung. Dieselbe nahm einen animirten Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte bereits Herr Krampitz es für Eigendünkel, sich Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter zu nennen (Gelächter) und sprach ferner seine Verwunderung darüber aus, daß zur Deckung der Unkosten ein Beitrag erhoben werde. Er sei so etwas nicht gewöhnt und scheine ihm der Ertrag der Tellersammlung nur dazu bestimmt zu sein, die Kasse des Berliner Metallarbeiter-Verbandes zu füllen. (Große Heiterkeit.) Nather fertigte den Vorredner unter Beifall und Widerspruch in gebührender Weise ab und kam dann auf die Tagesordnung zu sprechen. Derselbe führte an, daß ein Theil der Arbeiter der Firma Hoppe sich vorgenommen hatte, nichts zur Tellersammlung beizutragen, ja noch mehr, diejenigen, die etwas beitragen würden, bei der Firma zu denunziren. (Pfui!) Nicht der Tellersammlung wegen seien diese Arbeiter zusammengerufen, sondern zu dem Zwecke,

Das Anklage-Monopol der Staatsanwaltschaft.

Von Friedrich Albert Lange.*)

Die alte, mit Ausnahme von England in ganz Europa z. Z. noch herrschende Schule setzt die Würde und Autorität der Behörden und der Besitzenden und Angesehenen aus Rücksicht auf den Bestand der Gesellschaft so hoch, daß der Versuch, ein in solchen Stellen befindliches Individuum anzutasten, als das schlimmste Vergehen angesehen wird. Ich habe sehr häufig erlebt — in früheren Jahren mit moralischem Entsetzen, später ohne solches — daß man ein von solchen Personen erwiesenermaßen begangenes Verbrechen mit ruhigem Achselzucken verurtheilt, während man den nicht erwiesenen Vorwurf eines Verbrechens mit gährender Galle und kochendem Blut als ein scheußliches Attentat verurtheilt, selbst dann, wenn die Verdachtgründe nicht unerheblich sind. Einzelne Erlebnisse dieser Art haben in mir einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Als ich noch in Bonn Privatdozent war, wurde gegen einen, seitdem verstorbenen Professor der Verdacht eines schweren und gemeinen Verbrechens ruchbar. Zufällige Verbindung mit einem Zeugen, mit welchem ich intim war, brachte in mir einen solchen Grad von Ueberzeugung von der Begründung der Anschuldigung hervor, wie ich ihn später als Geschworener nie wieder gehabt habe, wo arme Teufel munter ins Zuchthaus geschickt wurden. Der Staatsanwalt jedoch fand die Zeugenaussagen nicht bestimmt genug und weigerte sich, Klage zu erheben, was er um so leichter durchsetzen konnte, da Niemand ein besonderes Interesse bei der Entdeckung des Verbrechens hatte. Um diese Zeit hörte ich von einem angesehenen, rheinischen Juristen in einer sehr respektablen Gesellschaft unangefochten den Grundsatz aussprechen, daß ein Staatsanwalt aus Rücksicht auf die Gesellschaft wohl thue, die Spur eines Verbrechens in höheren Gesellschaftskreisen nur dann zu verfolgen, wenn er wegen zu großer Publizität nicht mehr anders könne. Das sei gerade der Vorzug der Einrichtung der Staatsanwaltschaft, daß der öffentliche Ankläger auch ein Verbrechen ignoriren könne, wenn ihm dies zur Vermeidung von Aufregung nützlich schiene. Es sei wichtiger, die Autorität von Beamten und Notabeln ungeschwächt zu erhalten, als eine That ans Licht zu bringen, über die vielleicht schon Gras gewachsen sei. Später habe ich, da mir mein wechselvolles Leben manchen Blick in die Verhältnisse der Gesellschaft gestattete, den nicht Jeder thun kann, eine ganze Reihe von Fällen erlebt, in welchen Verbrecher, die, wenn sie arm und ohne Einfluß und Verbindungen wären, im Zuchthause säßen, unangefochten in der Gesellschaft verkehrten, in Ehrenämter gewählt wurden und eine glänzende Rolle spielten. Ich habe in solchen Fällen immer gefunden, daß auch diejenigen, welche ganz genau um die Sache wußten, sich dem Eindruck der äußeren Respektabilität solcher Personen nicht entziehen konnten. Der konservative Theil der Gesellschaft aber (und die meisten sogenannten Liberalen gehören mit dazu) verhält sich nicht nur thatsächlich so, sondern grundsätzlich, wenn man auch die Grundsätze nicht immer offen ausspricht. Denjenigen Privatmann, der es wagen wollte, einen solchen angesehenen Verbrecher zu entlarven, würden die meisten mit wahrer Geflissenheit anfeinden. In einer Verleumdungsklage würde der Entlarvungsversuch unter zehn Fällen gewiß neunmal mit der Verurtheilung des „Verleumders“ enden, wenn derselbe auch nichts als die reine Wahrheit behauptet hat.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die Entdeckung von Verbrechen in den herrschenden Kreisen — verstehe man nun darunter die Bureaukratie, die Reichen, die Adligen, oder was die Verhältnisse eben mit sich bringen — stets einen Eindruck hervorbringt, welcher den Herrschenden überhaupt ungünstig, ja unter Umständen gefährlich ist. Die Halsbandgeschichte und der Praslin'sche Mord sind nicht ohne Einfluß auf die nachfolgende Revolution gewesen. Das Volk erkennt unwillkürlich, kraft der bloßen Gesetze der Ideen-Assoziation, jenen Kreisen im allgemeinen eine Mitschuld zu, die bisweilen vorhanden ist, bisweilen nicht, und vielleicht niemals in dem Maße, wie sie angenommen wird. Es ist daher vollkommen richtig, daß die einfache Uebung der Gerechtigkeit in solchen Fällen oft „die Ordnung gefährden“ kann.

Ich sehe davon ab, daß nach der Ansicht von uns Sozialisten diese Ordnung selbst in vielen Punkten ein Uebel ist, wie z. B. ganz offenbar die Ordnung der Sklaverei, die Leibeigenschaft ꝛc., dann bleibt wenigstens das unzweifelhaft stehen, daß eine Erschütterung der Ordnung als moralisches Gewitter ebenso oft heilsam gewirkt hat als zerrüttend, und daß es auch ohne den Satz „fiat justitia, pereat mundus“ (die Gerechtigkeit soll ihren Lauf haben, möge darüber auch die Welt zu Grunde gehen), meist eine unberechtigte Art Vorsehung zu spielen bleibt, wenn man die Sünden der Herrschenden um der Erhaltung der Ordnung willen bemäntelt. Immerhin jedoch glaube ich, daß das Bemäntelungsbestreben wegen jener geschilderten Wirkungen der Ideenassoziation eine natürliche Basis hat, wo es überhaupt eine natürliche herrschende Gruppe giebt. Die konservative Partei wird ihm huldigen; bisweilen nur ganz im allgemeinen, bisweilen in Gestalt eines Bemäntelungs-Komplottes, endlich bisweilen auch als Komplott von Mitschuldigen. Die freisinnige Partei empfindet den geschlossenen Widerstand, wird oft für die Enthüllung der Wahrheit gestraft und verfolgt und kommt endlich leicht dazu, die ganze Gesellschaft der Herrschenden, die Bureaukratie, oder was es sonst sei, auch von ihrer Seite als solidarisch aufzufassen und anzugreifen, wenn auch keineswegs ein Komplott der Mitschuld vorliegt, sondern nur ein Komplott der Bemäntelung. Auch dies ist natürlich und begreiflich.

Jeder freie Staat hat nun aber das größte Interesse daran, seine Beamtenschaft nicht zu einer solchen herrschenden Gesellschaftsklasse werden zu lassen, welche ihre Herrschaft mit der Herrschaft des Gesetzes verwechselt und das Vaterland in Gefahr glaubt, wenn blos die Sessel in Gefahr sind. Sobald die Amtsgenossenschaft zur Klique wird, haftet ihr jenes Solidaritätsgefühl nothwendig an und es wird dem Einzelnen außerordentlich schwer in Fällen, wo das Interesse dieser Kameraderie ins Spiel kommt, durchzudringen, und dem strengen Recht den Sieg zu verschaffen. Die Erkenntniß dieses Sachverhalts ist den auf ihre Freiheit eifersüchtigen Engländern und besonders den Amerikanern so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie aus Prinzip und im Interesse der Erhaltung der Freiheit der Presse einen Spielraum in der Kritik öffentlicher Angelegenheiten und öffentlicher Charaktere eingeräumt haben, der ehemals unerhört gewesen wäre. Dr. Locher z. B. würde in England vor 200 Jahren seiner Ohren beraubt und mindestens an den Pranger gestellt worden sein, selbst wenn er in allen Punkten Recht hätte; heutzutage würde ein Staatsmann und Parteiführer, wenn jener in der Hauptsache Unrecht hätte, kaum gegen ihn klagen; eine Klage wäre schon ein halbes Schuldbekenntniß und ein Versuch, den Rest der Ehre zu retten. Man geht davon aus, daß Verleumdungen bedeutender Männer, an deren Vertheidigung ein großer Theil des Publikums das lebhafteste Interesse nimmt, ebenso ruhig der Probe der Oeffentlichkeit überlassen werden können, als andere Unwahrheiten.

*) Die „Frankf. Zeitung“ entnimmt das interessante Schriftstück, das die Frage des Anklagemonopols beleuchtet, der von O. A. Ellissen herausgegebenen Biographie des berühmten Denkers und Parteigenossen, von der vor kurzem eine wohlfeile Ausgabe bei Julius Bädeker in Leipzig erschienen ist.

um zu hören, wie ihr eigenes Verhalten dazu beigetragen habe, die vorhandenen Mißstände zu züchten. Betrachte man sich die Zustände in der Fabrik, in der an 400 Arbeiter beschäftigt werden, so glaube man sich ein halbes Jahrhundert zurückversetzt. Auch bei der Firma Hoppe habe die Lohndrückerei in bedenklichster Weise Eingang gefunden. Die Ursache der Lohndrückerei liege in dem gegenseitigen Konkurrenzkampfe der Unternehmer. Da Herr Hoppe seinen Profit nicht geschmälert sehen wollte, wurden die Löhne der Arbeiter gekürzt, was um so leichter möglich sei, als auch hier das Akkordarbeitssystem vorherrschend sei, dessen Nachtheile durch den Referenten eine eingehende Beleuchtung fanden. Auch einer Wohlthätigkeits-Einrichtung entbehre die Firma C. Hoppe nicht. Dieselbe bestehe darin, daß ein Arbeiter, der das hohe Glück gehabt habe, 25 Jahre für die Firma sich abrackern zu dürfen, 75 M. seitens des Chefs erhalte. Bei einer derartigen Gelegenheit hätten die Arbeiter der Fabrik neuerdings erst zusammensteuern müssen, um einem Jubilar einen Anzug zu kaufen, damit er anständig zu dem Feste erscheinen konnte! Daß nur die artigen Arbeiter überhaupt in die Lage kommen, ihr 25jähriges Arbeits-Jubiläum bei Hoppe zu feiern, sei selbstverständlich. Außerdem besitze die Fabrik eine Sparkasse, die indessen keine Zinsen für Spareinlagen zahle. In einer wenig beneidenswerthen Lage befänden sich die Kesselschmiede. Der betreffende Meister sei thatsächlich Meister darin, die Löhne zu „reguliren". Hilfsarbeiter gingen mit 14 Mark Wochenlohn nach Hause, wovon noch Abzüge für Krankenkasse rc. abgingen! Nach der Meinung vieler Arbeiter seien dies ja nur „ungelernte" Arbeiter, die nicht 24 M. verdienen könnten, wie „gelernte" Arbeiter! Auf die Sicherheitszustände in der Fabrik warfen verschiedene vom Referenten vorgeführte Beispiele ein recht trübseliges Licht und wurde die Hoppe'sche Fabrik vom Referenten ebenfalls, wie bereits andere Fabriken, dem Fabrikinspektor freundlichst zur Besichtigung empfohlen. Der Schmiedemeister scheine dem Kesselschmiedemeister in Arbeitertrutz den Rang ablaufen zu wollen. Die hygienischen Einrichtungen (Ventilation, Heizung, Klosett-Einrichtungen, Waschgelegenheit rc.) seien äußerst mangelhaft. Die humane Firma Hoppe habe für derlei unnütze Dinge kein Geld. Ja, die Arbeiter wünschen es gar nicht besser! Sie fühlen sich ungemein wohl bei der lieben guten Firma Hoppe, die am 1. Mai 1890 die Manifestanten, 58 Gießereiarbeiter, aufs Pflaster warf und den „Rädelsführer" dem Herrn Kühnemann denunzirte! Die Absicht, ihn verhungern zu lassen, sei jedoch an der Solidarität der Arbeiter gescheitert. Die „Gewerkvereinler" hätten sich nicht entblödet, die „Agitatoren" bei der Firma zu denunziren! Ein Pfui solchen „Arbeitern"! In der Fabrik bestehe auch ein „Arbeiterrath", der natürlich die Interessen der Arbeiter der Firma gegenüber in keiner Weise vertrete. Auch eine „Unterstützungskasse" besitze die Fabrik, über deren Verhältnisse indessen eine große Unklarheit herrsche. Die Sparsamkeit der Firma dulde es ferner nicht, eine Regulirung des Fabrikhofes vorzunehmen und eine angemessene Lohnzahlungseinrichtung zu treffen. Eine Anzapfung im „Regulator", dem Gewerkvereinsorgan, gab dem Referenten Veranlassung, nochmals an den Hirsch-Duncker'schen eine vernichtende Kritik zu üben, was von den anwesenden Gewerkvereinlern sehr übel aufgenommen wurde. Referent erachtete es an der Zeit, daß auch die Arbeiter der Firma Hoppe mit der Harmoniedusselei brechen und in die moderne Arbeiterbewegung, in den Klassenkampf des Proletariats eintreten. Die Ausführungen des Referenten wurden mit jubelndem Beifalle entgegengenommen. Der erste Diskussionsredner war Herr **Krampitz**, welcher seinen Standpunkt bereits eingangs der Verhandlungen gekennzeichnet hatte und sich für die den Gewerkvereinlern zutheil gewordene Züchtigung seitens des Referenten nunmehr revanchirte durch Wadenkneifereien gegen die Sozialdemokratie. Sekundirt wurde dieser Herr durch eine Reihe nachfolgender Redner, die den gleichen Standpunkt vertraten. Nach offenkundiger Darlegung eines dieser Herren geht sie der Bierboykott gar nichts an! Selbstverständlich wurde den Gewerkvereinlern neben anderen Rednern vom Referenten in seinem Schlußworte in gebührender Weise gedient. Hoffentlich erfüllt sich dessen Wunsch, daß den Lobrednern der Maschinenbau-Anstalt C. Hoppe die verdiente Belohnung nicht vorenthalten werden möge. Gegen wenige Stimmen faßte die Versammlung schließlich den Beschluß, den Ueberschuß der fortgesetzten Tellersammlung den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern zu überweisen.

Eine gutbesuchte öffentliche Tapezirer-Versammlung tagte am Sonntag Vormittag im großen Saale der Arminhallen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Kollege **Feder** in kurzen ergreifenden Worten des dreißigsten Todestages Ferdinand Lassalle's und widmete der dahingeschiedenen Genossin Agnes Wabnitz einen würdigen Nachruf, deren Andenken die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrte. Zur Tagesordnung übergehend: „Ob die Tapezirergehilfen in Berlin gewillt sind, in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten", leitete der Kollege **Markiel** die Diskussion ein, indem er in Kürze einen Ueberblick über die Lohnverhältnisse gab, wie sie augenblicklich liegen. Beim 1885er Streik handelte es sich um Durchführung eines Tarifs, der die minimalsten Forderungen aussprach. Im Laufe der seither verflossenen Jahre seien die Lebensbedingungen bedeutend gestiegen, die Löhne dagegen in manchen Werkstätten bis zu 100 pCt. unter diesen Tarif heruntergegangen. Für eine Matratze mit 60 Federn gab es z. B. nach altem Tarif 4,50 Mark, dann wurden 6 Mark dafür erlangt und gegenwärtig ist dieser Preis heruntergegangen bis auf 4 M., 3,50 M. bis 2,50 M. Allem die Krone setze die Firma Joachim, Neue Königstr. 50, auf, die dafür 1,75 M. bezahlt. Um eine Matratze herzustellen, ist ein Tag intensiver Arbeit erforderlich. Das gleiche Verhältniß weisen alle übrigen Stücklöhne auf. In einer Werkstatt in der Großen Frankfurterstraße werden Wochenlöhne gezahlt von 16,50 M. bis 25,50 M. Letzteres scheine das Honorar des Werkmeisters zu sein. Angesichts solcher elenden Zustände habe die Agitationskommission Kollegen aus den verschiedenen Werkstellen eingeladen, und nach eingehender Berathung sei man zu dem Resultat gekommen, daß unbedingt etwas gethan werden müsse. Alle erklärten sich für Eintritt in eine Lohnbewegung. Ein Theil verlangte Einführung des Achtstundentages, Andere Lohnaufbesserung eventuell Zurückeroberung des alten Tarifs, einige verhielten sich zu einer bestimmten Forderung ablehnend. Die Kommission stelle nun an die Versammlung die Frage, ob sie gewillt sei, in eine Lohnbewegung einzutreten, und zwar in den schlechteren Werkstuben für Durchführung des 1885er Tarifs; ferner, für achtstündige Arbeitszeit, Erringung eines Minimallohnes von 27 M. und dementsprechender Aufbesserung der Akkordarbeit. Kollege **Feder** betont ebenfalls die Nothwendigkeit einer energischen Wehr gegenüber solchen jämmerlichen Verhältnissen und konstatirt nach einer statistischen Zusammenstellung, die den Krankenkassenbüchern entnommen ist, daß von 2000 Tapeziergehilfen im Januar 911, im Februar 1028, im März 1867, im April 1890, im Mai 1726, im Juni 1019, im Juli 901, im August 1149, im September 1798, im Oktober 1847, im November 1569, im Dezember 929 arbeiteten, somit jeder Gehilfe im Durchschnitt 34 Wochen im Jahr Arbeit hatte. Von diesen arbeiteten in 31 Betrieben je 10 und mehr Gehilfen, in 65 Betrieben je 5 bis 10 Gehilfen, in 62 Betrieben je 2—5 Gehilfen, in 114 Betrieben je 2 Gehilfen, in 160 Betrieben je 1 Gehilfe, in 74 Betrieben kein Gehilfe, aber zusammen 168 Lehrlinge. Damit kommen durchschnittlich auf jede Werkstube ohne Gehilfen 3 Lehrlinge. Redner hielt es für nothwendig, bei Einführung des Achtstundentages Ueberstunden-Zuschlag zu fordern, und zwar, für Ueberstunden bis 10 Uhr 33⅓ pCt., für Nachtarbeit 100 pCt., für Sonntagarbeit 50 pCt. Nur so könne verkürzte Arbeitszeit wirksam für die arbeitslose Reserve-Armee werden; ehe die Prinzipale dieses hohe Ueberstundengeld zahlten, würden sie mehr Arbeitskräfte einstellen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine rege Debatte, in der die Kollegen **Spremberg-Charlottenburg**, **Neumann**, **Oessen**, **Wells**, **Schwanz**, **Gesell**, **Hopmann**, **Taß**, **Korsak**, **Moskopp**, **Harttig**, **Freiwald**, **Aubert**, **Wachsen**-Adlershof und **Menz** das Wort nahmen. Im Prinzip erklärten sich sämmtliche Redner für einen Lohnkampf, nur der Kollege Wells machte Bedenken dagegen geltend, daß ein solcher momentan nicht erfolgreich durchzufechten sei, da die Grundbedingungen, die Kampfesmittel und die Unterstützung der Massen fehlen, er halte überhaupt die heutige Versammlung nicht für kompetent dazu, über Eintritt in einen Streik zu entscheiden. Die schließliche Abstimmung ergab eine beträchtliche Minorität gegen die Forderung des Achtstundentages. Einmüthig stimmten die Versammelten für Eintritt in einen Streik um Wiedererringung besserer Lohnverhältnisse. Die Agitationskommission wurde deshalb beauftragt, binnen kurzem einen Lohntarif auszuarbeiten, der demnächst in einer öffentlichen Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Die polnischen Sozialisten hatten am 3. September eine öffentliche Versammlung bei Nieft in der Weberstraße. In einem einstündigen Vortrage schilderte **August Berfus** das Leben und Wirken Lassalle's. Des Weiteren gedachte Redner auch des Frl. **Wabnitz**, die als Märtyrerin für unsere Sache aus dem Leben gegangen ist; die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben von den Sitzen. Nach kurzer Diskussion ging man zum Punkt Verschiedenes über. Da in der Provinz Brandenburg sich viele Polen befinden, die infolge der verdammten Bedürfnißlosigkeit den deutschen Arbeitern arge Konkurrenz machen, so wurde beantragt, die polnischen Sozialdemokraten möchten die bevorstehende sozialdemokratische Konferenz für die Provinz Brandenburg durch Delegirte beschicken. Auf den von einigen Genossen gemachten Einwand, daß nur die Reichstags-Wahlkreise das Recht zur Beschickung hätten, wurde entgegnet, daß auf diese Weise kein Pole, der mit der Agitation unter den Landsleuten zu thun hat, auf die Konferenz käme; es sei aber eine einheitliche Thätigkeit auf dem Gebiete der Agitation unter den polnischen Arbeitern dringend nothwendig. Die Majorität stimmte denn auch für Entsendung zweier Delegirten und ernannte als solche August Berfus und Franz Morawski. Da die Versammlung sehr gut besucht, so wurde der Antrag gestellt und angenommen, in Zukunft die Versammlungen der polnischen Arbeiter abwechselnd in verschiedenen Stadttheilen abzuhalten, um so den Genossen bequemere Gelegenheit zum Besuche derselben zu geben.

Friedrichshagen. Sonntag, den 2. September, Nachmittags fand eine zwanglose Zusammenkunft der hiesigen Sozialdemokraten im Restaurant „Fischerhütte" statt, um der Freude über die Rückkehr des Genossen **Fritz Kunert** aus der Bastille am Plötzensee in die **sogenannte** deutsche Freiheit Ausdruck zu geben, nachdem schon am vergangenen Mittwoch der hiesige Gesangverein „Sängergruß" dem bewährten Genossen ein Ständchen gebracht hatte. — Der hiesige Vertrauensmann, Genosse **Sonnenburg**, begrüßte den mit seiner Gemahlin Erschienenen mit einer kurzen Ansprache, in welcher er ausführte, daß die heutige Sozialdemokratie zwar keinen Personenkultus übe, wohl aber gern die Verdienste derjenigen anerkenne, die für unsere Ideen gestritten und gelitten haben. Durch die Versicherung unserer Hochachtung protestiren wir zugleich gegen eine Justiz, welche ein aus rein politischen Motiven begangenes Vergehen als ein **gemeines** Verbrechen geahndet und noch dazu — allerdings unlogischerweise — mit einer viel höheren Strafe bemessen hat, als es sonst bei einem Vergehen von so untergeordneter Bedeutung der Fall ist. Hieran knüpfte er den Wunsch, daß der Genosse auch fernerhin ebenso muthig wie bisher für die Ziele des Sozialismus kämpfen möge. Hierauf sprach Genosse **Kunert** für die ihm erwiesene Theilnahme seinen Dank aus, wollte aber alle Anerkennung nicht als ihm persönlich, sondern nur der großen Sache gewidmet betrachten, welcher er diene, für die er gestritten habe und noch weiter streiten werde. Die zum größten Theil mit ihren Familien erschienenen Genossen vergnügten sich dann noch einige Stunden, angenehm unterhalten durch die Vorträge des hiesigen Gesangvereins „Maiengruß". — Selbstverständlich wurde auch unseres großen Todten Lassalle und der in diesen Tagen dahingeschiedenen unermüdlichen Genossin **Agnes Wabnitz** gedacht. Hoffen wir, daß alle Genossen angesichts solch erhebender Beispiele von Pflichterfüllung und Opfermuth stets bestrebt sein mögen, auch ihre Pflicht voll und ganz zu thun.

Schöneberg. Die Stuckateure hielten am 2. September eine öffentliche Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der Genossin **Wabnitz** in der üblichen Weise. Auf der Tagesordnung der Versammlung stand ein Vortrag des Kollegen **Grüneberg** über die Schäden in unserem Gewerbe. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, in der mehrere Redner für die Zentralorganisation eintraten, während von anderer Seite die Lokalorganisation empfohlen wurde. Wegen der überaus langen Debatte konnte der dritte Punkt der Tagesordnung: Gründung einer Verbandsfiliale, gar nicht erledigt werden.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 6. September, Abends 10 Uhr bei Rößig, Neue Friedrichstr. 44. Kollegen willkommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8½—10½ Uhr: **Nord-Schule**, Müllerstr. 179a; Geschichte (neue). **Süd-Schule**, Waldemarstraße 14; Geschichte (alte). Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Donnerstag.** Abends 9 bis 11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor **St. Urban**, Annenstr. 9, bei Albert Proß. — Gesangverein **Freundschaft I**, Swinemünderstr. 35 Gesellschaftshaus. **Kornblume**, Gr. Frankfurterstr. 128 bei Gold. — **Vorwärts II**, Schönhauser Allee 28 bei Belle. — **Frühlingsluft**, Bülowstr. 59, bei Werner. — **Bretzelschluß**, Annenstraße 16, Louisenstädtisches Klubhaus (Ehrenberg). — **Dorfglöcklein**, Deutsch-Wilmersdorf, Uhlandt- u. Pariserstr.-Ecke bei Wendt. — **Zagel nicht**, Steglitz, Schützenstr. 40. — **Borar**, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — **Harmonie I**, Tempelhof, Dorfstr. 18 bei Gerth. — **Steinsetzer-Sängerchor**, Kastanien Allee Nr. 29 bei Fiebiger. — **Kreuzberger Harmonie**, Schönleinstr. 6 bei Krantz. — **Flöter'scher Gesangverein**, Koppenstr. 47 bei Wilhelm Lorenz. — Sängerchor **Berliner Kürschner**, Weinstr. 11 bei Feindt. — Arbeiter-Gesangverein **Oranienburger Vorstadt**, Hochstr. 32a bei R. Wilke. — Gesangverein **Gleichheit**, Schönhauser Allee 128 bei Rocita. — **Abendroth**, Deutsch-Wilmersdorf, Berlinerstr. 47 bei Sand. — **Ost- und Westpreußischer Männer-Gesangverein**, Kraustr. 6 bei Rudolf. — Arbeiter-Gesangv. **Morgenroth IV**, Köpenick, bei Wollstein, Adlershof, Bismarckstraße. — Gesangverein **Völkerfrühling**, Neue Friedrichstr. 44 bei Rößig. — **Eintracht II**, Glienecke bei Adlershof, Köpnickerstraße bei Witte. — **Arion II**, Prenzlauer Allee 24 bei Riedel. — **Zukunft III**, Velten i. d. Mark, Wilhelmstr. 19 im Hotel W. Grunow. — **Brüderschaft**, Stallschreiberstr. 29 „Zum eichenen Stab". — **Liedes Echo**, Reichenbergerstr. 24 bei Tauschke. — **Treu und Fest**, Lebuserstr. 5 bei Remitz. — **Bruderbund**, Lübbener- u. Görlitzerstraßen-Ecke. — **Gerstenähre** (Brauer), Blumenstr. 38 bei Wiedemann. — **Frohsinn II**, Friedrichsberg, Wartenbergstr. 67 bei Lange. — Arbeiter-Gesangverein **Vineta**, Kastanien-Allee 11 bei Augustin. — Gesangverein **Junge Eiche**, Reinickendorf, Gesellschaftsstraße 11 bei L. Hartmann. — **Alpenröslein**, Bergstr. 60 bei Hilgenfeld. — Arbeiter-Gesangv. **Eintracht III**, Eberswalde, Eisenbahnstr. 77 bei Duball. — Gesangv. **Oberon**, Kommandantenstr. 20, Arminhallen. — **Alpenrose**, Forsterstr. 22 bei Tilgner. — **Edelweiß III**, Wollinerstr. 62. — **Sängerrunde**, Naunynstraße 37 bei Jablonski. — **Morgenroth I**, Rummelsburg, Türrschmidtstraße 22 bei Schröder.

Lese- u. Diskutirklubs. Donnerstag. **Dietzgen**, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Wiesenstr. 38. — **Neue Zeit**, Abends 8½ Uhr, Bovenstr. 40, bei Giesholt. — **Süd-Ost**, bei Tollsdorf, Sorauer- und Görlitzerstraßen Ecke. — **Klub der Freunde** bei Quadt, Swinemünderstraße 120. — **Hasenclever**, Abends 8½ Uhr, Restaurant Lange, Baumschulenweg in Treptow. — **Sozialistischer Lese- und Diskutirklub** Abends 8½ Uhr, Reichenbergerstr. 167. Sitzung. — Diskutirklub „**Zeitgeist**" jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats bei Tempel, Langestr. 65, Abends 8½ Uhr. — **August Geib** Abends 9 Uhr im Restaurant Zubeil.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: P. Gent, Adalbertstraße 95. **Donnerstag:** Vergnügungsverein **Bruderbund**, Andreasstr. 3 bei Noll. — Rauchklub **Graue Wolke**, Kraustr. 48. — Verein **Grüne Eiche** (vor dem Halle'schen Thor), Solmsstr. 1 bei Kaporke. — Rauchklub **Erholung**, Pawlick, Müncheberger str. 9. — Rauchklub **Elvira**, Abends 9 Uhr bei Bringborn, Mahlstr. 12. — Humoristischer Klub **Universum**, Veteranenstr. 18, bei Schulz. — Geselliger Klub **der alten Moabiter**, Emdener- u. Wadenerstr.-Ecke bei Schirmer, Abends 9—10. — Statklub **Tournee**, bei Nedanz, Wrangelstr. 84.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Gesangverein **Lyra**, Abends 9 Uhr im Restaurant Bergstr. 17. — **Tuchsdorf'scher Männerchor** von 8—9 Uhr Notenstunde; von 9—11 Uhr Uebungsstunde bei Brüning, Rosenthalerstr. 11—12. — Gesangverein **Jugendfreuden**, Männerchor. Abends von 9—11 Uhr bei Wernau, Rosenthalerstr. 57.

Arbeiter-Zitherverein **Einigkeit**, Abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei Nowack, Manteuffelstr. 9. — Zitherklub **Gleichheit**, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Neumann, Lothringerstr. 105. — Geselliger Arbeiterverein **Hoffnung** bei Gittler, Mariannenstraße 48. Alle 14 Tage Abends 8½ Uhr. — Vergnügungs- und Touristenklub **Freie Brüder**, Abends 9 Uhr bei Noll, Adalbertstr. 21. — Ruderverein **Vorwärts**, Abends 8½ Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — Statklub **Saufter Heinrich** b. H. Brandt, Reichenbergerstr. 122.

Rauchklub **Ohnesorge**, Abends 9 Uhr, bei Jakob, Bockhstr. 21. — Rauchklub **Kernspitze**, Abends 9 Uhr, bei A. Böhl, Rüdersdorferstraße 8. — Rauchklub **Pfeifendeckel**, Abends 9 Uhr, bei Zeratsch, Langestr. 24. — Rauchklub **Kollegia**, Abends 9 Uhr, bei Rohr, Naunynstraße 78. — Arbeiter-Radfahrerverein, Sitzung bei Wilke, Andreasstr. 26.

Arbeiter-Bildungsverein von Friedrichsfelde und Umgegend. Sitzung jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat im Lokal des Herrn C. Schulz, Prinzen-Allee 6, Abends 8½ Uhr. Gäste willkommen.

Literarisches.

Wie klage ich vor dem Gewerbegericht? Von **Hermann Faber**, Berlin, Verlag von **Hans Baake**, 20 Pf. Das kleine Heftchen behandelt denselben Gegenstand, wie das neulich besprochene Büchelchen von Lipinski „Der Arbeitsvertrag" (20 Pf.). Es ist minder ausführlich, minder übersichtlich und minder zuverlässig wie sein Vorgänger, wiewohl dem 56 Seiten langen Werk ein Inhaltsverzeichniß von 6 Seiten beigegeben ist. Von der Behandlung ausgeschlossen sind (wie bei Lipinski) der Lehrlingsvertrag und die außerhalb der **reichsgesetzlichen** Bestimmungen liegenden Vorschriften. Von den Kündigungsgründen ist, wohl versehentlich, der wichtige des § 124a fortgelassen. Das Büchelchen enthält leider eine Anzahl irriger, dem Gesetz und dem Interesse des Arbeiters gleich widersprechender Behauptungen. Wir heben einige derselben hervor. S. 29/30 heißt es: „Der § 2 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes vom 21. Juni 1869 betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes, besagt in allgemein verständliches Deutsch übersetzt, daß der Arbeits- oder Dienstlohn erst dann gerichtlich beschlagnahmt werden kann, wenn derselbe bereits verdient ist und der Arbeiter diesen Lohn am Lohnzahlungstage nicht erhoben hat. **Jedoch** kann der Arbeiter seinen bereits verdienten Lohn einem anderen zediren, anweisen oder verpfänden." Das ist unrichtig. Das Lohnbeschlagnahme-Gesetz läßt die Beschlagnahme des Lohns erst dann zu, wenn die Arbeitsleistung erfolgt und der Zahlungstag verstrichen ist, **ohne** daß der Arbeiter den Lohn **eingefordert** (nicht erhoben) hat. Es läßt ferner — die Behauptung des Gegentheils im Faber'schen Büchelchen ist eine der wesentlichsten Unrichtigkeiten — die Zession, Anweisung, Verpfändung u. dergl. des Arbeitslohnes durch den Arbeiter **nicht zu**, versagt solcher Zession u. s. w. vielmehr jede rechtliche Giltigkeit. Zession, Anweisung oder Verpfändung des Arbeitslohnes kann nur unter denselben Voraussetzungen stattfinden, wie eine Lohnbeschlagnahme. Wann trotzdem auch vor Fälligkeit des Lohnes eine Lohnbeschlagnahme stattfinden kann (wegen Alimente für eheliche Kinder und für die Frau, wegen Steuern, die seit nicht länger als drei Monaten fällig geworden sind u. s. w.) ist in dem neu erschienenen Büchelchen nicht angegeben. — Der Verfasser behauptet (S. 40) die Berufung gegen Gewerbegerichts-Urtheile, deren Gegenstand 100 Mark übersteigt, müsse bei dem Amtsgericht innerhalb einer Frist von vier Wochen eingelegt werden. Das ist falsch: Die Berufungsfrist beträgt einen Monat. Ferner ist die Berufung beim **Landgericht** durch einen Anwalt einzulegen. — S. 41 giebt Verfasser den Rath, da wo ein Gewerbegericht nicht besteht, die Klage auf dem Gemeindeamt anzubringen, die häufig ausgesprochene Weigerung von Gemeinde-Vorstehern, solche Klagen anzunehmen, widerspreche dem § 71 des Gewerbegerichts-Gesetzes. Der Rath ist in dieser Allgemeinheit unzutreffend. Der Gemeindevorsteher ist auf Anrufen einer Partei **nur** zuständig für Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses, über die Berechnung und Anrechnung der Krankenversicherungs-Beiträge, **nicht** aber über die hauptsächlichsten von Arbeitern geltend gemachten Ansprüche, **nämlich nicht zuständig** für Streitigkeiten über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältniß sowie über die Ansprüche, welche auf grund der Uebernahme einer gemeinsamen Arbeit Arbeiter desselben Arbeitgebers gegen einander erheben werden. Der Gemeinde-Vorsteher, der sich weigert, solche Streitigkeiten zu entscheiden, befindet sich also im Recht. — Zutreffend wiederholt Verfasser auf S. 15 den wiederholt im „Vorwärts" und auf S. 5 des Lipinski'schen Buches ertheilten Rath an den Arbeiter, **nichts zu unterschreiben, was er nicht zuvor genau durchgelesen hat.** Das Werkchen enthält einige Klageformulare und kann deshalb neben dem Lipinski'schen Anwendung finden, das als „Rathgeber für Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten" aus den oben mitgetheilten und den in unserer Besprechung vom 29. Juni dargelegten Gründen unbedingt den Vorzug verdient. — Der Umschlag des Heftchens ist geschmackvoll.

nina.

Eingelaufene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsspediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsspediteure pro Quartal 1,20 M. Kreuzband 1,80 M.

Die Nr. 32 vom 6. September hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Der deutsche Katholikentag. — Die englische Parlamentssession. — Irischer Dynamitard und englischer Polizeispitzel. — Polizeispitzel Peukert und Anarchisten in Amerika. — Zum Parteitag im „Königreich Polen". — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Literarisches.

Sozialdemokratische statistische Irrlehren. IV.: Schutzzoll und Brotkonsum. — Der neue christliche Gewerkverein. — Aus dem Kohlenrevier. — Der Streik der schottischen Bergarbeiter. — Jahresbericht des Grütlivereins. — Dr. David, Landagitation. V.: Kleidung und Wohnung des Kleinbauern, Judenfrage, Bauernpolitik. — Gewerkschaftliches. — Sozialstatistisches. — Agrarisches. — Vermischtes. — Lassallefeier.

Die Neue Zeit. (Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart.) Das 48. Heft des 12. Jahrganges ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ferdinand Lassalle. — Der Klassenkampf in Frankreich. Von Paul Lafargue. (Fortsetzung.) — Ueber Latifundien-Landwirthschaft in Nordamerika. Von Dr. R. Meyer. — Die erbliche Belastung der Prostituirten. Von R. Calwer. — Literarische Rundschau. — Notizen: Ueber die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften. Vertheilung der Bevölkerung auf Städte und Landorte. Das Verhältniß zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung in Oesterreich. Zur Statistik der Selbstmorde in Sachsen. — „Für zahlenrechtes Wahlverfahren." — Feuilleton: Von Unten nach Oben. Eine Novelle von Karonin. Frei nach dem Russischen. (Schluß.)

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. **Heinr. Braun** (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 48 enthält unter anderem: Kommunale Arbeitsämter. Von Dr. E. Lange. — Kleinbauernnoth in Süddeutschland. — Die Entwickelung der Einkommensverhältnisse in Hamburg. — Verein der deutschen Kaufleute. Von P. Seifert. — Verbandstag der deutschen Handlungsgehilfen. — Zur Lage der Handwerkerlehrlinge in Oesterreich. — Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1893. Von C. Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Erhebungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in Baden. — Zur Verhütung von Grubenunfällen. — Zur Durchführung der Krankenversicherung in Oesterreich. — Gewerbegerichte für Handlungsgehilfen. Von J. Silbermann. — Eine Reform der österreichischen Gewerbegerichte. — Wiener Wohnungsverhältnisse. — Gewerblicher Unterricht in England. Von Barrister Stephen N. Fox.

Tapezirer-Zeitung. Illustrirtes technisches Organ für Tapezirer, Dekorateure rc. Hamburg, Verlag von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Conventstraße 5.

Das politische System des Reichskanzlers Grafen von Caprivi. Von Prof. Dr. Max Schneidewin. Danzig, Verlag von A. W. Kafemann. 1894.

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Pötzsch** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Badina** in Berlin SW., Beuthstraße 2.